

Leipzigs NEUE

**LINKE MONATSZEITUNG
FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE**

- › **Hautnah (Teil II) - eine Sozialstudie**
Der Weg eines Jahrgangs in den Kapitalismus **Seiten 4-5**
- › **Ein Jahrhundertweg**
Tschingis Aitmatow vor 80 Jahren geboren **Seite 10**
- › **Leipziger Skandalchronik**
Der hintergründige LN-Jahresrückblick **Seiten 12-13**
- › **Schmerzhaft zu lesen**
Neues Buch über antifaschistische Schicksale **Seite 17**
- › **Würdigung ohne Glorifizierung**
Vor 90 Jahren: Gründung der KPD **Seite 19**

18
2008

**2,00
Euro**

16. Jahrgang
19. Dezember

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**



**Protest und Fest
auf dem Marktplatz in
Leipzig- Lindenau.
Nur ein Tag
lag dazwischen.**

Widerspruch

+++ DEZEMBER-SCHLAGZEILEN +++ Dichtes Gedränge und volle Kaufhäuser +++ Restaurant des Herzens verteilt Gratis-Essen +++ Verdi begrüßt Verzicht auf Kündigungen +++ 128 000 Euro für Kinder im Niger +++ Nikolaus bringt Leipziger Kindern Bücher +++ Zwei Verletzte bei Raubüberfällen +++ Freizeitspaß in der Adventszeit +++ Lindenauer fühlen sich von Neonazis bedroht +++ Leipziger Trüffelsinfonie zergeht auf der Zunge +++ Stadt verschiebt Umbau am Ring +++ UNICEF-Tag auf dem Weihnachtsmarkt +++



Fotos:Eltzer / Märker

Editorial

Alle Jahre wieder steht die Frage: Wie weihnachtlich soll unsere Titelseite aussehen? Diesmal machten uns u.a. die Lindenauer Ereignisse und engagierte Bürger die Entscheidung etwas leichter. Auf den Fotos zu erkennen: Sebastian Krumbiegel, Cornelius Weiss, Michael-A. Lauter, Heiko Rosenthal und viele andere Leipziger und vor der Tribüne. Alle zeigten an einem Dezemberabend Gesicht und erhoben Stimme gegen eine rechtsradikale Partei, die auf ihrem jüngsten Flugblatt großmäutig druckte: „Wir sind das Volk!“. Wenn so etwas eine Partei (gleich welcher Couleur) behauptet und offenbar auch glaubt, noch dazu in dieser Stadt, dann sollte das Volk schon mal kräftig widersprechen. Und tat es in diesem NPD-Fall auch mit Nachdruck.

Tags darauf, an gleicher Stelle, für Stunden, ein Haltepunkt für den Nikolaus. Über Wochen ohne große Sponsoren von der LINKEN, der Gewerkschaft „verdi.“ und Ortsvereinen vorbereitet. Immer dabei im Auge diejenigen, die in die Glitzertempel der Leipziger Petersstraße nur reinschauen können, da das Geld für mehr nicht reicht. Kann man in diesem Tagen über Geld reden, ohne, dass einen die Panik packt? Wobei, Angst können ja nur diejenigen bekommen, die etwas auf dem Konto haben. Es geht aber nicht nur um Zinsen, sondern auch um Ziele ... Lebensziele und -chancen der kurz- und der langfristigen Art, je nachdem, wo man im Leben gerade steht, und was einen dabei umhertreibt.

Die gegenwärtige „Finanzkrise“ (nun zum Wort dieses Jahres gekürt) ist doch wohl keine Unterbrechung des „Wirtschaftswachstums“, sondern dessen Ergebnis. Darum ist Vorsicht vor all den raschen Rezepturen geboten, die jetzt von denen verschrieben werden, die noch vor Monaten genau das Gegenteil rieten. Es gilt im nächsten Jahr noch genauer draufzuhören, sich zu informieren, zu hinterfragen und sich einzubringen über die angezeigten Wahltage 2009 hinaus.

Frohe Fest- und – wenn nötig – nachhaltige künftige Protesttage ...

• MICHAEL ZOCK

Kommentiert

Umgang mit einem Homunkulus

In der ARD begründete Deutschlands schönfärberisch als Verteidigungsminister bezeichneter Kriegsminister Franz Josef Jung, wenn die Bundeswehr den Terror nicht in Afghanistan bekämpfen würde, "kommt der Terror zu uns". Begründung brauchte der Minister nicht: das ist eben so. Wahrscheinlich, weil er Minister ist. Wenn man das akzeptiert, müsste man auch gleiche Konsequenzen auf andere Länder übertragen. Das heißt, die Bundeswehr sollte in Italien einmarschieren, um Gräueltaten der Mafia wie im Vorjahr in Duisburg dort zu bekämpfen, wo sie ihren Ursprung haben. Eine Besetzung von Liechtenstein würde auch künftige Steuerhinterziehungen durch deutsche Großverdiener unmöglich machen. Und Montenegro, das im

Wesentlichen nur von Menschen- und Drogenhandel lebt, der letztlich auch in Deutschland landet, müsste man ebenso besetzen, um diesen Sumpf dort auszutrocknen.

Aber was sollte man mit dem Kosovo machen? Das liegt viel näher als Afghanistan und wurde erst durch deutsche Hilfe als eigener Staat geschaffen. Dass dieses Land von Kriminellen regiert wird, die unter anderem durch Organhandel reich geworden sind, ist weithin bekannt. Aber sollte die Bundeswehr beim Homunkulus (so viel wie: in der Retorte selbst erzeugtes Lebewesen) der eigenen Regierung für Ordnung sorgen? So hat das Herr Jung doch sicherlich nicht gemeint. Aber was hat er dann eigentlich sagen wollen?

• LEIB BRAUNSTEIN

Gattung Mensch mit zwei Zungen

Mitglieder der CDU sorgen immer wieder für Überraschungen, so auch neulich, als die Debatte um die DDR-Vergangenheit eines Herrn Stanislaw Tillich entbrannte.

Da war tatsächlich zu hören und zu lesen, dass man sich auf der Flucht vor der "Krake SED" in die schützenden Arme der CDU (Ost) gerettet habe. Wäre das nicht gelungen, man wäre ja, Gott hätte es nie und nimmer verziehen, zwangsweise Mitglied der SED geworden. Also, rd. 2,2 Millionen Mitglieder der SED, die verpflichtet waren, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen und zu vertreten, reichten denen nicht. Sie wollten für dieses Satanswerk auch noch, vielleicht sogar vor allem, christliche Bürger!

Aber da man sich einer Mitgliedschaft in der SED entzog, folgte die Strafe auf dem Fuße. Man durfte als Mitglied der CDU nicht studieren, konnte nicht promovieren, nicht Professor werden! Wenn da doch nicht, wie ärgerlich, die vielen akademischen Grade wären, die man zu DDR-Zeiten bekam. Aber diese rechtzeitig noch vor dem Ende der DDR zurückzugeben, so wie es mit einigen Nationalpreisen gemacht wurde, ging nicht, denn sie waren Markenzeichen des hartnäckigen Widerstandes. Sie zu erhalten

sei nur möglich gewesen, dass man gezwungen war, mit zwei Zungen zu sprechen, gewissermaßen so: eine Zunge für die Öffentlichkeit (sprich: Treue-Bekennnis zum Sozialismus) und eine zweite Zunge für zu Haus (sprich: Verdammung des Sozialismus, Lob des Kapitalismus westdeutscher Wesensart). Die hohe Kunst bestand darin, diese zwei Zungen um Gotteswillen nicht miteinander zu verwechseln. Das durchzuhalten, war Psychoterror pur.

Was hieß und heißt da schon Gottes Gebot: DU SOLLST NICHT LÜGEN? Und fragt mich nicht, ob ich nicht heute wiederum lüge!

Nun hat Klio noch immer eine umfangreiche Sammlung an CDU-Dokumenten, CDU-Literatur und dgl. aus DDR-Zeiten. Mein Gott, was da zu lesen ist! Das reinste Satanswerk! Doch vielleicht muss alles einfach verkehrt herum gelesen werden. Also statt: „Es lebe unsere sozialistische DDR!“, einfach das Gegenteil.

Bleibt aber immer noch die Frage: Sind denn nicht einige Zehntausende CDU(Ost)-Mitglieder aus der CDU(West) ausgetreten? Ja, sagt die vom Ost- zum Wessi-CDU-Mitglied gewordene Gattung Mensch, aber das waren doch die, die bloß eine Zunge hatten, wir hatten zwei!

• KLIO

Der trügerische Schein

Im Windschatten von Obamania wurde die Homo-Ehe in Kalifornien verboten. Mit einer knappen Mehrheit entschieden sich die Bürger Kaliforniens dafür, dass die Institution der Ehe nur Mann plus Frau vorbehalten bleibt. Mit dieser Volksabstimmung wurde die gerichtliche Entscheidung, die Ehe in diesem Bundesstaat auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, rückgängig gemacht, die das kalifornische Verfassungsgericht erst im Mai dieses Jahres getroffen hatte. Die Abstimmung hat Verfassungsrang. Ähnlich entschieden sich auch die Bürger in Arizona und Florida. Doch die Abstimmung in Kalifornien wiegt schwerer. Denn Kalifornien gilt als sehr liberaler und pluraler Bundesstaat und beheimatet die Hochburg der Lesben- und Schwulenemanzipation San Francisco. Zudem schlossen schon 18.000 Menschen eine gleichgeschlechtliche Ehe in den wenigen Monaten.

In einem aufgeheizten Kulturkampf pumpten die Befürworter und Gegner rund 80 Millionen Dollar in die Kampagnen. Das erschreckende: Zahlreiche Wähler von Obama votierten gegen die Homo-Ehe. Auch Barack Obama sprach sich gegen die Homo-Ehe aus und damit gegen Adoptionsrechte, ein gemeinsames Sorgerecht für Kinder und das Recht auf Krankenhausbesuch beim kranken Partner. Also zentrale Grundrechte die heterosexuellen Paaren selbstverständlich zustehen. Während sich Prominente wie Brad Pitt, Steven Spielberg oder Barbra Streisand und Großkonzerne wie Google für die Homo-Ehe stark machten, wurde die Kampagne gegen die Homo-Ehe maßgeblich durch reaktionäre rechtsreligiöse Kreise finanziert. Diese wollen auch die Schöpfungsgeschichte im Naturkundeunterricht wieder lehren lassen und sie plädieren für Enthaltbarkeit vor der Ehe statt HIV-Prävention mit dem Kondom. Die religiöse Rechte schaffte es mit diesem fulminanten Sieg, die einmal gewährten Grundrechte wieder zurückzudrängen. Nun gehen einige Aktivisten gerichtlich gegen die Entscheidung vor. Sie wollen erreichen, dass die Abstimmung für verfassungswidrig erklärt wird, da die

Abstimmung eklatante Grundrechte betraf. Der Erfolg bleibt fraglich.

Dieser Sieg der Rechten sollte auch in Deutschland zu denken geben. Die eingetragene Partnerschaft (sprich: Homo-Ehe) ist entgegen der landläufigen Meinung mitnichten vergleichbar mit der Ehe. Sie ist gekennzeichnet durch viele Pflichten und wenig Rechte. Es fehlen das gemeinsame Adoptions- und Sorgerecht für Kinder, zudem bestehen gravierende Nachteile im Steuer- und Erbschaftsrecht. Seit Jahren weigern sich die deutschen Gerichte die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichzustellen und verweisen auf den besonderen Schutz der Ehe, sie berufen sich dabei Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes seit vielen Jahren und Grundrechte die heterosexuelle Paare selbstverständlich haben, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verweigert. Auch hier mehren sich die Stimmen, dass die Homosexuellen schon genügend Rechte hätten. Da verwundert es nicht, dass die Rechtsangleichung zwischen Homo- und Heteropaaren auf dem Abstellgleis der Bundesregierung steht.

Auch ist es mitnichten so, dass die Akzeptanz der Homosexualität stetig zunimmt. Das gebräuchlichste Schimpfwort an deutschen Schulen lautet: schwul. So kam die Simon-Studie aus dem Jahr 2006 zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit der befragten Berliner Schüler, zwei sich küssende Männer als ekelig empfindet. Da verwundert es nicht, wenn homosexuelle Jugendliche ein dreifach höheres Selbstmordrisiko haben. In den letzten Wochen hat es in Berlin zahlreiche und zum Teil brutale Überfälle auf Lesben und Schwule gegeben. Dies widerspricht dem trügerischen Schein, den CSD-Paraden, „Quatsch Comedy Club“, Harpe Kerkeling und Daily Soaps mit den zahlreichen lesbischen und schwulen Darstellern vermitteln. Es zeigt sich, dass die einmal errungene Teilhabe und Emanzipation kein gesellschaftlicher Selbstläufer ist, sie muss ständig neu erkämpft werden.

• BARBARA HÖLL / BODO NIENDEL

Operation Atlanta

LN. „Die Bundesregierung bastelt sich beim bevorstehenden Somalia-Einsatz nach erprobtem Muster Grauzonen“, kommentiert Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die Debatte um Anti-Piraterie-Einsätze auf dem somalischen Festland. Schäfer erklärt weiter:

„In ndiesem Fall wird versucht, dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzugaukeln, die Bundeswehr könne sich an einem grundsätzlich falschen Einsatz beteiligen, ohne sich selbst die Hände allzu schmutzig zu machen. Obwohl die bereits jetzt erkennbaren Bestrebungen der USA, die Kampfzone auf das somalische Festland auszuweiten, die Befürchtung nahelegen, dass die Geschäftsgrundlage des Einsatzes sich noch weiter in die falsche Richtung verschieben wird, soll

das Bundestagsmandat zügig eingeholt werden.

Bis heute wurde den Abgeordneten weder eine gründliche rechtliche Bewertung der Einsatzpläne vorgelegt, noch Einblick in die Einsatzrichtlinien gewährt. Das wiegt umso schwerer, als auch das Mandat so schwammig formuliert ist, dass es gegebenenfalls Einsätze der Bundeswehr auf dem Festland ermöglichen könnte.

Die Erfahrungen in Afghanistan zeigen, dass solche Grauzonen über kurz oder lang auch genutzt werden. Das planvolle Durcheinander der Missionen 'Allied Provider', 'Enduring Freedom' und 'Atalanta' vor der somalischen Küste ist ebenso wenig geeignet, diesen Verdacht zu entkräften, wie der überhöhte Ansatz von 1.400 Bundeswehrsoldaten für die Mission 'Atalanta'.



Ein neues Jahr heißt neue Hoffnung,
neues Licht, neue Gedanken
und neue Wege zum Ziel.
Allen Lesern der LN wünscht die Redaktion
einen guten Start ins Jahr 2009!

Verein Gedächtnisstätte Borna rechtsextremistisch

Zur Einschätzung des Vereins durch die Staatsregierung erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Es ist erfreulich, dass das Innenministerium den längst überfälligen Schwenk um 180 Grad bei seiner Beurteilung des in Borna ansässigen Vereins vollzogen hat. Jeder, der Augen hat, konnte schon seit geraumer Zeit das sehen, wovon Innenminister Buttolo über Jahre beharrlich die Augen verschlossen hat:

Die rechtsextremistische Ausrichtung dieses Vereins, seine Zusammenarbeit mit Geschichtsrevisonisten und Holocaustleugnern, die Kooperation mit der NPD und neonazistischen Kameradschaften. Dies alles war jedoch bereits zu einem Zeitpunkt klar, als derselbe Innenminister eine rechtsextremistische Ausrichtung des Vereins schlicht verneinte.

Den Worten müssen jetzt Taten folgen. Ich erwarte von der Staatsregierung eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel eines Vereinsverbots als Unterorganisation des bereits verbotenen Collegiums Humanum. Sollte ein solcher Schritt nicht endlich unternommen werden, besteht die reale Gefahr, dass derselbe Personenkreis nunmehr in Borna weiterhin sein Unwesen treiben kann.“



Unterschriften für eine weltoffene, weltliche, autonome Universität

LN.: „Das darf doch nicht wahr sein“, denken und meinen viele Leipziger angesichts der emotionalisierten Diskussionen um die Glaswand zwischen Aula und Andachtsraum im neu entstehenden Paulinum der Universität sowie der Attacken auf Rektor Prof. Häuser. Jüngst verstärkt durch kirchlich gebundene Politiker wie Wolfgang Thierse und Wolfgang Tiefensee. Privat kann jeder glauben, was er möchte, aber er sollte nicht den Glauben mit politischen Entscheidungen vermischen. Und da es „...nichts Gutes, außer man tut es“ gibt, fassten Leipziger einen Entschluss und gründeten die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“. Sie wollen jenen Leipzigiern eine Stimme geben, die sich gegen eine Umdeutung und Umnutzung des Paulinums zu einer Kirche wehren, und sie ermuntern aktiv zu werden. Eine Universität, die den An-

spruch erhebt weltoffen zu sein, hat Gläubigen unterschiedlicher Religionen und Menschen mit atheistischen Weltanschauungen gegenüber neutral zu sein, wie dies auch die Unterstützer der Bürgerinitiative selbst tun. Eine autonome Universität muss das Recht haben, unbeeinflusst darüber zu entscheiden, welche Art von Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten stattfinden.

Ein öffentliches Forum wurde unter www.Buerger-pro-Uni.de geschaffen. Mit einem Brief wandten sich die Initiatoren an Magnifizenz Prof. Häuser, darin steht u.a.: „Mit Sicherheit steht eine Mehrheit der Leipziger Bürgerschaft hinter Ihnen und dem gefundenen Kompromiss und würde eine geweihte Kirche mitten in der Universität als einen Angriff auf das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Trennung von Staat und Kirche und als persönlichen Affront empfinden.“



Unterschriftensammlung auf dem Augustusplatz im Dezember.

Das einmal „Linke-SPD-Hamburg“ entwickelt sich mit einem weiteren Rechtsruck bei der Kür der Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2009 zu einem Standort der SPD-Gruppierung „Seeheimer-Kreis“. Im Kampf um den stets von einem SPD-Parteilinken vertretenen Wahlkreis Eimsbüttel gab es für diesen ein Nachsehen. Der bisherige Bundestagsabgeordnete Niels Annen unterliegt in diesem Kampf dem Hamburger Juso-Landesvorsitzenden Daniel Ilkhanipour mit einer Stimme. Nach dieser Wahl steht die Hamburger SPD nach ihrem Skandal um die gestohlenen Stimmzettel ein weiteres Mal vor einer Zerreißprobe. Der Juso-Vorsitzende ist der Student Daniel Ilkhanipour und hat am 15. November überraschend den zur Linksfraktion in der Bundes-SPD zählenden Niels Annen bei der Nominierung mit 45 zu 44 Stimmen besiegt. Damit wird sich erneut ein Aufbrechen alter Flügelpkämpfe in der Hansestadt abzeichnen. Wie ist es zur Wahl von Daniel Ilkhanipour gekommen: Ingeheim hatten sich seine Anhänger bei den Delegiertenwahlen organisiert. Erst nachdem dieser geheime Coup geschehen war, gab der Juso-Mann seine Kandidatur bekannt. Dieses Vorgehen hatte alle Linken in Eimsbüttel kalt erwischt, voran den Kreischef Jan Pörksen.

Der Sohn iranischer Einwanderer hat in frühen Zeiten sehr eng für den Hamburger Parteirechten der SPD Johannes Kahrs gearbeitet. Bekannt von diesem ist, daß er bei der letzten Bundestagswahl Gelder der bundesdeutschen Rüstungsindustrie für seinen Wahlkampffonds angenommen hat. In Hamburg wird befürchtet, dass das der Auftakt zu einem Durchmarsch der Rechten ist, das ausgerechnet in dem traditionell linken Eimsbüttel.

Hamburger Korrespondenz:

Zerreißprobe für SPD

Nach der Schicksalswahl sagte Niels Annen Unterstützer Pörksen: „Wir können jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen. Das stellt die SPD vor eine Zerreißprobe, und zwar nicht nur in Eimsbüttel.“ Eine eilig einberufene Kreisvorstandssitzung blieb ergebnislos - obwohl viele Mitglieder mit dem sofortigen Rücktritt Pörkens gerechnet hatten. Es ist schwer vorstellbar, daß Annen-Unterstützer Pörksen als Vorsitzender der SPD in Eimsbüttel in der Lage ist, für Ilkhanipour den Bundestagswahlkampf 2009 zu organisieren.

Die Hände vor dem Gesicht

Von Hamburgs Sozialdemokraten hatte niemand ernsthaft mit einer Niederlage Annens gerechnet, der auch im SPD-Bundesvorstand sitzt und als Außenpolitiker in der Fraktion sich einen Ruf erarbeitet hat. Als das Ergebnis der geheimen Abstimmung am Abend bekannt gegeben wurde, trat in der Aula der Ida-Ehre-Schule, in der die Delegierten tagten, für ein paar Sekunden absolute Stille ein. Selbst Überraschungssieger Ilkhanipour gab erst einmal keinen Laut von sich. Und Verlierer Annen schlug die Hände vor das Gesicht. Während die Ilkhanipour-Fraktion um den Juso Hauke Wagner den Sieg bis spät in die Nacht begoß, machte sich bei den Annen-Anhängern mit ihrer Niederlage große Ratlosigkeit breit. SPD Mann Ernst Christian Schütt zum Debakel: „Ich weiß gar nicht, wie wir jetzt noch im Wahlkampf unsere Leute mobilisieren sollen“.

Was den Hintergrund des Annen-Sturzes angeht, kursiert neben der Annahme, es handle sich um einen Putsch der Parteirechten, eine weitere Theorie. Weil mit Wagner und anderen auch Mitarbeiter des 2007 durch den Stimmzettelklau gestürzten Ex-Parteichefs Petersen an dem Juso-Coup beteiligt waren, heißt es, Petersen habe eine alte Rechnung beglichen. Und so heißt ein Gerücht, Annen soll 2007 am Sturz Petersens mitgearbeitet haben.

Gegen den Wahlgewinner Ilkhanipour wird der Vorwurf erhoben, er habe eine Welle von Parteieintritten in Eimsbüttel organisiert - vor allem von seinen Freunden und Bekannten. Mit dieser Hilfe habe er Delegiertenwahlen in den Distrikten kontrolliert und sich die nötige Mehrheit verschafft. Unter den Delegierten waren am Wahlabend auffallend viele junge Männer und Frauen, die nicht dem gewohnten Bild sozialdemokratischer Gremien entsprachen. Keine Chance besteht für Niels Annen, daß er über die Landesliste doch in den Bundestag einziehen kann. Zuletzt hatte die SPD in Hamburg alle Direktmandate gewonnen, so daß es kein SPD-Kandidat schaffte, über die Liste in den Bundestag einzuziehen. Arbeitsminister Olaf Scholz, bestimmt kein Linker, gilt bereits für Platz eins der Landesliste als gesetzt. Auf Platz zwei kommt wegen der Quotenregelung eine Frau. Auch Parteichef Ingo Egloff, der selber für den Bundestag kandidiert und der Annen unterstützt hatte, warnte nach der Wahl vor neuem Richtungsstreit.

Nur zu einer Gratulation an Ilkhanipour konnte er sich nicht durchringen.

Um ein Debakel abzuwenden hat der SPD-Kreisvorstand Eimsbüttel mit Mehrheit eine Mitgliederbefragung zur Kandidatur des Jusovorsitzenden Daniel Ilkhanipour beschlossen. Sollte sich die Mehrheit gegen seine Kandidatur aussprechen, wird der Hamburger Landesvorstand aufgefordert, die Wahl wiederholen zu lassen. Die Kritiken an dem Kandidaten Ilkhanipour werden immer lauter.

DIE LINKE lachender Dritter

Bei diesen mehr als unklaren SPD-Verhältnissen wird DIE LINKE lachender Dritter sein. Pluspunkte kann DIE LINKE auch bei der Elbphilharmonie sammeln. Der Prestigebau der Musik, von Hamburgs CDU angeschoben, soll auf einem nicht mehr benötigten Kaispeicher am Elblauf errichtet werden. Grundsteinlegung ist bereits vor Monaten erfolgt. Was bisher für den Bau fehlte, der vom Generalunternehmer Hochtief aus Essen gebaut wird, war eine exakte Kostenrechnung. Diese liegt nun vor. Danach sind es nicht mehr die einmal veranschlagten 241 Millionen Euro, sondern es dürfen jetzt 450 Millionen Euro werden. Hamburg muss bei einem klammen Haushalt zusätzlich 137 Millionen Euro aufwenden. Auch wird der Bau nicht im November 2011 fertig sein, der Spielbetrieb kann voraussichtlich erst im Mai 2012 aufgenommen werden. Ursprünglich sollte der neue Musiktempel im Herbst 2010 eröffnet werden. Ob es sowohl bei den Kosten als auch beim Eröffnungstermin bleiben wird, werden wir sehen.

HAUT



Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie begleitet seit 1987 rund 400 junge Ostdeutsche auf ihrem Weg aus dem realen Sozialismus in den realen Kapitalismus

NAH

Teil 2

Ohne Arbeit ... keine Freiheit

Die persönliche Zukunftszuversicht der 34-Jährigen – zugleich aussagekräftiges Kriterium dafür, wie sie die Zukunft der Gesellschaft beurteilen – hat nach der Wende und der deutschen Einheit nicht zugenommen, sondern erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 34-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab – Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zeit, insbesondere mit Blick auf den „Arbeitsmarkt“. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die Einstellung zur Wende, zur Wirtschaftsordnung und zur Legitimität des politischen Systems, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Letzteres kündigt 2007 rund ein Drittel dieser jungen Erwachsenen an, die im Osten verblieben sind! Auch die Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder, ohnehin schwach entwickelt, ist in den letzten Jahren abgestürzt, eine Tendenz, die das Verhältnis der Panelmitglieder zur Gesellschaftsordnung zusätzlich negativ beeinflusst.

Die Lebensgrundstimmung insgesamt wurde durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgingen. Angst vor der Zukunft in dieser Gesellschaft wurde zu einem Grundgefühl auch dieser jungen Leute. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage (fast von der Wende an

erfasst), vor den Auswirkungen von „Hartz IV“ sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, an einer verbreiteten Angst vor dem heutigen Kapitalismus. Bei sehr vielen ist über Jahre hinweg ein „Stau“ negativer Gefühle entstanden. Ein besonderes Alarmsignal ist, dass rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen sich bereits im Alter von 34 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen!

Dank der spezifischen Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie bei einer identischen Population junger Leute über die Wende hinweg konnten aus der Vielfalt der realen individuellen Lebensumstände der Panelmitglieder einige wesentliche Einflussfaktoren nachgewiesen werden, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

Die Arbeitslosigkeit, von einigen Politikern in der Bundesrepublik schon längst als „größte Wunde der Gesellschaft“ erkannt (Bundespräsident Johannes Rau, 2004), oder als Situation, „die ähnlich wirkt wie eine Haft“ (Regine Hildebrandt, 1992), geht wie ein Riss durch die gesamte Population.

Entscheidender Einflussfaktor ist die Grunderfahrung von Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2007 bereits 71 Prozent! Der Anteil derer, die bereits mehrfach Arbeitslosigkeit erlebt haben und bei denen ihre ersten negativen Auswirkungen besonders deutlich sichtbar werden, hat sich zwischen 1996 und 2007 von 17 Prozent auf 40 Prozent mehr als verdoppelt!

Die Studie konnte im vergangenen Jahr den 20. Jahrestag ihres Starts im Jahre 1987 begehen. Forschungsleiter und Verfasser Prof. PETER FÖRSTER aus Leipzig und seinen Mitarbeitern Hendrik Berth und Yve Stöbel-Richter gelang es jedoch, dieses Projekt unter schwierigen Bedingungen fortzusetzen. Die über 200 Seiten belegen in wohl einmaliger Weise den massiven Wandel, der sich bei jungen Ostdeutschen des Jahrganges 1973 zwischen ihrem 14. und 34. Lebensjahr (2007) in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat. Ausgelöst durch das Ende der DDR und des realen Sozialismus, die schockartigen Veränderungen in der Wendezeit und das unmittelbare Erleben des realen Kapitalismus, den sie bisher nur aus den Medien und ihren Lehrbüchern kannten.

Das nährt Ängste gegenüber dem gegenwärtigen kapitalistisch verfassten System, bestärkt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit und erhöht die Protestbereitschaft, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die physische und psychische Gesundheit. Entscheidend ist, dass diese negativen Auswirkungen mit wachsender Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Betroffenen in vieler Hinsicht nachweislich zunehmen, eine Tatsache, die nur aus langfristig erhobenen individuellen Daten, nicht jedoch aus den amtlichen Statistiken ablesbar ist. Besonders hier liegt auch der Neuigkeitwert unserer Ergebnisse. So geht mit zunehmender Dauer eigener Arbeitslosigkeit kontinuierlich die Zuversicht junger Erwachsener zurück und steigt die Angst vor einer persönlichen Notlage stark an.

Auch die Bejahung der Wende und selbst die Zahl der gewünschten Kinder nimmt bedeutsam ab! Diese latenten psychosozialen Folgen werden von der Politik völlig unterschätzt, klein geredet oder meist kaschiert.

Die übergroße, zunehmende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt, Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet und die Menschen arm und krank macht. Nahezu alle lehnen es ab, sich mit Arbeitslosigkeit abzufinden. Bei weit mehr als der Hälfte von ihnen haben sich die langjährigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit inzwischen zu der Auffassung verdichtet, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

Die bis 2007 vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen nennenswerten Teil der jetzt 34-Jährigen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem und

seine Werte und Perspektiven einzunehmen. Wesentlich ist dabei: Sie haben sich diesem System gegenüber nicht etwa „entfremdet“, sondern stehen ihm faktisch schon von der Wendezeit an mehrheitlich skeptisch oder ablehnend gegenüber, Ergebnis ihrer damaligen unmittelbaren, häufig traumatischen Erfahrungen mit der Politik der „Schöpferischen Zerstörung“. Damit wurden bei einem Teil von ihnen anfängliche positive Erwartungen in Frage gestellt oder diskreditiert.

Diese kritische Haltung verstärkte sich bereits am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb, den kurzfristig wachsenden Hoffnungen nach dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün folgte ein noch stärkerer Absturz als zuvor, der sich auch nach den jüngsten Bundestagswahlen 2005 fortsetzt.

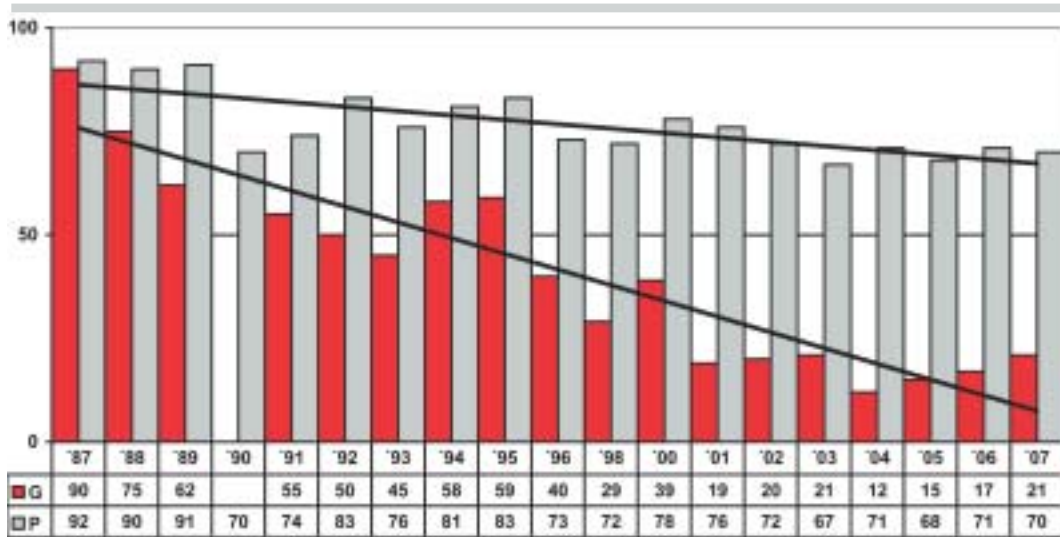
Das äußert sich besonders augenfällig in der signifikant zurückgehenden Bejahung der Wende, dem bisher folgenreichsten politischen Ereignis im Leben dieser jungen Ostdeutschen, nachweislich vor allem hervorgerufen durch die stark gestiegene persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Sie hat maßgeblich zu einer „Entzauberung der Verheißungen des Kapitalismus“ beigetragen. Die große Mehrheit der 34-Jährigen will das jetzige System wieder loswerden! Das betrifft in besonderem Maße die jungen Frauen, die der jetzigen Gesellschaft von Anfang an noch kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

Fortsetzung Seite 5

Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl, daß die Arbeit als Gnade vergeben wird.

Kurt Tucholsky

LEIPZIGS NEUE dokumentiert in dieser Ausgabe weitere ausgewählte Ergebnisse des im September 2008 durch die Autoren fertiggestellten und präzisierten Arbeitsberichtes.



Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der gesellschaftlichen (G) und persönlichen (P) Zukunftszuversicht der Panelmitglieder zwischen 1987 und 2007 bzw. zwischen dem 14. und 34. Lebensjahr. (Identische Population)

Fragetext:

– „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?“

– „... für sich persönlich?“

Diese über 20 Jahre laufenden Zeitreihen können wohl als „sozialwissenschaftliches Unikat“ angesehen werden; sie sind aus zwei Gründen sehr informativ: Erstens belegen sie für die Altersgruppe der 1973 in der DDR Geborenen (bzw. der 2007 34-Jährigen), dass nach dem Zusammenbruch der DDR keineswegs ein „euphorischer“ Trend eingesetzt hatte, sondern ein negativer.

Der (Un-)Sinn der „schöpferischen Zerstörung“

Bei der generellen Bewertung der Angaben nach dem Systemwechsel muss bedacht werden, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für 99 Prozent (!) der damals 16-Jährigen klar war, wie es nach dem Abschluss der Schule weitergehen wird. Die Wende im Herbst 1989 und die folgenden Unsicherheiten, Um- und Abbrüche im (Un-) Sinne „schöpferischer Zerstörung“ hatten jedoch die beruflichen Pläne des größten Teiles von ihnen in Frage gestellt oder gar zunichte gemacht:

1998 gaben 38 Prozent der Befragten rückblickend an, dass sie diese Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35 Prozent war das etwas der Fall und nur 27 Prozent berichteten keine Veränderungen – mit signifikanten Folgen für die persönliche Zukunft. Viele beschrieben damals ausführlich die Probleme, mit denen sie sich zu Beginn ihrer Berufskarriere völlig unerwartet herum schlagen mussten und die häufig auch traumatische Reaktionen wie Hilflosigkeit und Verlust sozialer Geborgenheit auslösten. Dazu einige Beispiele:

„... hört man jetzt, dass wir vielleicht sogar drei Jahre lernen müssen und dann auch noch nach dem Lehrplan der BRD. Aber man kann doch das 1. Lehrjahr nicht einfach im Winde verwehen lassen... Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll. Einer sagt hüh, der andere hott.“ (w)

„Durch die Wende wird die Lehre noch schwerer. Alles geht drunter und drüber, man weiß nicht mehr, woran man ist. Die größte Sorge macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehre arbeitslos werde.“ (m)

„Wahrscheinlich muss ich umlernen, weil ich keinen Arbeitsplatz bekommen werde. Ich habe irgendwie schon Angst vor der Zukunft. Man weiß nicht, was wird. Ich fühle mich nicht mehr geborgen.“ (w)

„Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen meines Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe... Wer stellt schon einen Facharbeiter ein, der eben

erst seinen Abschluss in der Tasche hat und noch keine berufliche Erfahrung besitzt.“ (w)

„Der Übergang ist mir sehr gut gelungen... Ich habe Angst vor der Zukunft, dass ich meine Arbeitsstelle verliere und nirgends Arbeit finde. Ich habe überhaupt Angst vor dieser ganzen Politik, man weiß gar nicht, wie es weitergehen soll.“ (w)

„Aufgrund mangelnder Lehrstellen wurde ich in die EDV (Elektronische Datenverarbeitung - P.F.) abgeschoben, wodurch ich jetzt einen Beruf erlerne, der mich absolut nicht interessiert. Zur Zeit ist mir alles egal und ich bin nicht die einzige, der es so geht“ (w)

„Zur Zeit komme ich politisch überhaupt nicht mehr klar. Ich habe Angst!“ (m)

„Das Problem mit der Arbeitslosigkeit hätte ich mir nie träumen lassen!“ (w)

„Manchmal sitze ich zu Hause und denke über die politische Situation sehr stark nach. Der Umbruch war eine harte Zeit. Für alle. Meine Eltern waren völlig am Ende, und ich hatte Probleme auf Arbeit, mit denen ich meine Eltern nicht noch belasten wollte. Ich habe oft heimlich geweint und alles in mich reingefressen.“ (w)

„Was wird aus dem Beruf der Krippenzieherin? Hat es noch Sinn, das Studium zu beenden?... In manchen Städten schließt man nun schon Krippen und in Zwickau bzw. Plauen sagt man den Studenten, dass es kaum noch Sinn habe. Warum sagt man uns nicht die Wahrheit?“ (w)

„Die Arbeitsmarktsituation ist alarmierend. Das Schlimmste ist, dass man nicht merkt, dass es in absehbarer Zeit besser wird. Es macht mir zu schaffen, für Ostdeutschland kein Vorankommen zu sehen“ (m)

„Zu schaffen macht mir natürlich... die Arbeitslosigkeit. Ich werde damit nicht fertig, dass so viele Betriebe schließen müs-

sen. Es braucht sich doch keiner zu wundern, wenn die meisten Leute in den westlichen Teil Deutschlands gehen, um arbeiten zu können und ein lebenswertes Leben zu leben.“ (w)

„Am meisten betroffen von der Arbeitslosigkeit sind wir Lehrlinge. Wir haben es schwer, nach unserer Lehre im Betrieb eine Arbeitsstelle zu bekommen... Meiner Meinung nach braucht das alles nicht zu sein. Es gibt genügend Arbeit, aber es ist einfach kein Geld da.“ (w)

„Die Arbeitslosigkeit. Man lebt ständig in der Angst, wann es einem selbst so geht.“ (w)

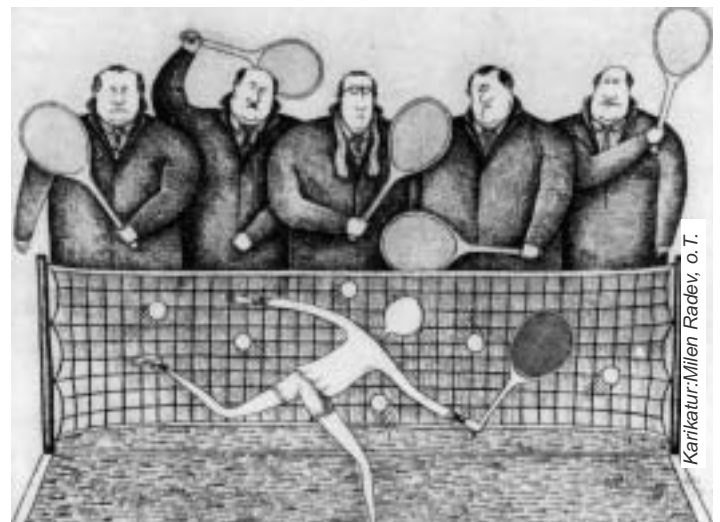
„Dass die Betriebe glauben, sie könnten mit den Azubis machen, was sie wollen, macht mich sehr wütend!“ (m)

„Dank der Vereinigung habe ich meinen Beruf (Lehre) wechseln müssen.“ (m)

„Dass die Arbeitsbedingungen an unserer Berufsschule unter aller Würde sind. Dass wir ein Jahr Zeit haben, das zu lernen, wozu Azubis in westdeutschen Bundesländern drei Jahre Zeit haben.“ (m)

Typisch sind Erinnerungen einer Teilnehmerin, die sie 1993 rückschauend über „Erlebnisse und Veränderungen seit dem Schulabschluss“ niederschrieb:

„Veränderungen? Oh ja, die hat es in den letzten Jahren in meinem Leben zur Genüge gegeben. Ganz abgesehen davon, dass ich einen ganz anderen Beruf erlernen wollte, begann ich nach Schulabschluss eine Lehre als Wirtschaftskauffrau. Das erste Lehrjahr verlief sehr sozialistisch. Das zweite Lehrjahr war die reinste Katastrophe. Im ersten Halbjahr hatten wir keine Schulbücher und auch keine richtigen Lehrpläne. So versuchten alle Lehrer, das Beste daraus zu machen. Aber das brachte nicht viel. Letzten Endes mussten wir den gesamten Lehrstoff, zu dessen Ziel man eigentlich nach drei Jahren gelangen sollte, in eindreiviertel Jahren in uns reinpauken. Allerdings ist da so mancher, ich eingeschlossen, auf der Strecke geblieben. Glücklicherweise kann man nach westdeutschen Regeln eine Prüfung dreimal machen. Ich habe zwar nur zweimal gebraucht, aber es fiel mir doch ganz schön schwer.“



Karikatur: Milten Radev, o. T.

„Zweieinhalb Ansprechpartner“ für Die LINKE? Ronald Weckesser vor den Mitgliedern des Leipzig OWUS zur aktuellen Wirtschaftslage

Alle reden von Finanzen, also auch die Mitglieder vom Leipziger OWUS (Offener Wirtschaftsverband der Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen) auf ihrer jüngsten Veranstaltung in Markkleeberg. Und weil damit nicht nur die eigene schmale oder die auch nicht viel prallere Firmenkasse gemeint ist, sondern die Milliarden, die um den Erdball rasen, luden sich die Unternehmer einen ein, von dem sie meinen: Der kennt sich aus. Allerdings, erläuterte Ronald Weckesser, er war von 1999 bis 2008 finanzpolitischer Sprecher der Linken-Fraktion im Landtag. Da eigne man sich einiges an, auch wenn man von Haus aus schlichter Ingenieur ist. Der Begriff „Experte“ werde solchen Leuten wie ihm viel zu leichtfertig umgehängt, weil man so eine Funktion ausübt. Was der Dresdner Politiker dann aber als Ergebnis seiner Analyse vortrug, erschreckte in seiner Radikalität doch einigermaßen, weil er verdeutlichte: hausgemachte Probleme und langfristige Erscheinungen überlagern jetzt einander und verschärfen die Situation:

„Die Finanzkrise ist eine systemimmanente Katastrophe und wird noch schlimmer werden.“

„Planmäßig werden die vom Bund gezahlten Hilfen für die neuen Länder jährlich um 200 Millionen Euro (für Sachsen) reduziert.“

„Die EU hat festgestellt, dass Dresden und Leipzig der Sonderförderungen aus Brüssel nicht mehr bedürfen, weil sie sich

gut entwickelt hätten. D. h. in der bis 2013 reichenden letzten Sonderförderung bekommen die beiden Großstädte nichts mehr.“

„Der demografische Wandel, der ganz Europa betrifft, aber Ostdeutschland extrem, setzte mit der Wende von 1990 ein und hält an. Folge: Jeder abwandernde oder nichtgeborene Sachse kostet den Freistaat jährlich 2500 Euro. Hinzu kommt die erste deutliche Rezession seit 1990.“

All diese Punkte kommen zusammen und erschweren die Situation für heimische Unternehmer deutlich. Die jetzt beginnende Schrumpfung ist im System angelegt. So etwas gab es bisher nicht; über alle Krisen und Kriege hinweg wuchs die Bevölkerung langfristig dennoch.

Die einzige Chance sei eine wirtschaftliche Stabilisierung auf niedrigerem Niveau.

Um gar nicht falsche Hoffnungen aufkommen zu lassen, machte Weckesser an seiner Dresdner Heimat deutlich, wohin die Reise geht. Derzeit gelte die Sachsen-Hauptstadt zwar in Sachen Mikroelektronik noch als Nummer eins in Europa, weil die amerikanischen Mutterkonzerne der ersten Aufbaustufe eine zweite hatten folgen lassen. Allerdings blieb die Forschung immer in den USA. Und vom derzeit nötigen Aufbau einer dritten Stufe ist nichts zu sehen. Die wird sicherlich längst vorbereitet, offensichtlich aber nicht in Dresden. Man wird dort sicherlich noch einige Zeit



Obwohl die OWUS-Mitglieder beim Gespräch mit Ronald Weckesser (am Kopfende) teilweise graue Haare oder Glatze haben – als Unternehmen sind sie jung, höchstens 19 Jahre dabei.

Foto: KK

produzieren, sieht aber wie in anderen überholten Fertigungsbereichen einem stetigen Rückgang entgegen.

Das Thema der inzwischen auch in bürgerlichen Kreisen kontrovers debattierten Schulden, sieht Weckesser unaufgeregt: Die seien nicht grundsätzlich schlecht, wenn man sie bedienen kann und sie nicht allzu hoch werden. Deutschland liege da noch auf einem ganz erträglichen Niveau. In der anschließenden Debatte stellten etliche der OWUS-Mitglieder kritisch fest: In der öffentlich feststellbaren Politik der

Partei DIE LINKE. Sachsen gibt es zweieinhalb (!) Ansprechpartner: erstens Gewerkschafter (und andere Arbeitnehmer), zweitens dann Hartz-IV-Empfänger und schließlich ab und an junge Leute. Kleine Unternehmer gehören absolut nicht dazu. Gerade im Osten Deutschlands hat sich manches ehemalige SED-Mitglied nach 1990 beruflich völlig neu orientieren müssen, dabei aber keineswegs seine politischen Wurzeln vergessen. Diesem Klientel sollte wesentlich mehr Aufmerksamkeit zukommen.

• KARL KRAFT



Der erste Eindruck, der kann täuschen, im Leben, in der Politik und auch in diesem Foto-Fall. Doch dazu später.

DIE LINKE eröffnete jetzt ein Bürgerbüro in Leipzig-Lindenau. An präserter Stelle, unweit des Marktplatzes, und in grob geschätzter 100 Meter Luftlinie vom NPD-Bunker entfernt. Es ist der notwendige und jüngst auf dem Lindenauer Markt von Hunderten artikulierten politische Widerspruch zu dem Versuch der rechtsradikalen Szene, sich im Westen Leipzigs zu verankern und eine kulturelle Hegemonie aufzubauen.

Der Ortsverband DIE LINKE Leutzsch-Lindenau und der Landtagsabgeordnete Dr. Volker Külow werden hier regelmäßig zu Bürgersprechstunden einladen und gegen die angestrebte NPD-Vereinbarung eines Gebietes Gesicht zeigen.

Das obige Foto täuscht in diesem Zusammenhang allerdings in zweierlei Hinsicht. Erstens ist in der Kulturstraße kein horizontales Gewerbe ansässig. Zweitens, das freizügige große Fotoplatz gehört zu einer Ausstellung, die das Polnische Institut hier präsentiert. Beide „Ladeninhaber“ sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite kamen zur Eröffnung des Bürgerbüros miteinander ins Gespräch und freuen sich auf weitere anregende kulturelle Begegnungen und Gespräche. Das „Theater der jungen Welt“ und etliche Lindenauer schauten ebenfalls schon mal im neuen Bürgerbüro vorbei. Allerdings wird es nicht bei der bisherigen Laden-Adresse in der Kulturstraße 4 bleiben. Vermutlich geht es in Kürze noch ein Stück näher in Richtung Markt. • M. Z.

Leipziger Wirtschaft unter Krisen-Druck

Beide Wirtschaftskammern haben im zweiten Halbjahr ihre traditionellen Konjunkturkonferenzen abgehalten. Die Industrie- und Handelskammer, der 60000 Firmen angehören, zu Herbstbeginn, und die nach der Verwaltungsreform um 832 Betriebe Döbelns geschwächte Handwerkskammer, mit derzeit 11731 Firmen, am 25. November. Aus der IHK-Analyse ging hervor, dass die grafische Kurve über die Wirtschaftsleistung bereits 2007 abzufallen begann, so dass Mitte 2008 sieben Prozent der Firmen ihre Lage weniger gut beurteilten und bis Ende 2008 nochmals acht Prozent. Das heißt, der Anteil der Firmen mit guten Erwartungen fiel auf 15 Prozent und der mit schlechten stieg auf 27 Prozent. Das wird sich noch negativer entwickeln, mit Konsequenzen für den Arbeitsmarkt.

Die Industrie war mehrere Jahre die Wirtschaftslokomotive, welche die Situation gerettet hat, während die Politik den Binnenmarkt durch Senkung der Realeinkommen vernachlässigte. Deshalb blieben immer im Keller: Einzelhandel, Gastronomie, Verkehrsgewerbe und bestimmte Dienstleistungen. Ein Konferenzteilnehmer stellte fest: „Merkels

Wirtschaftspolitik entspricht drei verlorenen Jahren. Es ist der Versuch der Politik erkennbar, von den eigenen nicht erledigten Hausaufgaben abzulenken und den USA nun gleich alle Schuld für künftiges Ungemach zuzuschreiben...“

Das Handwerk zeigte sich noch relativ stabil, geht aber von einer baldigen „Eintrübung“ aus. Das KFZ-Handwerk ist bereits stark betroffen. Die Umsätze verringerten sich im zweistelligen Bereich. Nur fünf Prozent schätzen ihre Lage als „gut“ ein, 55 Prozent als „schlecht“. Die Erwartungen sind ähnlich pessimistisch. Im Durchschnitt aller Branchen bewerteten sie 30 Prozent der Firmen als „gut“ und 20 Prozent als „schlecht“: Auftragsgänge, Umsätze und Kapazitätsauslastung sind bereits rückläufig. Nur 45 Prozent der Firmen erreichen eine Auslastung über 80 Prozent! Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sank zum Vorjahr um sieben Prozent auf 1296. Die Handwerkskammer kritisiert die Maßnahmen der Bundesregierung als nicht ausreichend und fordert „mehr netto vom brutto“ für die Leistungsträger. Kammer und Leipziger Messe laden ein vom 7. bis 15. Februar zur „Haus-Garten-Freizeit“ und „Mitteldeutschen Handwerksmesse“, vom 12. bis 15. Februar zur neuen „Beach und Boat“-Wassersportmesse und vom 13. bis 15. Februar zur „Immobilienmesse“.

• JOACHIM SPITZNER

PISA - TIMSS : Sind das Bildungsweihnachtsgeschenke?

Finanzkrise, Rezession, Absinken der Wirtschaftsprognose – das sind die Schlagzeilen in allen Medien. Da war und ist der Jubel über Ergebnisse der verschiedenen Bildungsstudien vor allem für die sächsische Staatsregierung ein Lichtstreif am Horizont. In Sachsen kann man strahlen! Deutschland ist nach wie vor Mittelmaß, aber die Sachsen sind auf diesem Gebiet Spitze!

Haben wir Grund, uns auf die Schulter zu klopfen? Die Antwort ist zweigeteilt. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer bemühen sich täglich um eine hohe Qualität des Unterrichts. Mit Mittelmaß will man sich in der Bildung und Erziehung nicht zufrieden geben. Fortbildung, Erfahrungsaustausch unter den Kollegen u. a. finden an vielen Schulen regelmäßig statt. Viele Pädagogen sind so eng mit ihren Schülern verbunden, dass unentgeltlich Förderarbeit mit leistungsstarken oder leistungsschwachen Schülern keine Ausnahme ist. Und das, obwohl seit drei Jahren an Mittelschulen und Gymnasien Teilzeit angeordnet ist, die Einkommensminderungen bei mindestens 300 Euro liegen und nach wie vor erhebliche Einkommensunter-

schiede Ost/West bestehen. Beispielsweise Grundschullehrerinnen haben acht Jahre in Teilzeit gearbeitet und hatten dadurch erhebliche Einkommensverluste.

Die Übergangsquote der Schülerinnen und Schüler von Grundschule zu Gymnasium liegt in Leipzig bei fast 55 Prozent. Eine beachtliche Zahl. Kontinuierliche und solide pädagogische Arbeit zahlt sich natürlich aus und da kann man schon sagen: Alle Achtung, dass die Ergebnisse trotz vieler Frustfaktoren noch so gut sind: bei PISA, der Studie über Mittelschulen und Gymnasien, erste Stelle, bei TIMSS, der Studie über die Grundschüler, dritte Stelle.

Die andere Seite ist unser sächsisches Schulsystem. Die Staatsregierung spricht von einem zweigliedrigen Schulsystem – Mittelschule und Gymnasium. Das ist aber nur das Äußere, denn in den Mittelschulen gibt es ab der siebenten Klasse die Teilung der Schülerschaft in Hauptschüler und Realschüler, also die Dreigliedrigkeit. Eine gesetzliche neunjährige Schulpflicht entspricht nach meiner Ansicht ebenso wenig den heutigen Erfordernissen wie die Tatsache, dass 22 Prozent der Schüler die

Schule ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss verlassen. Die Anzahl der Förderschüler mit Lernbehinderungen ist nicht nur relativ, sondern absolut gestiegen.

Die Propagierung der Durchlässigkeit des Schulsystems ist also ein Hilfskonstrukt. Die Übergangsquote Mittelschule / Gymnasium nach Klasse 10 liegt bei armseligen 0,5 Prozent. Selbst wenn Schüler nach dem Realschulabschluss in Klasse 10 auf ein berufliches Gymnasium wechseln, zeigt sich, dass die Lehrpläne der Mittelschulen und der Beruflichen Gymnasien nicht miteinander abgestimmt sind. Das Scheitern ist deshalb bei zu vielen Jugendlichen vorprogrammiert. Auch das sind leider ernüchternde Fakten.

Jede Medaille hat zwei Seiten, und das gilt auch für die soeben bejubelten Leistungsvergleiche.

Freude und Anerkennung für erreichte Leistungen, aber bitte auch Nachdenken über das Nichterreichen, ja Verlieren von Schülern und weiteres Nachdenken über Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. All das ist weiterhin angesagt.

• MARGITTA HOLLICK

Starke Nachfrage nach dem Leipziger Mietspiegel 2008

LN.: Die Nachfrage ist schon vor Auslieferung sehr hoch. Daher hat das Sozialamt eine weitere E-Mail-Adresse für Bestellungen eingerichtet:

mietspiegel2008@leipzig.de.

Ab 19. Dezember ist er in allen Bürgerämtern erhältlich.

Der Leipziger Mietspiegel 2008 wurde auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobenerhebung vom Sozialamt und dem Amt für Statistik und Wahlen erarbeitet. Er löst den Mietspiegel 2005 ab.

„Der Mietspiegel ist ein gutes Orientierungsmittel für alle Beteiligten und leistet einen wesentlichen Beitrag, um Auseinandersetzungen um die zulässige Miethöhe zu vermeiden“, hebt Bürgermeister Thomas Fabian die Bedeutung hervor.

Um der Vielfältigkeit des Leipziger Wohnungsmarktes gerecht zu werden, wurde der Mietspiegel diesmal mit einer anderen Berechnungsmethode erarbeitet. Es wurde erstmals nach dem Regressionsverfahren ausgewertet, das eine feinere Differenzierung der Wohnwertmerkmale ermöglicht. Er weist aber keine ortsteilbezogenen Lageangaben aus.

„Jeder kann mit diesem Mietspiegel die zulässige Miete der eigenen Wohnung im freifinanzierten Wohnungsmarkt an Hand vorgegebener Merkmale selbstständig ermitteln“, informiert Gabriele Jackisch-Tetzel aus dem Sozialamt. „Damit hat jeder eine gute Grundlage, sich über die ortsübliche Miete der jeweiligen Wohnung zu informieren.“

Cubasi

Die drei Wirbelstürme haben in Kuba in diesem Jahr Schäden in Höhe von 10 Mrd.

US-Dollar angerichtet.

Die Unterstützungsaktion für die Hurrikan-Opfer in Kuba geht weiter.

Folgende Ergebnisse wurden in Leipzig erreicht:

Beim Stadtvorstand der LINKEN wurden bisher 2000 Euro abgerechnet.

Eine zweite Sammlung materieller Spendegüter am 11. November erbrachte Solidaritätsgüter im Umfang von ca. 3,5 m³.

Dafür möchte sich die AG Cuba si Leipzig bei allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, recht herzlich bedanken.



Foto:Eiltzer

Die Tänzerin Irina Pauls während der Vorstellung des neuen Projektes: Tanz im Lokschuppen Leipzig-Reudnitz

Zittern und Tanzen

Sehen sie sich das linke Foto genau an, in ihm stecken alle Probleme für das vom Leipziger Tanztheater e.V. vorgestellte Projekt „Tanzhaus im Lokschuppen“.

Es ist noch kalt, nackte Mauern und Ziegelsteine ringsum, ein Boden, der nicht nur gefegt sondern völlig neu hergerichtet werden muss, sowie tausend große und kleine fehlende Dinge mehr. Als nun Irina Pauls – sie erinnern sich vielleicht, dass Schauspielintendant Wolfgang Engel in den 90er Jahren ihrer Truppe aus finanziellen Gründen kündigen musste – hier ins Mikrofon sprach, stand sie ungefähr 100 Leuten gegenüber. Auch die zitterten vor Kälte, aber sie alle unterstützen als Verein und überhaupt die Entwicklung eines künftigen Hauses zum Zentrum des zeitgenössischen Tanzes für die Region Leipzig und Sachsen. Der Verein nahm einen Kredit auf und jetzt ist die Industriebrache samt Halle sein Eigentum. Hier

sollen entstehen: Trainings- und Probenstudios, ein Veranstaltungssaal, Studio Bühnen, Cafe mit Freisitz, Anbindungen zum Lene-Voigt-Park, Büro, Fundus und Requisitenlager.

Ein Grund: Das derzeit von 350 Tanzbegeisterten getragene Projekt platzt im Leipziger Süden aus allen Nähten. Die Möglichkeiten des Ausbaus vom LTT sind an neue großzügige Räumlichkeiten gebunden. Ob sich die engagierten Tänzer und Vereinsmitglieder dabei „verheben“? So ein Gedanke kann einem Außenstehenden im derzeit dunklen Lokschuppen des ehemaligen Eilenburger Bahnhofes durchaus kommen. Aber spürbar war ebenso in allen Gesprächen ein Optimismus und der Wille zum Erfolg, der Licht ins noch vorhandene Dunkel bringt. Also, auf dem Computer ist vieles schon zu sehen und dargestellt. Hoffen wir auf die Realität, Schritt für Schritt bis 2011.

• CK

Notizen aus dem Stadtrat

‘ ‘ SCHULSCHWIMMEN

Vier Fraktionen beschlossen für 2008 anteilig und für 2009 nun doch mehr Geld für das Schulschwimmen bereitzustellen. Finanziert werden Grundschulschwimmen sowie Kurse an Gymnasien und Mittelschulen. Hintergrund: Die Zahl der Kinder, die nicht schwimmen können, darf nicht weiter zunehmen.

‘ ‘ STRASSENBAU

Durch die CDU-Mehrheit im Sächsischen Landtag werden die Kommunen, bei Androhung der Fördermittelreduzierung, gezwungen Straßenausbaubeiträge bei Anwohnern zu erheben. Deshalb durfte der Stadtrat Petitionen von Anwohnern der

Göbchelwitzer Straße in Seehausen und der Ortdurchfahrt der B 186 in Holzhausen nicht zustimmen..

‘ ‘ AUTOARME INNENSTADT

Der Petition nach Abschaffung des erst kürzlich angelegten Radfahrstreifens in der Zwickauer Straße in Neu-Lößnig, wodurch PKW-Stellplätze entfallen waren, gab der Stadtrat nicht statt. Zur Reduzierung des Fahrradverkehrs im Stadtzentrum wurde entschieden, dass zukünftig Kontrollen von Polizei und Ordnungsdienst zur Einhaltung des Radfahrverbots in Fußgängerzonen durchgeführt werden sowie in der Konzeptüberarbeitung „Autoarme Innenstadt“ räumliche und zeitliche Ein-

schränkungen für Fahrradverkehr neu festgelegt werden.

‘ ‘ NEUE ABFALLGEBÜHREN

Für das kommende Jahr wurden mit den neuen Abfallwirtschafts- und Gebührensätzen die Müllgebühren neu festgelegt. Während es für Transport und Entsorgung keine Steigerungen gibt, ist zukünftig der Transport der Abfallbehälter vom Stellplatz zum Ladeort auf der Straße gebührenpflichtig oder muss durch die Wohnungseigentümer selbst organisiert werden. Öffentliche Kritik dazu gab es wegen möglicher Brandstiftung und Vandalismus oder Gefährdung des ruhenden und fließenden Verkehr sowie der Fuß-

gänger durch auf der Straße abgestellte Container.

‘ ‘ TURNFEST 2013

Nach 2002 bewirbt sich Leipzig erneut um die Ausrichtung des 34. internationalen Deutschen Turnfestes in Leipzig. Der Stadtrat knüpfte seinen Beschluss an die Bedingung einer 50prozentigen Beteiligung des Freistaates an den Kosten von ca. 11 Mio. Euro.

2002 mussten die Hauptveranstaltungen im noch nicht fertig gestellten Zentralstadion durchgeführt werden. Bleibt zu hoffen, dass bis dahin weitere Sportstätten für den Freizeit- und Leistungssport wie die Nordanlage entstehen.

Das Jahr 2008 hinterließ Staatsregierung und Koalitionsfraktionen einen politischen GAU, dessen Folgen längst nicht absehbar sind: Der Untersuchungsausschuss zum „Sachsen-Sumpf“ wurde vom Leipziger Verfassungsgerichtshof bestätigt. Ein Jahr lang hatten Justiz- und Innenminister durch Verweigerung der Herausgabe von Akten des Verfassungsschutzes die parlamentarische Aufklärung blockiert. Die Koalitionsfraktionen, vor allem die CDU, verhinderten zudem jegliche Zeugenvernehmung.

Bis heute pflegt die Staatsanwaltschaft „entlastende“ Mitteilungen in Form von eingestellten Ermittlungsverfahren oder Vorwürfen gegen Belastungszeugen regelmäßig termingerecht zu Sitzungen des Untersuchungsausschusses zu verlautbaren. Immerhin arbeitet das Gremium mit einjähriger Verzögerung nun ordentlich und unter Hochdruck, nachdem das Verfassungsgericht urteilte, der Untersuchungsausschuss sei „im öffentlichen Interesse“.

Leider konnte die Öffentlichkeit durch die von Regierung und Koalition aufgezwungene Heimlichtueri der ersten Zeugen nur unter strenger Geheimhaltung vernehmen. Als die Obfrau der LINKEN, Caren Lay, in einer Pressemitteilung zum wiederholten Mal der Öffentlichkeit wenigstens eine kurze politische Bewertung der Aussagen zukommen ließ, rief es prompt aus der CDU: Geheimnisverrat! Quelle der Verärgerung war der Zusammenbruch der seit Spätsommer 2007 vom neuen Verfassungsschutz-Präsidenten, der Staatsregierung und den von ihr zur Hilfe gerufenen Experten aufgebauten Legende, der „Sachsensumpf“ sei im Kern das Hirngespinnst eines Kripomanns, der als anonymisierte Verfassungsschutzquelle einer übereifrigen Geheimdienst-Referatsleiterin nur bestätigte, was er zuvor im Polizeidienst

herausgefunden hat („doppelt aufgebrühter Teebeutel“).

Dass eben dieser Kripo-Mann, der bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Leipzig durchs Landeskriminalamt ausgebremst worden ist, kurz vor Weihnachten 2008 Gelegenheit hat, in öffentlicher Sitzung vor dem Untersuchungsausschuss auszusagen, ist eine Frucht der zweijährigen Bemühungen der Linksfraktion, Licht ins Dunkel einer Affäre zu bringen, die als Korruptionsaffäre startete, zur Verfassungsschutzaffäre mutierte und am Ende womöglich eine Mischung aus beiden sein wird.



Das Hauptthema dieses Jahres ist zweifellos die Beratung des Doppelhaushalts gewesen und damit verbunden die Erarbeitung des fünften Alternativen Haushaltes der Linksfraktion. Damit wollen die LINKEN im Rahmen des Haushaltsvolumens Sachsens im Verlaufe zweier Jahre rund

anderthalb Milliarden Euro umschichten - vor allem für Bildung (2791 zusätzliche Lehrer-Stellen, 452 Stellen für Referendare und 420 zusätzliche Stellen an den Kitas sowie 10 bzw. 21 Mio. Euro 2009/2010 für die Verwirklichung der von der Landesregierung garantierten Lernmittelfreiheit) und Maßnahmen, die dem Trend zu immer größerer sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft entgegenwirken. Das größte Projekt der Fraktion ist die Einführung eines kostenlosen Mittagessens für alle Kita- und Schulkinder. Dafür hat die Linksfraktion fürs kommende Jahr 76,6 Mio. Euro (kostenloses Mittagessen ab Beginn des nächsten Schuljahres) und für

ein echtes Konjunkturprogramm. Fraktionsvorsitzender Dr. André Hahn bezeichnete den LINKEN Etat als „kinder- und wirtschaftsfreundlich“, letzteres im Sinne einer verbesserten Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der komplette Alternativ-Etat kann bei der Landtagsfraktion bestellt oder im Internet herunter geladen werden.
<http://www.linksfraktion-sachsen.de>.

Zu neuen Erkenntnissen gelangte auch der von der Linksfraktion eingesetzte Landesbank-Untersuchungsausschuss. Immer mehr wird klar, dass die verantwortungslose Spekulationsblase, mit der die Landesbank unter politischer Regie des damaligen Kabinetts Milbradt zerplatzt ist, der Vorläufer der Finanzmarktkrise gewesen ist – das einstige ostdeutsche Musterland Sachsen ist inzwischen zum Vorreiter in wirtschafts- und finanzpolitische Sackgassen geworden. Das zeigt auch das Wanken des Mikroelektronik-Leuchtturms der sächsischen Wirtschaftspolitik, der mit drei Milliarden Euro Steuergeldern aufgebaut worden ist.

Auch der neue Ministerpräsident wird inzwischen von Verganem eingeholt, genauer gesagt seinem Umgang mit seiner Tätigkeit als Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Kamenz. Die Linksfraktion wirft ihm nicht seine verantwortliche Staatsfunktion in der DDR vor, sondern die „himmelschreiende Doppelmoral“ (André Hahn), dass die CDU nun bei Tillich keinen Diskussionsbedarf sieht, während in den neunziger Jahren Menschen mit seiner politischen Biografie Probleme gehabt hätten, in einem sächsischen Rathaus Pfortner zu werden. Tillich wieder erklärte DIE LINKE wegen ihrer DDR-Vergangenheit zu „Feinden“ – genug Stoff für 2009 ...

• MARCEL BRAUMANN

Der Vorstand der TIG Leipzig dankt allen Mitgliedern und ihren Angehörigen, allen Freunden und Sympathisanten für die Aktivitäten und Unterstützung, wünscht alles Gute zum Jahreswechsel und rechnet weiter mit der Solidarität aller im Kampf gegen soziales Unrecht.

Im neuen Jahr finden die ISOR-Sprechstunden an jedem 4. Mittwoch des Monats ab 16 Uhr im Leipziger Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a statt.

**Das Bürgerbüro von
MdL Dr. Dietmar Pellmann**

wünscht allen Leserinnen und Lesern von LN ein friedliches Weihnachten sowie einen erfolgreichen Start ins Jahr 2009. Zugleich bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2008.

**Dr. Dietmar Pellmann
Reinhard Grützner**

DIE LINKE.

**Für eine vereinte Linke!
Für eine starke
sozialistische Linkspartei!**

Allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE, allen Genossinnen und Genossen im neuen Jahr viel Gesundheit und viel Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben.

*Dr. Volker Külow, MdL,
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig*

DIE LINKE.

**Die Linksfraktion
im Stadtrat zu Leipzig
wünscht allen Leserinnen und
Lesern von LEIPZIGS NEUE
ein frohes Weihnachtsfest und
einen guten Rutsch ins Wahljahr.**

**Auch 2009 werden wir für
Leipzigs Entwicklung streiten.**

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

**Ein frohes Weihnachtsfest
und für das Jahr 2009**

**Kraft und Optimismus im Ringen
um ein sozial gerechteres
Miteinander**

Das wünscht Ihnen Cornelia Falken
MdL Sachsen – Fraktion Die Linke

DIE LINKE.

**Der Vorstand des Bundes der
Antifaschisten (BdA) e. V. - Sitz Leipzig** dankt seinen Mitglieder, Sympathisanten und Partnern für die geleistete Arbeit und wünscht frohe Weihnachten sowie ein erfolgreiches Jahr 2009.

Unser Büro und die Bibliothek befinden sich im Erich-Zeigner-Haus in der Zschocherschen Straße 21, 04229 Leipzig (LVB-Haltestelle Felsenkeller).

20. November

Leipzig: Die Leipziger Stadtverwaltung hat erstmals seit fünf Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, der im Februar verabschiedet werden soll. Die Stadt will außerdem ein Nutzungskonzept für den ehemaligen Bowlingtreff am Leuschnerplatz entwickeln.

Annaberg: Zwischen Schwarzenberg und Annaberg-Buchholz sollen 2009 wieder regelmäßig Personenzüge fahren. Der Verein Sächsischer Eisenbahnfreunde will an mindestens fünf Wochenenden zwischen Mai und Oktober einen Triebwagen für den Ausflugsverkehr einsetzen. Seit 1997 sind planmäßige Reisezüge auf der Strecke eingestellt. Die Strecke ist vor allem durch das imposante Markersbacher Viadukt im In- und Ausland bekannt.

23. November

Schwarzenberg: Die Polizei nahm zwei Männer im Alter von 17 und 21 Jahren vorläufig fest. Sie sollen in der Nacht zum Sonntag zahlreiche Autos beschädigt haben. Bislang sind der Polizei 26 Schadensfälle bekannt.

Dresden: Rund 15 Prozent der Dresdner Familien leben unter der Armutsgrenze, ebenso viele gelten als einkommensreich. Das geht aus dem veröffentlichten Lebenslagenbericht der Stadt hervor. Demnach arbeiten in jeder zehnten als arm geltenden Familie beide Elternteile in Vollzeit. Ärmere Familien müssen im Schnitt 42 Prozent ihres Einkommens für die Warmmiete aufbringen, einkommensreiche kommen mit rund 20 Prozent aus.

26. November

Zittau: Ein Finanzierungsvertrag für die Sanierung des Gerhart Hauptmann Theaters wurde unterzeichnet. Bund, Land und die Stadt Zittau unterstützen das Bauvorhaben zunächst mit drei Mio Euro. Die

SACHSEN-CHRONIK

Daten und Fakten

Gesamtkosten belaufen sich derzeit auf 7,2 Mio. Euro. Baubeginn soll im März 2009 sein.

27. November

Leipzig: Auf der Deponie Cröbern soll illegaler Müll aus Italien vergraben worden sein. Möglicherweise handelt es sich sogar um radioaktive Abfälle. Italienische Ermittler sind im Zuge ihrer Recherchen auf dubiose Lieferungen nach Deutschland gestoßen. Dieser Müll wurde in die von der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft betriebene Mechanisch-Biologische Anlage Cröbern exportiert. Diese hat den Müll an einen privaten Entsorger in Sachsen-Anhalt übergeben.

29. November

Leipzig /Dresden: Um ihren Forderungen im aktuellen Tarifkonflikt Nachdruck zu verleihen, haben sich auch in Sachsen namhafte Orchester an bundesweiten Streiks beteiligt. Das Gewandhausorchester trat erstmals in seiner 265-jährigen Geschichte in den Ausstand. Die Dresdner Philharmoniker schlossen einen „Vollstreik“ nicht aus. Beide Ensembles wiesen während ihrer Aktionen auf einen drohenden Kulturbau in Deutschland hin.

1. Dezember

Schwarzenberg: Zwei angetrunkene 19-Jährige haben Sonntag in Schwarzenberg elf der lebensgroßen Holzfiguren am

Bahnhofsberg demoliert bzw. aus der Verankerung gerissen.

4. Dezember

Dresden: Der Flughafen feierte den Jungfernflug des ersten deutschen Düsenflugzeugs. Die in Dresden entwickelte und gebaute Passagiermaschine flog vor 50 Jahren zum ersten Mal. Im Flughafen-Terminal in Dresden ist nun der letzte erhaltene Rumpf zu sehen. Beim zweiten Testflug stürzte die Maschine wegen Triebwerksproblem ab.

5. Dezember

Dresden: Auf den kommunalen Spielplätzen soll das Rauchen verboten werden. Über eine entsprechende Satzung wird der Stadtrat im Frühjahr abstimmen. Gemeinsam mit dem Verein „Babyhilfe Deutschland“ sollen Verbotsschilder entworfen und aufgestellt werden. So soll auch der Alkoholkonsum auf den rund 170 Spielplätzen untersagt werden.

10. Dezember

Leipzig: Die Polizei hat in Leipzig mehr als fünf Kilogramm Heroin sichergestellt und einen 22-jährigen Dealer festgenommen. Das Rauschgift im Wert zwischen 50 000 und 70 000 Euro war für den Straßenverkauf in Leipzig bestimmt. Außerdem wurden rund 13 000 Euro Bargeld aus Drogengeschäften beschlagnahmt. LKA und Staatsanwaltschaft ermitteln nach eigenen Angaben bereits seit Ende 2005

gegen den Drogenring.

12. Dezember

Chemnitz: Etwa 3 500 Chemnitzer haben während einer Kundgebung auf den Kulturbau in ihrer Stadt aufmerksam gemacht. Den Theatern drohen 60 Entlassungen, vor allem im Chor und in der Philharmonie. Grund ist eine Finanzlücke von jährlich rund 3,2 Millionen Euro. Schon zu Wochenbeginn hatte ein Freundeskreis des Orchesters Oberbürgermeisterin Ludwig 15.000 Postkarten für den Erhalt des Klangkörpers übergeben. Die Entscheidung über die Finanzen fällt, wenn der Stadtrat den Haushalt für 2009 beschließt.

13. Dezember

Dresden: Die Weißeritztalbahn, Deutschlands dienstälteste öffentliche Schmalspurbahn, nahm nach Beseitigung der Hochwasserschäden auf der 15 Kilometer langen Teilstrecke von Freital-Hainsberg durch den Rabenauer Grund nach Dippoldiswalde ihren Betrieb wieder auf. Die restlichen 11 Kilometer bis nach Kipsdorf, sollen in den nächsten Jahren ebenfalls wieder hergestellt werden.

Chemnitz: Anlässlich ihres 80. Geburtstages wurde Jutta Müller, die erfolgreichste Eiskunstlauf-Trainerin der Welt, Ehrenbürgerin der Stadt Chemnitz. Die von ihr trainierten Eiskunstläufer haben bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften 57 Medaillen errungen.

14. Dezember

Hoyerswerda: In Hoyerswerda wird der Verkehr der Buslinien eingeschränkt. In den Nächten zu Sonn- und Feiertagen werden keine Busse mehr unterwegs sein. In dieser Zeit hätten durchschnittlich nur drei Fahrgäste das Angebot genutzt, informiert die Verkehrsgesellschaft. Fahrgäste können stattdessen in dieser Zeit zum gleichen Fahrpreis das Anruf-Sammel-Taxi nutzen.

Süß sind die Sachsen! Sie gelten als große Kuchenerfinder und Kucheneser. Spezialitäten wie Freiburger Eierschnecke, Meißner Fummel, Leipziger Lerchen oder Pulsnitzer Pfefferkuchen sind typisch sächsische Schöpfungen.

Unter den Kuchenmetropolen genießt Dresden zweifelsohne noch einen ganz besonderen Ruf, den der Stollenhauptstadt. Doch viele andere sächsische Orte nehmen auch für sich in Anspruch, eine schmackhafte Rolle in der Stollengeschichte zu spielen. Wo der erste Stollen gebacken wurde und wer der Schöpfer von Rezeptur und Form war, ist nicht bekannt. Es dürfte in irgendeiner mittelalterlichen Klosterküche unweit von Elbe oder Saale gewesen sein, als im Spätherbst ein Mönch aus Wasser, Hefe, Mehl und etwas Rübenöl ein längliches Brot formt, ausbäckt und seinen Betbrüdern in Fastenzeiten serviert. Ob er beim Teigkneten an das in Windeln gewickelte Christkind dachte, als dass das Festgebäck heute über den Ladentisch geht oder Formen aus dem germanischen Brauchtum vor Augen hatte? Darüber kann man nur spekulieren. In die Politik „mischt“ sich der Stollen Ende des 15. Jahrhunderts ein. In einem als Butterbrief bekannten Schreiben kommt der Papst einem Gesuch der sächsischen Landesherren entgegen, die sich gegen das dem Fasten geschuldeten Verbot, beim Backen Butter zu verwenden, aussprechen. Der Siegeszug des schweren Hefengebäcks ist nun unaufhaltbar und vorbestimmt. Dass Dresden heutzutage die Stollenhoch-



Die Sachsen und ihr Stollen

burg ist, hat es einem kurfürstlichen Richtspruch aus dem 17. Jahrhundert zu verdanken. Nachdem es zu regelrechten Stollenkriegen mit der Konkurrenz aus Siebenlehn, Meißen und Torgau kommt, beschweren sich die Dresdner beim Potentaten. Dieser spricht den elbestädtischen Backstuben ein Privileg aus. So darf zur Zeit des Striezelmarktes nur Stollen der Dresdner Bäckerschaft verkauft werden. Fortan kann sie aufgrund des Stollenmonopols ihren guten Ruf begründen, ausbauen und festigen.

Die Frage, ob es nun richtig die Stolle oder der Stollen heißt, bleibt unbeantwortet. Während zum Beispiel in Dresden nur die

Rede von „Stollen“ ist, werden in Leipzig und Umgebung beide Begriffe benutzt, wobei meist mit „Stolle“ ein Stück vom „Stollen“ gemeint wird. Auch scherzhafte Bezeichnungen sind überliefert: Von „Schreistollen“ ist dann die Rede, wenn die Rosinen im Teig so weit voneinander entfernt liegen, dass sie sich nur durch lautes Rufen verständigen können. Ein „Flüsterstollen“ bezeichnet demzufolge genau das Gegenteil.

Offensichtlich großen Gefallen am sächsischen Gebäck findet Friedrich Schiller. Dies belegen Auszüge aus seinem Briefwechsel mit dem befreundeten Christian Gottfried Körner, dem Herausgeber der

ersten Gesamtausgabe der Werke Schillers. Im Dezember 1786 erbittet sich der Dichterstern von seinem nach Leipzig gereisten Freund einen Christstollen: „A propos einen Stollen solltet ihr uns billig schicken ...“. Dass Schiller, der zu dieser Zeit in Dresden weilte, einen Leipziger Stollen verlangt, zeugt von dessen guter Qualität, die es allemal mit den berühmten Dresdner Christstollen aufnehmen kann. Körner reagiert jedenfalls schnell und gibt seiner Sendung den frischgedruckten Sammelband „Schauspiele mit Chören“ der Brüder zu Stolberg-Stolberg bei. In Körners Begleitbrief heißt es: „Ich lege eine Geistes Stolle bey, von der ich wünsche, daß sie euch eben so schmackhaft seyn möge ...“. Die Antwort aus Dresden dauert nur drei Tage: „Der Stollen sammt seinem magern Collegen ist richtig angelangt, und wir danken schön ...“. Eher weniger scheint Erich Kästner der Leipziger Stolle abgewinnen zu können. Er bevorzugt den von seiner Mutter gebackenen Dresdner Stollen. Ende November 1926 teilt er ihr seine Weihnachtswünsche wie folgt mit: „Einen Stollen nähme ich gern mit nach hier. Nicht mehr. Aber den einen würde ich auch mit großer Freude auffuttern. Mit Rosinchen. Mit viel Rosinchen sogar.“

• **MICHAEL SCHULZE**

Michael Schulze: Stollen, Geschichte und Gegenwart eines Weihnachtsgebäcks. Lehmanns Verlag, Leipzig 2009, 65 S., zahlreiche hist. Abb., 9,90 Euro.

Am 12. Dezember 2008 wäre Tschingis Aitmatow achtzig geworden. Wenige Monate vor diesem Jubiläum verstarb der weltbekannte kirgisische Schriftsteller in einer Nürnberger Klinik. Seine in 90 Sprachen millionenfach verbreiteten Werke aber werden in den Herzen seiner Leser weiterleben und auch neue Leser finden. Welche Gründe sprechen dafür?

Dieser herausragende Künstler ist Vertreter einer historisch jungen, erst 1924 im Gefolge der russischen Revolution und der Alphabetisierung in Kirgisien entstandenen Literatur. Er schenkte uns in seinen mehr als 20 Erzählungen und Romanen, die auch verfilmt und dramatisiert wurden, Werte, die sein Leben ausmachten: Unvergessliche Bilder der kirgisischen Berge, Steppen und des kristallklaren Issyk-Kul-Sees. Bilder von Menschen, die fern der Entfremdung in dieser ihrer Heimat wurzeln. Die einander aufgrund der Sippenordnung nahe sind und jene von Volkssängern jahrhundertlang mündlich überlieferten Mythen, Märchen und Lieder teilweise noch in sich tragen.

Diesen unverkennbar „eigenen Berührungspunkt mit der Erde“ nutzte Aitmatow. Zugleich war er beflügelt von dem Bewusstsein, dass sein Volk zusammen mit den Völkern Mittelasiens der Revolution besonders Wesentliches verdankt, nämlich die Überwindung lange währender Stagnation und geistiger Isolierung von der Welt.

Welche historischen Chancen dem einzelnen Menschen daraus erwachsen, welche schweren Aufgaben und quälenden Konflikte, aber auch welche Deformationen und Perversionen sich ihm dabei in den Weg stellen, das wird das Thema dieses aufrechten Kommunisten und kompromisslosen Humanisten. Für dessen Gestaltung kann sich der russisch und kirgisisch Schreibende Rüstzeug bei Vorgängern wie Zeitgenossen holen, etwa bei Dostojewski und Tschschow, bei Gorki und Scholochow, aber auch bei Shakespeare, Thomas Mann oder Gabriel Garcia Marquez.

Buchstäblich um die Welt gegangen ist Dshamila, die junge Heldin seiner gleichnamigen Erzählung (1958) nach ihrem Aufbruch aus der materiellen Geborgenheit, aber Enge konventionellen Denkens, um zusammen mit Danijar neuartige menschliche Möglichkeiten zu gewinnen. Zu Recht faszinierte diese frühe Erzählung ob ihrer so überzeugend gestalteten Zukunftsgewissheit den erfahrenen französischen Schriftstellerkollegen Louis Aragon. Er hat sie bekanntlich als „schönste Liebesgeschichte der Welt“ gefeiert. Zu Recht wurde dieses jugendfrische, ermutigende Beispiel menschlicher Emanzipation in der neuen Ordnung zur



beliebten Pflichtlektüre an DDR-Schulen. In der LIEBE und in der ARBEIT, im DENKEN und schließlich auch im OPFERMUT seiner Figuren erschließt Aitmatow psychologisch wie philosophisch, tiefgründig und facettenreich immer wieder besonders aktive und produktive Äußerungsformen des „Geheimnisses des Menschseins“. Dabei sieht er seine Menschen stets in untrennbarer Verbindung mit ihrem Jahrhundert. Seien es nun im „Ersten Lehrer“ (1962) die hoffnungsvollen revolutionären Umgestaltungen und in „Goldspur der Garben“ (1963) die schmerzhaften Opfer des Krieges, so kommen dazu in „Abschied von Gülsary“ (1966) die herben Demokratieverletzungen im Zuge des Personenkults.

Das Erleben von jubelndem Glück und beklemmenden Krisen veranlasst ganz unterschiedliche Helden wie die Professorin oder die Bäuerin, den Hirten oder den Eisenbahnarbeiter zum meist ungewohnten Innehalten, zur Rückbesinnung, zum Nachdenken - auch über ihre eigene Verantwortung.

„Denken aber fällt immer schwer“, heißt es im Roman „Der Tag zieht den Jahrhundertweg“. Und so stellt der aus einer Region nomadisierender Hirten hervorgegangene Aitmatow seinen Protagonisten zum unwillkürlichen Vergleich gern Tierfiguren an die Seite. Diese verstärken wie der Passgänger Gülsary oder der Kamelhengst Karanar aus der natürlichen Lebenswelt seiner Helden stammend, als vitale patriarchale Parallelgestalten deren Wesenszüge. Oder sie betonen wie die Hirschmutter („Der weiße Dampfer“, 1970) und die Wölfin Akbara („Die Richtstatt“, 1986)

Seinen „Jahrhundertweg“ müssen wir weitergehen.

Zum 80. Geburtstag Tschingis Aitmatows



aufgrund ihres mythischen Ursprungs als allegorisch wertsetzende matriachale Kontrastfiguren die Schutzbedürftigkeit der Menschenkinder.

Damit erreicht Aitmatow in seinen innovativen Gestaltungen zunehmende poetische Intensität, aber auch Vielschichtigkeit bzw. Mehrdimensionalität. Besonders eindringlich gelingt dem Kirgisen das in seinem „Jahrhundertweg“. An der Spitze des Trauerzuges durch die Steppe sucht Edige mit seinem grübelnden Denken nicht nur das Leben des Verstorbenen, das ihres umgekommenen gemeinsamen Freundes und das eigene zu umfassen, sondern noch weiter gespannte, komplexere Phänomene zu begreifen. Dem dienen u. a. drei den Figuren zugeordnete Legenden, die ihrerseits die Kraft, aber oft auch das tragische Scheitern menschlicher Liebe veranschaulichen, variieren und verallgemeinern.

Eine zentrale Rolle überträgt der Autor dabei dem gewaltsam seines Denkens beraubten und deshalb zum tragischen, Mutttermord anzustiftenden Mankurt. Und er warnt in diesem Roman leidenschaftlich vor den Gefahren des MANKURTISMUS in dreierlei Dimension:

• *Im verhängnisvoll um sich greifenden Verzicht des Einzelnen auf eigenes Denken aus Opportunismus, Berechnung oder Angst;*

• *Im totalitären Misstrauen und der fundamentalistischen Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersgearteten - mit häufig tödlichen Folgen einst und jetzt;*

• *Im globalen Mankurtismus, der als fantastischer Raketenreiß um die Erde eine unsinnige Vergeudung von Potenzen und*

Ressourcen darstellt, vor allem aber die reale Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit heraufbeschwört.

Hoffnungsträger in dieser existentiell immer bedrohlicheren Situation werden in Aitmatows Schaffen zusehends Figuren, die als Gegenentwurf zur Realität mit eigenem Denken und wachem Gewissen nicht gleichgültig an den Nöten ihrer Mitmenschen vorbeigehen können. Mit ihrem zwangsläufigen Opfermut im Namen des Lebens tragen Idealisten wie Awdi Kallistratow („Die Richtstatt“, 1986) oder Arsen Samantschin („Der Schneeleopard“, 2006) die schon seit den 70er Jahren im „Weißen Dampfer“ und „Scheckigen Hund“ (1977) aufgenommene und im „Kassandramal“ (1994) verstärkte Stafette der Tragödie bis zum vermächtnishaft aufrüttelnden Fanal hoch oben im Tienschan.

Mit seiner ganz eigenen, menschenzentrierten Jahrhundertbilanz mahnt der sensible, auch, politisch und kulturpolitisch wirksam gewordene Künstler ein a n d e r e s Leben an, das - erst recht nach dem Umbruch und seinen gravierenden sozialen Verwerfungen - unsere Aufgabe bleibt.

• **ADELHEID LATCHINIAN**

Adelheid Latchinian: *Mit Tschingis Aitmatow auf dem Jahrhundertweg. Drei neuere Arbeiten zu seinem Schaffen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 59 S. ISBN 978-3-89819-303-0. Erscheint im Januar 2009*
Bestellungen erbeten:
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig.

Anzeigen

Ein frohes Weihnachtsfest und für 2009 Gesundheit, Optimismus und Kraft im Kampf gegen Sozialabbau wünscht das Wahlkreisbüro von MdL Dr. Monika Runge.

MdL Dr. Monika Runge Wolfgang Denecke

DIE LINKE.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE eine frohe Weihnacht und ein gesundes und friedliches neues Jahr.

Dr. BARBARA HÖLL

Habent sua fata libelli ? Bücher haben ihr Schicksal.

Sozialistica in den Beständen der Bibliotheken der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Die Geschichte der Sozialistica in den Bibliotheken der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen bestätigen auf ihre Weise diese Weisheit. Mit Sozialistica definieren wir jenen Bestand in unseren Bibliotheken in Chemnitz, Dresden und Leipzig, der mit der sozialistischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945 verbunden und in diesem Zeitraum erschienen ist. Das Schicksal der Bestände unserer Bibliotheken, und insbesondere die Sozialistica, spiegelt in mehrfacher Brechung Aspekte der Geschichte des 19., 20. und 21. Jahrhunderts. Als sich die heutige Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im März 1991 gründete, war ein entscheidender Impuls der Frauen und Männer um Walter Markov, Gustav Seeber, Manfred Kossok und Helmut Seidel, der sozialistischen Idee nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus eine von den Schlacke des dogmatischen Marxismus-Leninismus gereinigte neue Heimat zu geben. Sozialistische, marxistische Literatur schien damals ihren Platz vor allem auf den Müllhalden zu finden. Die „Entsorgung“ der Einrichtungen von Partei und Staat der untergegangenen DDR führte zur Vernichtung auch wertvoller Bibliotheksbestände. Die Stiftung versuchte das ihr

Mögliche, Literatur zu retten. Ohne materielle Ausstattung wurden Provisorien gesucht und gefunden. Garagen und Kellerräume mussten hinreichen, die Bestände zu erhalten.

Mit dem Beginn einer bescheidenen materiell gesicherten Tätigkeit der Stiftung als Bildungsverein, setzte auch der systematische Aufbau der Bibliotheken ein. Es wurde möglich, neben der Schaffung eines Bestandes aktueller gesellschaftswissenschaftlicher und politischer Literatur auch begrenzt Sozialistica zu erwerben. Eine weitere Quelle öffnete sich: Vereinsfreunde und Sympathisanten schenkten uns Teile ihrer Bibliothek, Nachlässe wurden uns übergeben. Darunter befanden sich wertvolle Bestände, die ihre eigenen Schicksale haben. Sonja Kurella, die Tochter des von den Nazis ermordeten Leipziger kommunistischen Widerstandskämpfers Georg Schwarz, schenkte uns überlieferte Teile der Bibliothek ihres Vaters, die – im Garten in Leipzig-Leutzsch vergraben – die NS-Zeit überdauerten. Der Bestand der Sozialistica arrondierte sich zunehmend. Es stellte sich die Frage, wie mit ihm angesichts seines besonderen kulturgeschichtlichen Ranges umzugehen sei. Die Idee der Prä-

sentation in einer gesonderten Bibliographie entstand.

Der Vorstand wandte sich an die Mitglieder und Sympathisanten mit der Bitte zu prüfen, ob private Bestände als Geschenk oder Leihgabe der Bibliothek zur Verfügung gestellt werden könnten. Das Ergebnis war bemerkenswert. Wertvolle Titel, die vereinzelt in privaten Sammlungen standen, sind nun der Öffentlichkeit zugänglich. Der Vorstand bedankt sich bei den Spendern und ist überzeugt, dass in einer zweiten Auflage dieser Bibliographie neue Titel aufgenommen werden können.

• **KLAUS KINNER**

Sozialistica, Von den Anfängen der sozialistischen Bewegung bis 1945, Bibliographie der Bestände in den Bibliotheken der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig 2008. Zu beziehen über Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Harkortstr. 10, 04107 Leipzig, Tel.: 0341-9608531, Fax: 0341-2510786, e-mail: Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de, Preis: 13 Euro

Anzeigen

VIII. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung

Freitag 23. und Sonnabend 24. Januar 2009

Deutschlands Eintritt in die Moderne.

Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke.

Die Geburtsstunde

der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Berlin.

Dr. Monika Runge, MDL, Vorsitzende der RLS-Sachsen, und Dr. Dietmar Bartsch, Parteivorstand die LINKE. (Eröffnung)

23.1. 18.00 bis 20.00 Uhr: Podiumsdiskussion mit Prof. Werner Bramke (Leipzig), Prof. Helmut Bock (Berlin), Prof. Günter Benser (Berlin), Prof. Michael Buckmüller (Hannover), Dr. Klaus Lederer (Berlin)

24.1. 10.00 bis 18.00 Uhr: Kolloquium mit Dr. Monika Runge, Dr. Dietmar Bartsch, Prof. Werner Bramke, Prof. Klaus Kinner, Ralf Hofrogge, Dr. Elke Reuter, Dr. Gerald Diesener, Prof. Günter Benser, Prof. Siegfried Lokatis, Prof. Michael Buckmüller, Ottokar Luban, Dr. Klaus Lederer.

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Helle Panke e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

Orte: Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin (am 23.1.2009)

Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin (am 24.1.2009)



Der Vorstand der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
wünscht allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE
frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und
ein friedliches und solidarisches Jahr 2009.

Dr. Monika Runge, MdL
Stiftungsvorsitzende

Prof. Dr. Klaus Kinner
Geschäftsführer

Luxemburg-Club

Jugendliche und Studierende kommen in ihren Ausbildungs- und Berufsverhältnissen kaum in Kontakt mit politischer Gesellschaftsanalyse und Fragen der Selbstorganisation. So sucht der neugegründete Club die Nähe der Partei DIE LINKE. Denn um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach links zu rücken, braucht es eine organisierte Kraft. In ihrem „Dunstkreis“ wollen sich künftig junge Leute in grundsätzliche und tagespolitische Debatten einmischen. Sie taten es Ende November einen ganzen Tag lang in Leipzig. Als Gäste hatten sie u.a. eingeladen: Ernest Kaltenegger aus Graz. Er ist Landtagsabgeordneter der KP-Österreich in der Steiermark. Mit dem Politikansatz „helfen statt reden“ erzielte seine Partei 21 Prozent bei den letzten Wahlen. Dr. Lydia Krüger (Berlin) ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Zudem arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Europabüro von Saha Wagenknecht (MdEP) und engagiert sich im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Hans-Jürgen Muskulus (Dresden) ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE in Dresden: „Widerstand gegen unsoziale Praktiken muss organisiert werden.“

Es war für alle ein anregender Tag, weil hier Leute mit unterschiedlichster Politikerfahrung und Lebensalter miteinander ins Gespräch kamen. Wohlthuend unaufgeregt moderiert von Club-Mitglied und Student Simon Zeise. Und auch wenn manche Frage (Gibt es demnächst eine Inflation?) nicht vollständig beantwortet werden konnte, machte dieser Start neugierig auf die nächsten Club-Treffen.

• **Jo-Mi**

Umweltbürgermeister Rosenthal stellte sich schwierigen Fragen ...

Als sich die Leipziger Rosa-Luxemburg-Stiftung auf die Tagesordnung das Thema „Lärm“ setzte, durfte großer Zuspruch erwartet werden. Umweltbürgermeister Heiko Rosenthal stellte sich schwierigen Fragen – von betroffenen Bürgern. Ratsmitglied Rainer Engelman, der im Verkehrsausschuss der Stadt Sitz und Stimme hat, moderierte. Der hatte gleich vorausgeschickt: Alle Umfragen unter den Leipzigern signalisieren, dass die Bürger überwiegend unter Lärm leiden. Das reicht vom Flug- bis zum Gaststättenkrach und umfasst noch eine Menge dazwischen. Selbst Sorgen vor Kriminalität wachsen nur kurzfristig wie nach dem Mordfall Michelle, dann bewegt die meisten wieder Lärm der verschiedenen Art vor allem anderen.

Rosenthal hatte erklärt, wie man durch Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), Radwege (innerhalb von zwölf Jahren fast verdreifacht) und Tempo-30-Zonen (80 Prozent des Stadtgebiets fallen darunter) den Lärm reduziert, aber durch Beispiele selbst gezeigt, wie weit Leipzig von einem vernünftigen Zustand entfernt ist: Die offizielle Lärm-Höchstgrenze liegt am Tag bei 59 Dezibel (Maßeinheit für Lärm). Ab 65 Dezibel wird davon gesprochen, dass der Lärm krank macht. Aber fast 20000 Leipziger, 14 Schulen und vier Krankenhäuser – zumindest teilweise – befinden sich in diesem Bereich. Ein sich geschlossenes Konzept der Kommune dagegen fehlt bislang.

In der anschließenden Debatte kamen nicht zuerst die Verkehrsbesorgten zu Wort, sondern jene, die am Nachtschlaf vom Gaststättenlärm gehindert werden. Sie erfuhren: Es stimmt nicht, dass es in Leipzig keine Sperrstunde gibt, sondern es existieren Vorschriften, bis wann welche Schallgrenzen gestattet sind – nach 22 Uhr beispielsweise nur noch Gespräche. Freilich sei es schwierig, das immer zu kontrollieren.

Der Veranstaltungsort an der Harkortstraße bot den Straßenlärm-Betroffenen den geeigneten Platz zu argumentieren: Solche Straßen sind nie für endlosen Autoverkehr konzipiert worden, für Lkw schon gar nicht. Rosenthal bekannte sich zu seiner Verantwortung, räumte auch ein, dass die 35-Tagesgrenze bei Feinstaub immer wieder überschritten wird. Aber bevor man z.B. Lkw-Verkehr verbiete, müsse man wissen, wohin er umgeleitet werden soll. Und Links-Stadtrat Engelman fragte: „Wie kriegt man Mehrheiten für Umwelt? Der Oberbürgermeister traut sich nicht. Die SPD folgt ihm, und die CDU-Leipzig auch, obwohl die Landes-CDU eine andere Position vertritt.“

• **R. ADAU**

KLEINE CHRONIK Leipziger Skandale 2008

Januar

Auf einer Veranstaltung des Paulinervereins wird Universitätsrektor Häuser in unsachlicher Weise angegriffen und verleumdet, weil er die allgemein anerkannte Konzeption des Universitätsneubaus verteidigt und nicht den Forderungen jener Fundamentalisten nachgibt, die mit der Gestaltung der Paulineraula als Kirche bestrebt sind, die Säkularisierung der Universität anzufechten.

Bei einer polizeilich abgeschirmten Neonazi-Demo durch Leipzigs Südosten bedrängen Beamte in aggressiver und beleidigender Weise Bewohner eines Hauses in der Holsteinstraße, die sich lautstark gegen eine Kundgebung der Rechtsextremisten zur Wehr setzen.

Der Sprecherrat der Leipziger Bürgervereine ist aus dem städtischen Arbeitskreis „Lokale Demokratiebilanz“, der verbindliche Standards für eine demokratische Bürgerbeteiligung erarbeiten soll, ausgetreten, weil die Stadtverwaltung eine konstruktiven Arbeit hintertreibt.

Ein 63-jähriger Mann, Opfer eines Tötungsverbrechens, wird erst nach Monaten und nach mehrfacher Durchsuchung seiner Wohnung in Gohlis gefunden.

In Leipzig ist jeder siebente Erwachsene verschuldet. Damit nimmt die Stadt den Spitzenplatz in Sachsen ein.

Laut Sozialgericht ist 2007 die Anzahl der Klagen zu Hartz IV gegenüber dem Vorjahr um 73 Prozent auf 3110 angestiegen.

Ein Schadenersatz für die Zehntausenden geprellten Anleger der seit 2006 insolventen Wohnungsbaugesellschaft Leipzig-West ist in weite Ferne gerückt, nachdem das Landgericht den Strafprozess gegen die Mehrheitsaktionäre auf unbestimmte Zeit vertagt hat.

Der Leipziger Etatentwurf für 2008 weist ein Defizit von rund 40 Millionen Euro aus. 2007 betrug die Einnahmeverluste gegenüber dem Vorjahr 11 Millionen. Der Schuldenberg der Stadt insgesamt hat eine Höhe von 900 Millionen Euro.

Eine vergleichende Untersuchung des Verbrauchermagazins Öko-Test zu den Wohnnebenkosten in den 100 größten Städten

Deutschlands weist aus, dass Leipzig zur Gruppe der 25 teuersten Kommunen gehört. Ein Modellhaushalt zahlt danach 3485 Euro im Jahr.

Februar

In einem Fernsehinterview behauptet Oberbürgermeister Jung, es gäbe für die Südabkürzung des Flughafens Halle-Leipzig keine 30-Tonnen-Beschränkung im Planfeststellungsverfahren. Die Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“ weist nach, dass das falsch ist und damit die Südabkürzung rechtswidrig ist.

Der Studentenrat der Universität weist darauf hin, dass der neue Uni-Campus am Augustusplatz mit 4,5 Megawatt wesentlich mehr Energie verbrauchen wird als der in den 70er Jahren errichtete Vorgängerkomplex mit 3,1 Megawatt. Damit werde das künftige Bildungsbudget unzulässig stark mit Energiekosten belastet, und die Folge würden Kürzungen in Forschung und Lehre sein.

Die Anzahl rechtsextremer und ausländischer Straftaten in der Stadt ist nach Angaben der Opferberatung Leipzig im Jahre 2007 auf 87 (2006: 63) gestiegen. Darunter waren 74 Gewaltdelikte (2006: 49).

Das sächsische Finanzministerium erläßt einen Baustopp für die vorbereitenden Arbeiten zur Aufstellung des Marx-Reliefs vom abgerissenen Unigebäude am Augustusplatz nunmehr auf dem Campus an der Jahn-Allee. Es reagiert damit auf die Einsprüche radikaler Bilderstürmer.

Auch nach einer Einigung von Universitätsleitung, Wissenschaftsministerin und Oberbürgermeister über die Fortführung des Vorhabens betreiben sie weiterhin lautstark ihre verleumderischen Angriffe.

Im Stadtgebiet erscheinende Plakate aus der Nazi-Szene begehen Rufmord gegen abgebildete Jugendliche, die als „linke Terroristen“ denunziert werden. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich die Gesichter genau anzusehen und sich „quer“ zu stellen.

März

Die Stadtwerke erhöhen für 17 000 Kunden, die nicht den neuen Bestpreis-Tarif abgeschlossen haben, den Gaspreis um durchschnittlich sieben Prozent.

Ein seit Monaten schwelender und jetzt eskalierender gewalttätiger Machtkampf zwischen zwei die Innenstadt-Diskotheeken bewachenden Sicherheitsfirmen unter Beteiligung von Ausländergruppen und der Drogen-Mafia, fordert ein Todesopfer – einen unbeteiligten Russlanddeutschen – und mehrere Schwerverletzte. Die Polizei, die über die Verstrickung der Sicherheitsfirmen in kriminelle Aktivitäten informiert war, aber Vorwarnungen weitgehend ignoriert hat, wird überraschend und unvorbereitet selbst Ziel der brutaler Auseinandersetzungen. Die CDU missbraucht die Vorfälle, zur Begründung ihrer Forderungen nach einer stärkeren Videoüberwachung, während in der Tat ein rigider Sparkurs der Landesregierung die Handlungsfähigkeit der Polizei einschränkt.

Leipzigs neuer Uni-Campus am Augustusplatz wird, vor allem verursacht durch höhere Baupreise und Mehrwertsteuererhöhung, rund 25 Millionen Euro teurer als geplant. Es wird auch nicht ausgeschlossen, dass zum Jubiläum der Universität im Jahre 2009 die letzten Arbeiten noch andauern.

Eine Mehrheit des Stadtrates befürwortet die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Horte.

Bürgermeister Fabian (SPD) lehnt die Einführung eines Sozialtickets, für das 88 000 Leipziger in Betracht kämen und das 20 000 Bürger unterschrieben forderten, strikt ab. Danach verweigert auch das Regierungspräsidium die durch Stadtratsbeschluss vorgesehene Subventionierung von Straßenbahn- und Busfahrkarten.

Der für zahlreiche nationalistische und rechtsextreme Auslassungen bekannte Leipziger CDU-Landtagsabgeordnete Volker Schimpff wird mit dem Bundes-

verdienstkreuz geehrt.

April

Landesbischoff Bohl heizt den Streit um die Paulineraula des Universitätsneubaus neu an, indem er den Namen „Universitätskirche St. Pauli“ und entsprechende Änderungen der Innengestaltung verlangt.

Ein Brief von Baubürgermeister zur Neden beunruhigt die Siedler an der Alten Salzstraße. Er hatte gefordert, 90 Prozent der Mittel für den Straßenausbau auf die Bewohner umzulegen. Damit würde jedes Grundstück mit etwa 46 000 Euro belastet.

Am Tage des Baubeginns zur Wiederaufstellung des Marx-Reliefs vom Augustusplatz auf dem Universitätscampus an der Jahnallee unterbreitet Oberbürgermeister Jung auf Drängen von Gegnern des Projekts den Vorschlag, das Relief nur zusammen mit dem stilisierten Giebel der Universitätskirche zu installieren, womit weiterhin eine irreführender Zusammenhang zwischen Marx und Kirchenabriss hergestellt würde. Das Vorhaben scheitert allerdings an der Weigerung des Künstlers, die auch die Universität respektiert.

Die eigenmächtige Entscheidung von Kulturbürgermeister Girardet zur Entlassung von Operntendant Maier im Jahr zuvor hat ein Nachspiel: die Ratsversammlung kippt den Plan der Verwalter, Maier mit 496 000 Euro abzufinden.

Der Streit um Verbot bzw. Beschränkung von Nachtflügen am Flughafen Halle-Leipzig eskaliert, weil Vorgaben im Planfeststellungsverfahren nicht eingehalten werden. Die Betroffenen beklagen die fehlende Unterstützung durch die Behörden.

Der von der Ratsversammlung beschlossene Etat für 2008 weist 44 Millionen Euro mehr Ausgaben als Einnahmen auf. Die Stadt muss in den nächsten Jahren vor allem bei Investitionen sparen.

Nach dem Willen von Kulturbürgermeister Girardet, Ältestenrat und einigen Enthusiasten soll eine Plastik geringer künstlerischer Qualität zur „Friedlichen Revolution“ 1989 in Leipzig, Geschenk einer US-Künstlerin, ohne Wettbewerb und Ausschreibung am Innenstadtring aufgestellt werden, während das Vorhaben von namhaften Leipzigern und auch im Kunstausschuss der Ratsversammlung entschieden abgelehnt wird.

Mai

Etwa 20 Vermummte verüben in Mockau mit bisher nicht gekannter Gewalt und Brutalität einen Überfall auf einen zahlreich besetzten Nightliner-Bus. Scheiben werden eingeschlagen und die Passagiere in Angst und Schrecken versetzt.

Der Aufsichtsrat der Leipziger Verkehrsbetriebe will den Vertrag für den kaufmännischen Direktor, Heininger, trotz laufender staatsanwaltlicher Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Vorteilnahme bei Cross-Border-Leasing-Geschäften für weitere vier Jahre verlängern. Daraufhin sieht sich Oberbürgermeister Jung gezwungen, die Notbremse zu ziehen und zu veranlassen, dass die Vertragsverlängerung von der Tagesordnung genommen wird.

Wie die aktuelle Statistik für 2007 ausweist, wurden in Leipzig 64 855 kriminell-



Aula oder Kirche: Angriff auf Hochschulautonomie und weltanschauliche Neutralität

le Delikte gezählt, rund 3900 mehr als im Jahr zuvor. Sprunghafte Anstiege gab es beim Diebstahl von Buntmetall und Navigationsgeräten sowie bei der Straßensanktionalität. Gestiegen sind auch die Fälle von Gewaltkriminalität, besonders von Körperverletzungen und Raubdelikten.

Ein vom Paulinerverein initiiertes Auftragsverlangen, im Universitätsneubau eine „Universitätskirche St. Pauli“ zu installieren und entgegen den Planungen entsprechende bauliche Veränderungen am bisherigen Entwurf vorzunehmen.

Eine Mehrheit der Ratsversammlung stimmt gegen den Antrag der Linksfraktion, eine Straße in Leipzig nach Marinus von der Lubbe zu benennen.

Juni

Gewandhauskapellmeister Chailly wird durch Personalquerelen aus seinem Amt als Generalmusikdirektor der Oper gedrängt und beendet hier vorzeitig sein Wirken.

Die Wahl eines neuen Kulturbürgermeisters, der im Herbst an die Stelle von Girardet treten soll, scheitert. Die zwei fachlich versierten und aussichtsreichen Kandidaten ziehen ihre Bewerbungen zurück, weil Oberbürgermeister Jung doppeltes Spiel mit ihnen treibt.

Zwölf Jahre hat es gedauert, bis eine Investruine in Lindenau, ein Parkhaus in der Gemeindeamtsstraße, nun Aussicht auf Fertigstellung und Nutzung hat.

Wegen falscher Zusicherungen in Sachen Schulschließungen und Fluglärm sowie wegen der militärischen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig zeigen hunderte Einwohner Böhlitz-Ehrenbergs Oberbürgermeister Jung die Rote Karte.

Durch Pfusch am Bau können seit einem Jahr die Leichtathletik- und Fußballanlagen der Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität nicht mehr genutzt werden. 1500 Studenten sowie ein internationales Trainingsseminar und die Schüler des benachbarten Sportgymnasiums sind davon betroffen.

Juli

Das Teilprojekt Haltepunkt Semmelweisstraße des City-Tunnels kostet statt 1,98 Millionen 3,45 Millionen Euro. Die Stadt muss deshalb noch in diesem Jahr 310 000 Euro zusätzlich bereitstellen. Die Folge sind weniger Fördermittel für den Gleis- und Haltestellenbau der Straßenbahn.

Um ihre 913 Millionen Schulden schneller zu tilgen, will die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft u. a. anstehende Gehaltserhöhungen stoppen und 100 der rund 500 Stellen streichen.

Im Prozess um den Flughafen-Nachtbetrieb lehnt das Bundesverwaltungsgericht eine grundsätzliche Kritik an den Zwischenlandungen von Truppentransportern nach dem Nahen Osten und zurück ab. Das Betanken der Flugzeuge und die Versorgung der Soldaten sei „keine militärische Nutzung im engeren Sinne“. Zurückgewiesen werden in Übereinstimmung mit dem Oberbürgermeister auch Forderungen zur generellen Beschränkung des nächtlichen Frachtverkehrs.

Ungeachtet überzeugender Fakten spricht



das Amtsgericht einen Neonazi vom Tatvorwurf der Beleidigung frei, der am Überfall einer rechtsradikalen Gruppe auf ein Jugendzentrum im Stadtteil Grünau maßgeblich beteiligt war.

Nachdem die Stadt einen Rechtsstreit mit dem Investor einer geplanten Saunalandschaft am Kulkwitzer See verloren hat, muss sie 4,2 Millionen Euro Schadensersatz leisten. Bei der Abgabe einer Bürgerschaft umgeht die Rathauspitze die Ratsversammlung.

August

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erhöht mit Monatsbeginn die Tarife für den Personennahverkehr um durchschnittlich 4,5 Prozent. Es ist die achte Verteuerung seit 2001.

Im Kaufhaus Karstadt wird eine Thailänderin ungerechtfertigt verdächtigt, mit Falschgeld bezahlt zu haben und von der Polizei in Handschellen abgeführt.

Statt der geplanten 49,5 Millionen Euro wird die Errichtung der Tropenhalle Godwanaland im Leipziger Zoo 60 Millionen Euro kosten. Die Fertigstellung des Baus verschiebt sich auf 2011.

Wie aus dem Schuldenatlas der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) hervorgeht, ist jeder 20. Leipziger tief verschuldet. Damit liegt Leipzig mit der Verschuldung von Privatpersonen deutlich über dem Durchschnitt der deutschen Städte.

September

Im Fall der ermordeten achtjährigen Michelle werden in „Bild“ geheime Ermittlungsdetails veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft vermutet einen „Maulwurf“ in den Reihen der Soko der Kriminalpolizei.

Der NPD-Kreisverband Leipzig und neofaschistische Netzwerke versuchen den Mordfall Michelle unter Ausnutzung der Erregung der Bevölkerung für ihre nationalistische Politik zu instrumentalisieren. Sie fordern die Einführung der Todesstrafe und hetzen gegen Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit.

Wegen der Preiserhöhung bei der Sportbäder GmbH sind den Schulen künftig fast keine Hallenzeiten mehr verfügbar.

Zum zweiten Mal in diesem Jahr erhöhen die Stadtwerke den Gaspreis. Ein Durchschnittshaushalt muss mit einer Steigerung um 350 Euro jährlich rechnen.

Nachdem das Regierungspräsidium seine Genehmigung des Stadthaushaltes für 2008 mit der Auflage verbunden hat, 12 Millionen Euro weniger Darlehen aufzunehmen als geplant und ihre Verschuldung von 33,3 Millionen Euro bereits bis Ende

2009 abzubauen (August), verkündet Finanzbürgermeisterin Kudla eine Haushaltsperre – ungeachtet angekündigter Mehreinnahmen in Millionenhöhe. Sie allein entscheidet über die Freigabe von Investitionsmitteln, nur über die Hälfte der Haushaltsmittel für 2008 dürfen die Ämter selbst entscheiden.

Kulturbürgermeister Girardet verstößt wesentlich gegen die sächsische Gemeindeordnung, indem er ohne Beschluss der Ratsversammlung eine Veränderung der Eintrittspreise für das Schauspielhaus anordnet und das Haus eigenmächtig in Central-Theater umbenennt.

Der Tower des Flughafens Halle-Leipzig ist tagsüber mehrfach nur mit einem Fluglotsen besetzt.

Infolge der internationalen Finanzkrise muss Level One, österreichischer Investor auf dem Leipziger Wohnungsmarkt, Insolvenz anmelden. Betroffen sind 390 Wohnungen in Grünau. Bereits seit Juni ist die Hausreinigung und die Reparatur von Fahrstühlen ausgesetzt.

Nachdem die Stadt bereits 2005 das denkmalgeschützte Bürgermeister-Müller-Haus, ein Barockbau in Knauthain, für 3000 Euro ohne Auflagen versteigert hat, soll es nun abgerissen werden.

In der Eisenbahnstraße sollen Anlieger Straßenausbaubeiträge in fünfstelliger Höhe zahlen, obwohl die Stadt zugesichert hatte, keine Beiträge zu erheben.

Die Sparkasse Leipzig will noch in diesem Jahr aus Kostengründen 13 ihrer 103 Filialen schließen und in Selbstbedienungszentren umwandeln, davon vier in der Stadt Leipzig und neun im Umland.

Im Streit um die Gestaltung der Paulinerula des Universitätsneubaus, in dem die Universität auf der geplanten Trennung von Aula und Andachtsraum durch eine Glaswand besteht, beansprucht Pfarrer Wolff den gesamten Raum als „Universitätskirche St. Pauli“ und verleumdet den Universitätsrektor, indem er von „rektorialem Schwachsinn“ spricht, und hetzt den Lehrkörper gegen ihn auf. Die maßgeblich von der „Leipziger Volkszeitung“ forcierte Kampagne einer Minderheit richtet sich gegen die religiös-weltanschauliche Neutralität der Universität und die Autonomie der Hochschule.

DHL entlässt am Flughafen Halle-Leipzig in der Probezeit etwa 100 Mitarbeiter mit unbefristetem Arbeitsvertrag, ohne dass es Verfehlungen der Betroffenen gab.

Oktober

Die Premiere von Richard Wagners „Fliegendem Holländer“ an der Leipziger Oper, inszeniert von Michael von zur Mühlen, löst tumultartige Proteste des Publikums

aus und gerät damit zu einem in dieser Art bisher nicht gekannten Skandal. Der Grund ist eine die Würde des Kunstwerks und der Künstler verletzende klamaukartige und dilettantische Inszenierung einschließlich eingeblendeter ekelregender Videosequenzen. (Dagegen erweist sich die lärmende neue Klimaanlage als das kleinere Übel.) Die weitgehend einmütige öffentliche Kritik prallt nicht nur am Regisseur ab, sondern wird auch vom kommissarischen Intendanten Maravic und von Bürgermeister Girardet mit dem Schlagwort der „künstlerischen Freiheit“ abgewehrt. Hauptdarsteller Johnson steigt aus der Produktion aus und bedauert, sich nicht schon früher davon distanziert zu haben. Die angekündigte Überarbeitung läuft auf bloße Kosmetik hinaus.

Noch vor dem Beschluss der Ratsversammlung zum Bebauungsplan für das Einkaufszentrum am Brühl wird bekannt, dass der Geldgeber des Investors, ein kanadischer Pensionsfonds, von der internationalen Finanzkrise betroffen ist und sich dadurch die vertragliche Vereinbarung über das Vorhaben mindestens um mehrere Monate verzögert.

Nach mehreren Terminverschiebungen und Kostenerhöhungen beim Bau des Leipziger City-Tunnels teilt das sächsische Wirtschaftsministerium mit, dass seine Fertigstellung um ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden musste und die Baukosten um einen noch nicht zu benennenden Betrag weiter steigen werden. Begründet wird das mit technischen Schwierigkeiten. Diese wurden – obwohl voraussehbar – bei der Kalkulation des Prestigeprojektes nicht berücksichtigt.

Im Streit um die Gestaltung der Universitätsaula versteigt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißgerber zu der Behauptung, die Universität sei ein Kind der Kirche. Er droht der Universitätsleitung, falls sie nicht nachgebe – das heißt auf der trennenden Glaswand zum Andachtsraum bestehe und den Namen Universitätskirche nicht akzeptiere – werde es der Volkszorn richten. Pfarrer Wolff behauptet in einem Thesenanschlag am Bauzaun des Uni-Neubaus anmaßend: „Am Augustusplatz entsteht eine neue Kirche.“

November

Der eskalierte Streit zwischen den Stadtwerken Leipzig und ihren Thüringer Partnern um die geplante und inzwischen geplante Errichtung eines Biomasse-Kraftwerkes in Bad Köstritz, die zu Millionenverlusten für die SWL führten, offenbart eine riskante und konfuse Geschäftsführung des städtischen Unternehmens.

Den „Kohlrabi-Zirkus“, die für Kultur- und Sportveranstaltungen genutzte ehemalige Großmarkthalle, will die Treuhändlergesellschaft als Eigentümer nach 15-jährigen vergeblichen Verkaufsbemühungen versteigern. Dem Ersteigerer sollen keine Auflagen erteilt werden.

Dezember

Die Leipziger Stadtverwaltung muss die Ausschreibung für die Software eines neuen Systems der Haushaltsführung – ein Millionenprojekt – zurückziehen, weil die Ausschreibungskammer des Freistaats wesentliche Mängel festgestellt hat.

Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...

Nach der weiterhin umstrittenen Inszenierung von Richard Wagners "Fliegenden Holländer" und Peter Konwitschnys überwiegend stark beeindruckender, im Triumphbild aber fragwürdigen szenischen Gestaltung von Giuseppe Verdis „Aida“ konnte die Oper Leipzig mit Leos Janáček „Jenufa“ endlich wieder einen einhelligen Erfolg verzeichnen. Damit war nach Dietrich Hilsdorfs Vergewaltigung von Mozarts „Entführung aus dem Serail“ nicht unbedingt zu rechnen. Diesmal ging der Regisseur aber vom Charakter des Werkes und der unmittelbar mit dem Text verbundenen Musik aus. Angeklagt werden im 19. und in entlegenen Gegenden noch im frühen 20. Jahrhundert herrschende engstirnige, dogmatische Moralvorstellungen. So wird beklemmend deutlich, dass die Küsterin eines mährischen Dorfes einzig durch sie dazu getrieben wird, das unehelich geborene Kind ihrer geliebten Stieftochter Jenufa umzubringen, um Schande von ihr und sich abzuwenden.

Dieses Geschehen lässt Janáček mit seiner wahrhaft einzigartigen Musik tief bewegend erleben. Die bis in Innerste dringende Musik der aufwühlenden Szene, in der sich die Küsterin unter ungeheuerlichen Seelenqualen zum Mord an ihrem nur wenige Tage alten Enkel entschließt, wie die der anschließenden Gebetsszene Jenufas gehören zum Erschütterndsten, was je für die Opernbühne geschaffen wurde. Susan Maclean und Marika Schönborg wachsen bei deren zwingender Gestaltung über sich selbst hinaus. Auch die weiteren Rollen werden anrührend dargestellt und gesungen: von Thomas Ruud als untreuer,

Musikalische Geschenke

Bewegende „Jenufa“ – Umjubelte „Lady“ – Sternstunde mit Alfred Brendel

leichtsinziger Kindesvater Steva, Raymond Very als Jenufa ehrlich liebender Freund Laca, Diana Pilcher als alte Buryja, Jürgen Kurth als Altgesell und anderen. Wiederum großartig singt der Opernchor. Und bei allem führt Axel Kober das feinsinnig und farbenreich musizierende Gewandhausorchester mit den Sängern zu bezwingender Ausdrucksdichte. Die Zeit der Handlung lässt Hilsdorf mit der Angabe von Tagen im Jahr 19.. allerdings offen. Dieter Richter stellt ein Gasthaus „Zur Mühle“ und einen Kirchenraum auf die Bühne, wie sie um 1900 oder noch früher, aber auch heute noch aussehen könnten. Die nicht sonderlich auffälligen schwarzen Kostüme Renate Schnitzers deuten im zweiten Aufzug – schwerlich dem Geschehen entsprechend – auf das Heute. Doch das fällt wie einige szenische Mätzchen (Radfahrer und gut dressierte Hunde) bei der insgesamt stimmigen, spannungsgeladenen Gestaltung kaum ins Gewicht.

*

Eine großartige Einstimmung auf „Jenufa“ schafft im Kellertheater die szenische Gestaltung von Janáček's Liedzyklus „Tagebuch eines Verschollenen“ Gundula Nowacks mit Martin Petzold als bewegend singender Bauernbursche, Geneviève als verführerische Zigeunerin und dem Pianisten Stefan Knoth. Dem Zyklus geht eine anrührende tänzerische Deutung in der Choreographie Montserrat Leóns mit

Frank Schilcher und Maylem González zu Janáček's Klavierzyklus „Im Nebel“ und Violinsonate (Rudolf Conrad) voraus. In den seit Entfernung des Kampfhunde-Videos störungsfrei verlaufenden, aber nach wie vor von den nicht übermäßig zahlreichen Besuchern kontrovers beurteilten „Holländer“-Aufführungen hat inzwischen Stefan Vinke glanzvoll singend die Partie des Erik übernommen, ohne sich bis auf die Unterwäsche entkleiden zu müssen.

*

Viel Jubel gab es in der Musikalischen Komödie für die Neuinszenierung des Musicals „My fair Lady“ mit Frederick Loewes Musik. Karl Zugowski, der über viele Jahre hin als Professor Higgins im Mittelpunkt stand, hat nun aus seinen reichen Erfahrungen das Werk mit neuen und vertrauten Sängerdarstellern und dem jetzigen, beschwingt dirigierenden Orchesterchef Stefan Diederich sorgfältig durchdacht und heiter bewegt inszeniert. Damit ist für die nächsten Jahre wieder ein Publikums magnet mehr im Programm.

*

Etwas in der 265-jährigen Geschichte des Gewandhausorchesters Einmaliges gibt es aus beiden Häusern am Augustusplatz zu berichten: Zum ersten Male fielen ein Anrechtskonzert und eine Aufführung im Opernhaus aus, weil das Orchester streikte. Die Gewandhausmusiker wollten wie die anderer Spitzenorchester vor allem ein

Zeichen gegen die weitere Reduzierung oder gar Auflösung kleinerer Orchester und gegen die Ausgrenzung aus dem öffentlichen Dienst

setzen. Hut ab! Natürlich war es schade, dass der großartige estnische Dirigent Kristjan Järvi, der auch das diesjährige Benefizkonzert für UNICEF leitete, das spannende Programm mit Leonard Bernsteins „Candide“-Suite, George Gershwins „Klavierkonzert (Solist Wayne Marshall) und Igor Strawinskys nach wie vor herausfordernde Ballettmusik „Das Frühlingsopfer“ („Le sacre de Printemps“) nur einmal dirigieren konnte.

In der Woche vorher gab es ein freudiges Wiedersehen mit Michail Jurovski, dem Chefdirigenten in Udo Zimmermanns letzter Amtszeit. Mit Sergej Prokofjews sinfonischem Violoncellokonzert mit Danjulo Ishizaka als technisch brillierenden Solisten und einer zum Bersten gespannt Aufführung der „Fünften“ Peter Tschaikowskis entfachte er Begeisterungsstürme.

Den absoluten Höhepunkt des Jahres im Gewandhaus erreichte der 77-jährige Pianist Alfred Brendel. Er wünschte auf seiner Abschiedstournee vom Konzertleben ausdrücklich einen Abend in Leipzig mit seinem klassischen und klassisch gespielten Programm: Haydns Variationen f-Moll, Mozarts Sonate F-Dur KV 533/494, Beethovens Phantasie-Sonate Es-Dur op. 27/1 und Schuberts letzter Klaviersonate B-Dur. Es war eine Sternstunde vollendeten, in jeder Nuance erfüllten Musizierens und beispielhafter Klangkultur.

• WERNER WOLF

Der LN-Tipp für SPOTLESS-Leser

Der kleine aber unverwüsthliche Spotless-Verlag präsentierte unlängst ein neues Klaus-Huhn-Buch mit dem reizvollen Titel: „Fliegender Holländer mit drei Buchstaben“. Der Autor hatte sich darin des unendlichen post-mortem-Feldzugs gegen die DDR gewidmet und darin attraktive Beispiele behandelt. Sie reichten von den Reden des Bundespräsidenten, der Schüler in seine Residenz geladen hatte, um sie zu beschwören, dass sie skeptisch gegenüber den DDR-Schilderungen der Eltern und Großeltern bleiben mögen. Man bedenke: Der offiziell erste Mann des Staates hielt das für eine seiner dringlichen Aufgaben! Interessant auch die Diplomarbeit einer Norwegerin, die in Kiel zufällig in eine deutsche „Dichterlesung“ (Frey Klier) geraten war und sich danach entschloss, ihre wissenschaftliche Arbeit der „Ostalgie“ zu widmen. Klaus Huhn formuliert auch in diesem Buch nicht Thesen, sondern strebt nach Lese-stoff.

Bald darauf erschien sein „Fall Herrstadt“, in dem der Autor einem der überzeugendsten Journalisten der DDR Gerechtigkeit widerfahren ließ. Während andere Autoren sich vornehmlich den politischen Quereulen widmeten, die dem Parteiausschluss 1953 vorangingen, würdigt Huhn die echten Verdienste und Leistungen Herrnstadts und den politischen Weg der DDR. Huhns dritter Titel galt den Spielen in Peking. Der Mann, der über 17 Olympische Spiele im ND berichtet hatte,

befasste sich in "Strahlendes Olympia, steinerne Gesichter" weniger mit den sportlichen Ergebnissen von Peking, sondern vor allem mit dem politischen Hintergrund, der höchst unolympisch mit viel Eifer in Berlin dekoriert worden war.

Klaus Huhn; Fliegender Holländer mit drei Buchstaben; SPOTLESS 2008; 5,95 Euro
Klaus Huhn; Der Fall Rudolf Herrstadt; SPOTLESS 2008; 5,95 Euro
Klaus Huhn; Strahlendes Olympia, steinerne Gesichter; SPOTLESS 2008; 5,95 Euro

EIN STRAFLOS GEBLIEBENER MASSENMÖRDER

Interview-Bücher sind „in“. Viele Fragen und Antworten werden derzeit der DDR gewidmet und das Buch dann nicht selten als "Aufarbeitung" deklariert. Dass die renommierte Filmdokumentaristin Annelie Thorndike jetzt im neuesten Spotless-Bändchen von Klaus Huhn interviewt wurde, darf mit gutem Gewissen in doppelter Hinsicht als „Aufarbeitung“ deklariert werden. Sie widmet sich der in der DDR betriebenen Aufarbeitung der beispiellosen Naziverschonung in der BRD, und das geschieht zu einem Zeitpunkt, da solche Themen deutschlandweit „out“ sind. Annelie Thorndike erzählt bewegend, wie sie gemeinsam mit ihrem Mann Andrew im DEFA-Filmarchiv monatlang

Nazi-Wochenschauen durchsah und in der Nummer 36/1944 erschütternde Aufnahmen von der grausamen Niederschlagung des Warschauer Aufstands fanden. „Wir entschlossen uns, dieses Kapitel deutscher Geschichte unter die Film lupe zu nehmen.“ Die Polen begrüßten es, dass sich Deutsche an der Aufarbeitung und vor allem an der Suche nach den Mördern von Warschau beteiligten. In den Archiven fanden sie die Urkunde mit der ein gewisser Reinefarth im Rang eines SS-Generals zum Kommandeur der Aktion ernannt worden war und auch einen Artikel aus dem „Ostdeutschen Beobachter“, in dem Reinefarth triumphierend mitgeteilt hatte, daß er 250 000 Polen „ausgelöscht“ habe. Die Thorndikes folgten seinen Spuren, ermittelten seinen letzten Wohnsitz auf Sylt und begegneten ihm dort - als Bürgermeister von Westerland! „Urlaub auf Sylt“ hieß der Film, der dann entstand und internationales Aufsehen erregte. Die Aufführung im britischen Fernsehen konnte nur durch Bonner Interventionen vereitelt werden. Später wurde Reinefarth sogar Landtagsabgeordneter in Kiel. Ein nach Jahr und Tag eingeleitetes Verfahren wurde eingestellt, der Mörder von Warschau agierte bis an sein Lebensende als Rechtsanwalt und blieb unbestraft!

Huhn & Thorndike; Der Massenmörder blieb ohne Strafe; SPOTLESS 2008 Berlin; 5,95 Euro

• JOACHIM MICHAEL



Foto:Feb.

„Klingelputzer“ Lothar im Gewandhaus

60 Jahre ist es her, als Kniprs Lothar im Leipziger Waldstraßenviertel die Klingeln putzte. Andere Töne erzeugte er etliche Jahre später als Sänger im „Haus Leipzig“. Dass ihn der Thomanerchor nicht wollte, ist auch schon sehr lange her. Inzwischen ist Lothar „Frank“ Schöbel schon älter als die Rente mit 67, und er singt seine Lieder noch immer – dieser Tage im Gewandhaus.

Seine Fans sind ebenfalls gealtert aber ihm, auf eine in dieser Branche nicht so häufigen Art, treu. Sie lieben ihn „wie ihr Herz es mag“ und haben dabei „Gold in den Augen“. Warum Kultur zum Kult wird ist kaum zu erklären, aber schön zu erleben. -CK



... dafür gut gemeint.

Ein Gespenst geht um im Centraltheater: Globalisierungskritik trifft Hamlet. Es ist ein anrührendes Experiment, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus mit dem alten Mythos zu verknüpfen. Regisseurin Jorinde Dröse wagt diesen Versuch im Leipziger Schauspiel. Sie bedient sich dabei des Bestsellers „Die Schock-Strategie“ von Naomi Klein, Autorin globalisierungskritischer und antikapitalistischer Sachbücher, und verknüpft die Grundaussagen vorsichtig mit dem Shakespeare-Stoff. Naomi Klein gilt als Ikone der Globalisierungskritiker und hat sich angesichts der Finanzkrise im September 2008 zu Wort gemeldet: „Ich habe mein Buch ‚Die Schock-Strategie‘ vor allem aus einem Grund geschrieben: Es soll uns auf die nächste Katastrophe, den nächsten Schock besser vorbereiten. Dieser hat sich in Gestalt der globalen Finanzkrise mittlerweile ereignet, und damit verbunden der Versuch, eine radikal unternehmensfreundliche Politik im Land durchzusetzen (von der selbstverständlich diejenigen profitieren werden, die die Finanzkrise maßgeblich verursacht haben ...).“ Auf der

Bühne geht der emanzipatorische Ansatz leider verloren. Zwar gibt es einen gelungenen Rundumschlag von der Konsumsucht bis zur gewerkschaftsfeindlichen Politik Thatchers. Gleichwohl verdampft das Gespenst im Nirgendwo. Jorinde Dröse treibt die Spitzen in den Bereich des Klamauks, nimmt dadurch den wortgewaltigen Anklagen ihre bittere Ernsthaftigkeit. Guido Lambrecht als Hamlet geht glaubwürdig den Klabalen auf den Grund, steht als Symbol für das ewig erduldeten Unrecht und zugleich für das Aufbegehren dagegen. Erfreulich ist sein stets wacher Polonius, der von Martin Brauer gespielt wird. Anna Blomeier spielt die kecke, ungebändigte Naomi Klein und gibt ihr viel Sympathie, die leider aber gegen Ende in Jux und vermutlich Mitleid umschlägt. Nach diesem Abend bleibt nur eine Gefühlsmixtur: viel Richtiges gehört, wenig Substanz, dafür gut gemeint. • D.M.

Die nächste Aufführung:
29.12.2008,
Centraltheater Leipzig, 19.30 Uhr.

Fürchten und Träumen ...

Jacob und sein furchtloses, naiv-mutiges Wesen bringen im Centraltheater Alt und Jung zum Träumen. Regisseurin Martina Eitner-Acheampong – dem Leipziger Publikum unter der Ära Wolfgang Engel keine Unbekannte – inszeniert das Märchen „Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen“ von Jacob und Wilhelm Grimm in der Spielfassung von Charles Copenhaver. Das Ensemble setzt sich aus Studenten der Hochschule für Musik und Theater zusammen. Leider hat sich bei der Inszenierung die Usitte eingeschlichen, mit Mikrofonverstärkung zu arbeiten, was stellenweise zu einer miserablen Akustik

führt und unfreiwillig das Fürchten lehrt, denn trotz dieser Technik hapert es besonders bei Albrecht Schuch, der den weltentdeckenden Jacob spielt, mit der Textverständlichkeit. Kindgerecht sind die dagegen musikalischen Einlagen (Gregor Hengesbach), temporeich die Handlungsführung, niedlich die Bühne und die Kostüme (Peter Schickart, Matthias Wulst) und alles vermittelt das gute Gefühl, im Theater zu sitzen. • D.M.

Die nächsten Aufführungen:
19./21./23./25./28. Dezember.



Ankläger auf der Bühne des Centraltheaters: Aufstand des Gewissens.

Fotos: Rolf Arnold/Centraltheater

Schlöndorffs Filmriss

Was kann so unterschiedlichste Künstler wie Angelica Domröse, Jutta Hoffmann, Armin Mueller-Stahl, Kurt Maetzig, Andreas Dresen, um nur einige zu nennen, aufregen? Ein „Oscar“, namens Schlöndorff. Über dessen blecherne Trommelleien wider die DEFA ärgerte sich zu Lebzeiten schon Erwin Geschonnek. Jetzt verunglimpfte der Filmregisseur die DEFA in einem Zeitungsinterview erneut: „Den Namen DEFA habe ich abgeschafft, die Filme waren furchtbar. Die liefen damals in Paris, wo ich studierte, nur in Kinos der kommunistischen Partei. Wir sind da reingegangen und haben gelacht...“ Noch weiter möchte ich den „lächerlichen“ Kulturrichter jetzt nicht zitieren.

Immerhin, über 130 Filmschaffende haben nun einen Offenen Brief – obige Namen gehören dazu – an den „Meister“ unterzeichnet und keine Mühe gehabt, ganz „ernsthaft“ gegen diese „lächerlichen Argumente“ Paroli zu bieten. Mit dem Resultat, dass Volker Schlöndorff jetzt seine Äußerungen abschwächt. Ich meine: Soll der MAN doch erzählen, was er will, die DEFA bleibt auch weiterhin stark im kulturellen Gedächtnis vieler Zuschauer und internationaler Filmfestivals verankert. Fünf Mal bekam sie auf der BERLINALE den Silbernen und einmal den Goldenen Bären. Warum haben denn in den angeblich so finsternen 1950er Filmjahren so viele „Westkünstler“ wie Yves Montand, Gerard Philipe, Jean Gabin, Henny Porten in Babelsberg gedreht? Und was hält Volker Schlöndorff von den DEFA-Arbeiten seines Kollegen Wolfgang Staudte, der zwar damals im Zorn ging (Brecht war da nicht ganz schuldlos), aber den Kindern der Welt zuvor noch den wunderbaren „kleinen Muck“ zum Abschied schenkte. Zehn DEFA-Titel befinden sich auf der Liste der „100 besten Filme aller Zeiten“ der deutschen Kinematheke. Das Museum of Modern Art in New York zeigte 2005 immerhin 21 Produktionen. Und nicht zuletzt die gefragten ICESTORM -VIDEO Entdeckungen sprechen einen andere, bleibende Sprache.

• MIZO

Spektakel der Macht



Auf dem französischen Föderationsfest, das 1790 zur Erinnerung an den Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 gefeiert wurde, legte der Marquis de Lafayette seinen Eid auf die neue Verfassung ab. Paris, Musée Carnavalet (Foto: Museum Magdeburg)

(Laurent Houel „Die Zerstörung der Bastille im Juli 1789“; „Der Eid Lafayettes auf dem Föderationsfest am 14. Juli 1790“) und dem Musée national du Moyen Age (Fassadenfragmente vom St. Annen-Portal Notre-Dame, Paris). Zu den Höhepunkten gehört ebenfalls ein Exemplar der „Goldenen Bulle“ Kaiser Karls IV. aus dem Jahr 1356 und der Kaisermantel Karls V.. Durch eine Kooperation des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereiches der Universität Münster mit dem Kulturhistorischen Museum Magdeburg ist es erstmals möglich, 1000 Jahre europäischer Ritualgeschichte in einer kunst- und kulturgeschichtlichen Ausstellung zu präsentieren und die Ergebnisse aktueller wissenschaftlicher Forschung anschaulich umzusetzen.

• BERND SELLIN

„Spektakel der Macht. Rituale im Alten Europa 800 bis 1800“ noch bis zum 4. Januar 2009, Di.-So. 10-17 Uhr, Kulturhistorisches Museum in Magdeburg. (Zu Fuß zehn Minuten vom dortigen Hbf.)

Eine feinfühlig und differenzierte Lektüre

Es lohnt sehr, nach diesem handlichen und sehr preiswerten Bändchen zu greifen, das aus zwei Teilen besteht: Zunächst aus Schütrumpfs gut 50seitiger Einführung über „Jenny Marx. Versuch über das ungeteilte Leben“, und einer Anthologie vor allem von überlieferten Briefen der hinreißenden Briefschreiberin, der die bekannten „Umriss eines bewegten Lebens“ vorangestellt sind. Abschließend werden Lebensdaten und Kurzbiographien geboten.

Es ist wohl wahr: Jenny-Marx-Biographien gibt es reichlich, in denen sie erscheint als Heldin, als treue Gefährtin und Sekretärin ihres geliebten „Mohrs“, was diese großartige Frau wirklich war, aber doch mehr als eine Art rosarot eingefärbtes „unberührbares“ Denkmal. Man mag nicht glauben: Selbst die seinerzeit personell überaus stark besetzte MEGA-Reihe, in der alle erreichbaren Schriftstücke dokumentiert sind, kann ohne eine Forschungsgruppe „Jenny Marx“ aus, als ob nicht das Genie Karl Marx in familiärer Umgebung gelebt hatte, die zumindest

einen beträchtlichen Teil seiner historisch unvergänglichen Leistung erst ermöglichte. Unverständlich, aber auch erklärlich: Nach dem Tode von Jenny (1881) und Karl (1883) fledderten die beiden überlebenden Töchter Laura Lafargue und Eleanor den persönlichen Nachlass ihrer Mutter (auch „um Engels nicht zu verletzen“), und nicht viel davon entging dem heißen Atem des Ofens. Meist sind es zufällige Überlieferungen (so erschütternde Briefe an Dritte), die nicht dem töchterlichen Zugriff unterlagen. Sie reflektieren ihren Lebensentwurf zu Beginn ihrer großen Liebe und die ihr innewohnende wahrhaft atemberaubende Dramatik, die eben nicht nur in der unaussprechlichen Misere Emigration, sondern auch im wechselseitigen Verhältnis zwischen Jenny und Mohr bestand.

Wenn Jenny schwante: „Deine Liebe, für die ich alles hingäbe, kann ich nicht frisch und jung erhalten. In dem Gedanken liegt der Tod ...“ Fast ein halbes Jahrhundert, sieben Jahre heimliche Verlobung und 38 Ehejahre, trug die naturgemäß konflikt-

trächtige Gemeinsamkeit der beiden starken Persönlichkeiten Jenny und Karl Marx; von dem erstrebten Aufbruch in neuartige nicht-entfremdete Beziehungen zwischen Mann und Frau, die Bohemien-Jahre in „unangepasstem“ jugendlichen Freundeskreis bis zum Übergang ins „Philisterleben“ mit eigenem, geräumigen Haus, das der intellektuellen Ausbildung der Töchter und deren gesellschaftlichen Reputation geschuldet war, aber die darauf bedachte Mutter auch in die Einsamkeit des Alters führte.

Die Lektüre fesselt durch die feinfühlig-differenzierte Sicht, die tabuisierte Bereiche, auch den „Wurm, der in jeder Ehe steckt“, nicht ausblendet. Ein faszinierendes, lebendiges Porträt von Jenny Marx, das auf wenigen Seiten die Größe ihrer Persönlichkeit in Sieg und Niederlage, auf der „Suche nach dem aufrechten Gang“, nahebringen weiß und „Den vergessenen Emigrantenfrauen“ gewidmet ist.

• WOLFGANG SCHRÖDER



Jörn Schütrumpf (Hrsg.):
Jenny Marx oder: Die Suche nach dem
aufrechten Gang
Karl Dietz Verlag Berlin 2008, 144 S.,
6,90 Euro

Schicksale sudetendeutscher Antifaschisten

Im Vorwort des Bandes mit 15 Erinnerungsbeiträgen meint die Herausgeberin wohl zu Recht, dass die Geschichte der deutschen Hitlergegner aus dem Sudetengebiet in das kollektive Gedächtnis der deutschen wie auch der tschechischen Gesellschaft bisher nicht Eingang gefunden hat. Deshalb ist es verdienstvoll, dass Alena Wagnerová, geboren 1936 im mährischen Brünn und seit 1969 als freie Publizistin und Schriftstellerin in Saarbrücken lebend, sich dieses Themas angenommen hat.

Während fast 90 Prozent der drei Millionen Sudetendeutschen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre der faschistischen Henleinpartei, der Fünften Kolonne Hitlerdeutschlands, ihre Stimme gaben, blieben nur etwa 10 Prozent der Tschechoslowakischen Republik treu, und noch weniger stellten sich aktiv gegen den Faschismus. Die deutschen Antifaschisten der CSR gehörten meist zu den Lohnabhängigen, waren Industriearbeiter, kleine Angestellte und in einigen wenigen Fällen auch werktätige Bauern. Das spiegeln auch die Erinnerungsberichte wider. Es waren Mitglieder der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP), der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) und des Bundes der Landwirte (BdL), die dem Oral-History-Team die Geschichte ihrer Familie besonders seit der Mitte der 1930er Jahren erzählten. Als nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland von dort her die ersten Emigranten in die CSR kamen, wurden sie namentlich in grenznahen Orten von Mitgliedern der KPTsch und der DSAP unterstützt und meist nach Prag weitergeleitet. Zu dieser sog. Grenzarbeit gehörte auch die illegale Übergabe von Flugschriften, die z.B. im DSAP-Druckhaus GRAPHIA in Karlsbad hergestellt wurden, per Kurier an die Genossen in Deutschland. Sudetendeut-

sche Antifaschisten kämpften ab 1936 in den internationalen Brigaden in Spanien gegen die Franco-Faschisten. Lebten bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre in den gemischtsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens Deutsche und Tschechen friedlich neben- und oft auch miteinander, so nahmen die von den Henleinleuten geschürten Spannungen zu, je mehr sich das Entscheidungsjahr 1938 näherte. Im September 1938 beteiligten sich Mitglieder der sozialdemokratischen Republikanischen Wehr, auch Kommunisten, an der bewaffneten Verteidigung der Republik gegen die Terroraktionen der Henleinfaschisten im Innern und des von der Wehrmacht aufgestellten Sudetendeutschen Freikorps an den Grenzen. Die Familienangehörigen aktiver Henlein- und Hitlergegner flohen in großer Zahl ins Landesinnere. Als sie nach dem Münchner Diktat zurückkehrten, wurden sie nicht selten vom Henleinmob als angebliche Volksverräter beschimpft, bespuckt und geschlagen. Etwa 20 000 sudetendeutsche Hitlergegner wurden von den Okkupanten inhaftiert und Hunderte zu Tode gebracht; dies betraf vor allem Mitglieder von Widerstandsgruppen in West- und Nordwestböhmen. Einige gingen in die Emigration und kämpften in Einheiten der tschechoslowakischen Auslandsarmee gegen die Hitlerwehrmacht.

Nach der Befreiung bildeten sich in Orten mit einer größeren Zahl von Hitlergegnern, so in Neustadt a. d. Tafelfichte, Antifa-Ausschüsse, die im Zusammenwirken mit den tschechischen Nationalausschüssen begannen, das faschistische "Erbe" zu beseitigen. Als entsprechend dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte für die Deutschen der CSR die Zwangsausiedlung nach Deutschland anstand, verließen bis auf ca. 6000 auch die deutschen Antifaschisten entsprechend den Empfehlungen ihrer Parteien die Heimat und gingen

mit Antifa-Transporten nach Deutschland. Rechtlich hätten sie nach Wiedergewinnung der CSR-Staatsbürgerschaft bleiben können. Aber der Terror der deutschen Okkupanten gegen die Tschechen hatte die Atmosphäre zwischen den beiden Nationalitäten so vergiftet, was sich u. a. auch in Übergriffen sogar gegen Hitlergegner äußerte, dass auf absehbare Zeit ein Neben- oder gar Miteinander unmöglich erschien. So gelangten unter Mitnahme des Mobiliars, pro Familie ein Viertel Güterwaggon, etwa 79 000 Sozialdemokraten in die Westzonen und 50 000 Kommunisten in die Sowjetische Besatzungszone. In so mancher bayerischer Ortschaft konnte erst nach diesem Zuzug eine SPD-Ortsgruppe gegründet werden; in der SBZ beteiligten sich sudetendeutsche Kommunisten oft in Leitungspositionen an der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung und dann in der DDR am Aufbau des Sozialismus. Eine Familie aus Neudek bei Karlsbad initiierte den Aufbau eines Neubauerndorfes in Mecklenburg, das dann eine LPG gründete.

Das aus individuell unterschiedlichen Erlebnissen gestaltete Buch ist ein wichtiger Baustein bei dem Bemühen, den sudetendeutschen Antifaschisten den ihnen zukommenden Platz im Geschichtsbewusstsein der Deutschen zu schaffen. 28 zeitgenössische Fotos, eine informative Zeittafel und ein Verzeichnis weiterführender Literatur sind für den Leser sehr hilfreich.

• GERHARD FUCHS

Alena Wagnerová: *Helden der Hoffnung — die anderen Deutschen aus den Sudeten 1935 - 1989. Mit Beiträgen von Stefan Dölling, Pit Fiedler, Rosemarie Mieder, Ernst Schmutzer, Gislinde Schwarz. Aufbau Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin 2008, 272 S., 24, 90 Euro.*

Rückblick eines DDR-Diplomaten

Erich Wetzl, ein Bauernsohn aus Wernigerode, wurde nach einem Studium der Staats- und Rechtswissenschaften Mitarbeiter im Außenministerium der DDR. Sein erster Auslandseinsatz führte nach China. Später war er Stellvertreter des Leiters der Handelsvertretung der DDR in Dänemark, deren Regierung sich aus Rücksicht auf Bonn und die NATO scheute, die DDR anzuerkennen. So bestand Wetzls Aufgabe vor allem darin, Regierungsmitglieder, Parlamentarier, Wirtschaftskapitäne und Journalisten dafür zu gewinnen. Dem galt sein Auftreten im dänischen Parlament, vor der „Gesellschaft Dänemark-DDR“, vor Gremien großer Wirtschaftsunternehmen u.a.m. 1973 wurden die diplomatischen Beziehungen auf den Weg gebracht.

Von 1988 bis 1990 war er Botschafter in Schweden. Bei seinem Antrittsbesuch sprach er König Carl XVI. Gustav noch mit „Eure Majestät“ an. Während seiner Abschiedsvisite am 1. Oktober 1990 hat ihn der König geduzt - eine Ehre. Wetzl sprach fließend Schwedisch.

Im Wende-Deutschland bekam der hochqualifizierte und international anerkannte Diplomat von Bonn quasi Berufsverbot. Er wurde Finanzberater und Kommunalpolitiker in Berlin.

Das Buch schildert die tägliche Arbeit eines DDR-Diplomaten, aber auch die oft persönlichen Angriffe und Diffamierungen, vor allem die von BRD-Diplomaten und Vertretern der NATO. Eine lohnende Lektüre.

• FRANZ-KARL HITZE

Erich Wetzl: *Vom Bauernsohn zum Botschafter. Eigenverlag des Verbandes für internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin 2008. Heft 20 der Blauen Reihe. 68 Seiten.*

Schmerzhaft zu lesen

Das im Jahre 2004 im Karl Dietz Verlag Berlin erschienene biografische Handbuch „Deutsche Kommunisten (1918 bis 1945)“ ist längst vergriffen. Zugleich haben H. Weber und A. Herbst dazu ihre Forschungsarbeit weiter geführt, so dass eine überarbeitete und stark erweiterte Neuauflage vorgelegt werden konnte, die 1 675 (1. Auflage 1 400) Lebensläufe enthält. Somit trägt das Handbuch noch stärker dazu bei, die Geschichte der kommunistischen Bewegung unter biografischen Gesichtspunkten zu vertiefen, Probleme des deutschen Kommunismus klären zu helfen.

Schmerzhaft zu lesen ist, dass von den im Handbuch behandelten 1 675 führenden Kommunisten - die Kriterien der Aufnahme in das Handbuch werden ausführlich erläutert - weit über 470 auf gewaltsame Weise ums Leben kamen. 256 wurden von den faschistischen Barbaren ermordet, 208 kamen durch Stalins Despotie um.

Zugleich belegen die Biografien die mit der Stalinisierung der KPD verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen und deren Auswirkungen. So waren beispielsweise 1929 von den 16 Polbüro-Mitgliedern aus der Zeit von 1923/24 nur noch Ernst Thälmann und Hermann Remmele im Polbüro, 11 waren inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden. Der Kampf

gegen „linke und rechte Abweichungen“ veränderte drastisch die personelle Zusammensetzung der KPD-Führungsgremien.

Ebenso zeugen die Biografien vom erbitterten Widerstand der KPD gegen das faschistische Terrorsystem. Bereits in den Jahren 1933/34 befanden sich circa 60 000 Kommunisten in faschistischer Haft. Insgesamt durchlebten von den rund 300 000 KPD-Mitgliedern des Jahres 1932 etwa 150 000 die Zuchthäuser und Konzentrationslager der NS-Barbarei. Und die Listen der ermordeten deutschen Kommunisten wiesen frühzeitig circa 2 000 Männer und Frauen aus; bis zur Befreiung vom Faschismus waren es über 20 000.

Darauf und auf andere Fragen mehr richten die Herausgeber mit ihrer Einleitung den Blick des Lesers. Sie gehen, wie oben angedeutet, auf diffizile Problemstellungen der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik ein, benennen die Rolle der KPD im Widerstandskampf 1918 bis 1945, behandeln die kommunistische Führung und die sich in ihr vollziehenden Veränderungen sowie den in sich differenzier-ten Typus des Parteiführers und gehen der Frage nach: Wer leitete die Partei?

Dieses Handbuch ist das bisher bedeutendste biografische Nachschlagewerk zum deutschen Kommunismus und damit für



die vertiefende Forschung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von allergrößtem Wert, einfach unverzichtbar.

• KURT SCHNEIDER

Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.): *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch (1918 bis 1945)*. 2. Auflage. Karl Dietz Verlag Berlin 2008. 1167 Seiten, 898 Abb., 70,00 Euro

Linker Diskurs in Österreich

Mit der Dokumentation von 24 Beiträgen einer Konferenz in Wien aus Anlass des 70. Jahrestages des Erscheinens von Otto Bauers Buch „Zwischen zwei Weltkriegen?“ (Bratislava 1936) sollte nach dem Willen der HerausgeberInnen „die Qualität des weithin unterschätzten linken Diskurses in Österreich“ dokumentiert werden. Das ist ganz gut gelungen, dass rechte Populisten und überlebende deutschnationale Österreicher jedoch die entscheidenden Akteure oppositioneller Politik in Österreich sind, bleibt ebenso schmerzhaft Tatsache.

Wann qualifizierte theoretische Arbeit den kleinlichen Streit in der KPÖ beenden können wird, ist leider nicht vorauszusagen. Dabei wäre gerade Otto Bauers Konzept vom „integralen Sozialismus“, das im Zentrum der kritischen Aufarbeitung steht, gut geeignet, fruchtlose und z.T. sehr persönlich geführte Auseinandersetzungen selbstkritisch zu reflektieren und vielleicht in einem neuen österreichischen theoretischen und praktisch-politischen linken Paradigma aufzuheben. Für Otto Bauer – das wird in vielen Beiträgen dieses Sammelbandes deutlich – war „integraler Sozialismus“ weder der Sieg einer Richtung in der Differenz zwischen reformistischer Arbeiterbewegung und revolutionärem Sozialismus, noch deren einfache Addition durch Vereinigung. Etwas Neues, Wirkungsvolleres sollte vielmehr durch dialektische Aufhebung entstehen. Hiermit war der „Logik des linken Selbsthasses“ (Walter Baier) eine mit Gramscis „Philosophie der Praxis“ weitgehend überein-

stimmende Positionierung entgegen-gestellt. Die Wiederentdeckung von Gramsci und Otto Bauer war nach Meinung von Michael Graber die Grundlage für einen frühen „Austro-Eurokommunismus“, entwickelt und in die Öffentlichkeit gebracht mit dem 19. Parteitag der KPÖ 1965. Der Anlass der Konferenz ist Aufhänger für eine aspektreiche Aufarbeitung der Zwischenkriegsgeschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Die Feminisierung ist schon ein Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung. Der Rolle der Frauen in dieser Bewegung wird in mehreren Beiträgen nachgespürt, die Marginalität der Gender-Frage in Theorie und Praxis des Austromarxismus aber ebenso herausgearbeitet.

Fragen der Demokratie im Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zum Sozialismus, Dimensionen des Deutschnationalismus im Austromarxismus, dem auch Otto Bauer anhing (er war 1918/19 kurzzeitig Außenminister der 1. Republik), und des Antisemitismus in der ArbeiterInnenbewegung sowie die für Wien typische und unlegbar positive Beeinflussung linker sozialer Praxis durch die Psychoanalyse Freuds sind weitere Schlüsselthemen. Bemerkenswert die Einbindung von Erörterungen zum Einfluss des Austromarxismus auf die Architektur der legendären Wiener Gemeindebauten und die Dokumentation einer „Theatralen Intervention“ zu Jura Soyfers Romanfragment von 1934 „So starb eine Partei“. Es war Otto Bauers Herangehensweise immer eine historisie-



rende. Dass er uns nichts mehr zu sagen hätte, kann daraus nicht geschlussfolgert werden. Ganz im Gegenteil - auch und nicht zuletzt im Lichte der weiteren Entwicklung der Partei DIE LINKE in Deutschland. Davon zeugen alle Beiträge, auch wenn sie sich manchmal doch sehr ins analytische Detail verlieren.

• PETER PORSCH

Walter Baier, Lisbeth N. Tralori, Derek Weber (Hrsg.): *„Otto Bauer und der Austromarxismus. Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke.* Karl Dietz Verlag Berlin 2008. 301 Seiten. 19,90 Euro.

ANNOTIERT

Die Hölle von Dora

Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943-1945. Hrsg. von Jens-Christian Wagner. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Wallstein Verlag, Göttingen 2008. 212 S., 238 Abb., 14,00 Euro.

Bis April 1945 verschleppte die SS mehr als 60 000 Menschen aus allen Teilen Europas in das KZ Mittelbau-Dora, dessen 40 Einzellager sich bei Kriegsende über den gesamten Südhaz erstreckten. Mindestens 20 000 von ihnen überlebten nicht. Der Band dokumentiert die vier inhaltlichen Abschnitte der ständigen Ausstellung: Vom Außenlager Dora zum KZ Mittelbau; Häftlinge; Täter, Mittäter und Zuschauer; Zusammenbruch und kein Ende. Ergänzend zur Ausstellung ist eine Übersicht über die Lager des KZ Mittelbau-Dora und zu weiterführender Literatur hinzugefügt.

Umerziehung im Internierungslager

Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der Britischen Besatzungszone Deutschlands. Klartext Verlagsgesellschaft, Essen 2007 (Neuaufgabe). 430 S., 39,90 Euro.

Die Internierung von führenden Nazis sowie der gesamten mittleren Ebene des Personals von NSDAP, SS, Gestapo, HJ, BDM u.a.m. entsprach den Beschlüssen der Alliierten zum Schutz des demokratischen Aufbaus und erfolgte in allen Besatzungszonen. Die Briten, deren Internierungslager bisher in der wissenschaftlichen Literatur nur am Rande behandelt wurde, verhafteten rd. 91 000 Männer und Frauen und hielten sie in Nord- und Westdeutschland bis zu drei Jahren lang in zwölf Lagern - darunter die ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen und Neuengamme - fest.

Der Autor wertet erstmals die englischen Internierungsakten aus und zeichnet ein detailliertes Bild von der britischen Internierungspolitik und den Vorgängen in den Lagern. Deutliche Unterschiede zwischen den Lagern werden beschrieben, die intensive Misionsarbeit der Kirchen in den Lagern belegt. Der umfangreiche Anhang enthält eine Vielzahl statistischer Angaben, die das Gesamtbild runden.

• K. SCH.

Reparationen und die beiden deutschen Staaten

Vor 55 Jahren wurden die restlichen SAG-Betriebe an die DDR übergeben.

Nazideutschland hatte einen Vernichtungskrieg entfesselt, der am verheerendsten sowohl in personeller und materieller Hinsicht Polen und die Sowjetunion betraf. Die Sowjetregierung bezifferte den durch die faschistische Aggression erlittenen materiellen Schaden auf 128 Milliarden Dollar, Großbritannien seinen auf 6,383 Milliarden, Frankreich auf 21,143 Milliarden und die USA auf 1,267 Milliarden Dollar.

Über die von Deutschland zu leistenden Reparationen gegenüber den von ihm angegriffenen Staaten wurde bereits auf der Konferenz von Jalta (1. bis 11. Februar 1945) durch die Teilnehmerstaaten Großbritannien, UdSSR und USA grundsätzlich Übereinstimmung erzielt. Die Delegationen der UdSSR und der USA vereinbarten eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar, wovon die UdSSR 50 Prozent Wiedergutmachung erhalten sollte. Es wurden drei Formen der Wiedergutmachung festgelegt: einmalige Demontage von Betrieben und Transportanlagen im Verlauf von zwei Jahren nach der Kapitulation mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, jährliche Warenlieferung und Nutzung deutscher Arbeitskraft.

Die in Jalta getroffene Vereinbarung wurde in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) von den Delegationen Großbritanniens, der UdSSR und der USA präzisiert:

Die Reparationsforderungen der UdSSR werden auf dem Weg der Entnahme aus der sowjetischen Besatzungszone und auf Kosten deutscher Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich befriedigt, diese waren relativ gering.

Die UdSSR befriedigt die polnischen Reparationsansprüche aus dem sowjetischen Teil der Reparationen.

Die Reparationsansprüche der USA, Großbritanniens und anderer Länder

werden aus den westlichen Besatzungszone und aus entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt, diese waren relativ hoch.

In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus der eigenen Besatzungszone bekam, sollte sie zusätzlich aus den westlichen Besatzungszone erhalten:

15 Prozent der verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstungen, vor allem der metallurgischen und chemischen Industrie und des Maschinenbaus, im Austausch für einen entsprechenden Wert an Erzeugnissen nach Vereinbarung (gedacht war hier vor allem an landwirtschaftliche Erzeugnisse).

10 Prozent derjenigen industriellen Ausrüstungen, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich und aus den westlichen Zonen entnommen werden sollten auf sowjetisches Reparationskonto, ohne jede Zahlung oder Gegenleistung.

Reparationen stellen eine Form der materiellen Verantwortung eines Staates für einen von ihm begangenen Aggressionskrieg dar. Sie sollen eine Wiedergutmachung des Schadens bewirken, der durch den Aggressor anderen Staaten zugefügt wurde.

Diese Festlegungen der Potsdamer Konferenz waren das Ergebnis zäher Verhandlungen. Das betraf hauptsächlich die Reparationsleistungen zugunsten der Sowjetunion. Die Delegationen der USA und Großbritanniens gaben schließlich ihre Zustimmung, da sie die Umsetzung der sowjetischen Verpflichtung, drei Monate nach dem Ende des Krieges in Europa in den Krieg gegen Japan einzutreten, nicht aufs Spiel setzen wollten.

Die Reparationsentnahmen in der sowjetischen Besatzungszone und in den Westzonen verliefen unterschiedlich, da als bald

nach den amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki der Kalte Krieg einsetzte.

Über die Interalliierte Reparationsagentur erhielten die Westmächte (insgesamt 18 Länder) nach einem bestimmten Schlüssel Reparationsleistungen, deren Wert diese Agentur auf 500 Millionen Dollar bezifferte. Diese Leistungen bestanden aus demontierten Werken und Maschinen bis zur Demontageeinstellung 1950 etwa 5 Prozent des industriellen Produktionspotentials (rund 700 Werke), aus dem deutschen Auslandsvermögen und aus dem den Westmächten zugefallenen Zwei-Drittel-Anteil der deutschen Hochseeflotte. Zusätzlich hinzu kamen, und so nicht mit in Rechnung gestellt, der Nutzen aus der Offenlegung deutscher Patente, Markenzeichen und Forschungsergebnisse (bis 1950) und deutsche Zwangsexporte (Kohle, Holz, Schrott) für die Alliierten. Insbesondere die USA eigneten sich darüber hinaus Patente, Forschungsergebnisse und weitere Güter aus Betrieben und Einrichtungen in Sachsen und Thüringen während der zeitweiligen Besetzung bis Anfang April 1945 an. Nach der Einnahme Thüringens durch amerikanische Truppen im April 1945 besichtigten die US-Generale Eisenhower und Patton persönlich das in 700 Meter Tiefe gelegene damalige Bergwerk Merkers. Dort waren Anfang 1945 der Goldschatz der Reichsbank, zahlreiche Kunstwerke und Banknoten im damaligen Wert von drei Milliarden Reichsmark eingelagert. Umgehend erfolgte der Abtransport dieser Güter gen Westen.

Die Sowjetunion, durch die Zerstörung von 1710 Städten, 70 000 Dörfern, 32 000 Industriebetrieben, 65 000 Kilometer Eisenbahnstrecke am stärksten vom Zweiten Weltkrieg betroffen, entnahm bis 1953 ihrer Besatzungszone bzw. der DDR Wiedergutmachungsleistungen im Umfang von rund 40 Prozent des Industrie-

potentials als Demontagen – u. a. auch das zweite Bahngleis – bis 1948, durch Übernahme von 213 Betrieben als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG Betriebe) und aus Lieferungen der laufenden Produktion. Arbeitsleistungen deutscher Kriegsgefangener und Spezialisten in der Sowjetunion sind dabei nicht mit eingeschlossen.

Im Zuge des Kalten Krieges stellten die Westmächte bereits 1947 die Reparationslieferungen an die Sowjetunion aus den westlichen Besatzungszone ein. Daraus resultierten zusätzliche Belastungen für die sowjetische Zone und die DDR, die gegenüber der Sowjetunion die Verpflichtungen für ganz Deutschland erfüllte.

Eine Entlastung der westlichen Zonen und dann nachfolgend der BRD ergab sich auch durch deren Einbeziehung in den Marshall-Plan. Dadurch gelangte die BRD in eine weitaus bessere wirtschaftliche Lage als die kleinere, durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen deutlich stärker belastete DDR. Die Reparationsleistungen der BRD endeten mit dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretene Auslandsschulden des Deutschen Reiches bzw. der BRD wurden stark ermäßigt. Ab 1. Januar 1954 beendete die Sowjetunion die Einziehung von Reparationen aus der DDR und übergab die restlichen SAG-Betriebe mit einem Gesamtwert von 2,7 Milliarden Mark in das Eigentum der DDR. Dazu gehörten u. a. die Leuna-Werke, die Chemischen Werke Buna, die Filmfabrik Agfa Wolfen, das Hydrierwerk Zeitz, die Magdeburger Betriebe des Schwermaschinenbaus, das Hüttenwerk Thale, die Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow, Bleichert Transportanlagenfabrik Leipzig. Die Wismut wurde in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) umgewandelt. Die noch verbliebenen Reparationen in Höhe von 2,537 Milliarden Dollar wurden der DDR erlassen. • WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (67)

Die Pfaffendorfer Straße erhielt 1866 ihren Namen, wurde jedoch 1951 in Dr.-Kurt-Fischer-Straße umbenannt und 1991 wieder rückbenannt.

Benannt wurde sie nach dem Vorwerk Pfaffendorf mit dem Ratsgut „Pfaffendorfer Hof“. Es war 1213 dem Thomaskloster übereignet worden. 1719 pachtete es der Oberpostmeister Kees d.J. Es trat während der Napoleonischen Kriege aus seinem Schattendasein heraus, denn es wurde 1806 von den Franzosen als Lazarett requiriert und während der Völkerschlacht entbrannte am 19.10.1813 ein erbitterter Kampf um das Vorwerk, das wiederum als Hospital eingerichtet war. Es wurde völlig zerstört. 1818 wurden die wieder errichteten Gebäude vermietet und dienten fortan als Wollmagazin. Um 1860/70 stellten die Leipziger Fleischer auf dem Vorwerk das Schlachtvieh ein, was ihm den Namen "Fettviehhof" einbrachte. 1862 wurde die gesamte Gemarkung nach Leipzig eingeführt. 1873 kaufte Ernst Pinkert, der 1870 das Leipziger Bürgerrecht erworben hatte und die Restauration „Zum Plauenschen Hof“ am Brühl betrieb, die auf dem Vorwerk und Ratsgut Pfaffendorf gelegen Restauration „Zum Pfaffendorfer Hof“. Als Tierfreund stellte er hier ab 1876 vom Tierpark Hagenbeck, Hamburg, geliebte fremdländische Tiere zur Schau und richtete dann 1877 einen eigenen privaten

Pfaffendorfer Straße



Unübersehbar und ein beliebtes Fotomotiv für Leipziger und Touristen: der Haupteingang des Zoologischen Gartens.

Foto: Eiltzer

Tierpark ein. Daraus entstand dann der Leipziger Zoologische Garten. Der alte Pfaffendorfer Hof, und damit das Vorwerk Pfaffendorf, wurde 1898 abgerissen.

Mit der 1951 erfolgten Benennung nach Dr. Kurt Fischer ehrte die Stadt den von 1946 bis 1948 amtierenden sächsischen Innenminister. Dieser war am 1.7.1900 in Halle geboren und war einer der Gründer des Spartakusbundes der Saalestadt. Nach dem Studium am Lehrerseminar in Eisleben und Merseburg wurde ihm 1921 aus politischen Gründen die Abschlussprüfung als Lehrer verweigert. Er emigrierte in die junge Sowjetunion und arbeitete als Lehrer an deutschsprachigen Schulen. 1923 nach Deutschland zurückgekehrt setzte ihn die Partei als Redakteur in verschiedenen Zeitungen ein. Bereits 1924 mußte er erneut in die UdSSR emigrieren, wurde Mitglied der KPdSU, arbeitete im EKKI und in der Roten Armee. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück, war kurzzeitig Bürgermeister in Dresden, danach 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, sächsischer Innenminister, 1948 Präsident der deutschen Zentralverwaltung des Inneren und 1949 Chef der Deutschen Volkspolizei.

Am 22.6.1950 starb er bei Hildburghausen. Nach der Wende 1989 setzte gegen ihn eine Hetzkampagne ein.

• DIETER KÜRSCHNER



Vor 90 Jahren:

Gründung der KPD

eigenen Partei? Karl Liebknecht, der am 9. November vom Balkon des Berliner Schlosses die „freie sozialistische Republik“ ausgerufen hatte, begründete die Notwendigkeit der Gründung einer selbständigen Partei und legte den Delegierten eine Resolution vor, in der es hieß: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).“ Ohne Debatte, lediglich zum Namen der Partei hatte es unterschiedliche Auffassungen gegeben, stimmten die Delegierten dem zu.

Der Gründungsparteitag stand in schwierigster Lage vor der Aufgabe, sich über den Charakter und das Ziel der Revolution zu verständigen, das für die Partei Notwendige klar zu benennen und zugleich das Mögliche strikt zu beachten. Hierbei zeigte sich, dass die Delegierten uneins waren, dass revolutionäre Ungeduld dominierte.

Dem trat Rosa Luxemburg entgegen. Sie warnte davor, das bisher Erreichte zu überschätzen, wichtige Entscheidungen über das Knie brechen zu wollen. Es sei nach dem 4. August 1914 und den folgenden „vier Jahren der Schmach und Verleugnung sozialistischer Aufgaben“ nicht zu erwarten gewesen, dass man „plötzlich am 9. November 1918 eine großartige, klassen- und zielbewusste Revolution erlebt“. Der 9. November sei vielmehr „zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips“ gewesen. Was darauf folgte war, so Luxemburg, „eine mehr oder weniger chaotische, planlose, sehr wenig bewusste Bewegung, in der das einigende Band und das bleibende, das rettende Prinzip nur in der Lösung zusammengefasst war: die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte“. Es waren die „ersten Kinderschuhe der Revolution, die noch Gewaltiges zu leisten und einen weiten Weg zu gehen hat“. Dabei sei zu beachten, dass die Revolution bisher nur eine städtische ist, dass das flache Land bis jetzt so gut wie unberührt geblieben ist.

Konsequent vertrat sie den Standpunkt, dass für die Revolution nichts schädlicher ist als Illusionen, und es nichts gibt, was ihr so nützlich ist wie klare, offene Wahrheit. Und Wahrheit war für sie, als soeben gegründete Partei nichts hinter sich zu haben, wie sie es drastisch ausdrückte, „als die elende halbe Revolution vom 9. November“, die ein „schwächerer, halber, unbewusster, chaotischer Versuch“ gewesen ist, an der „öffentlichen Gewalt, an der Klassenherrschaft zu rütteln“. Das zu erkennen, war ihr wichtig. Und daher ihre Kritik: „Ich vermisse das Nachdenkliche, den Ernst, der durchaus den revolutionären Elan nicht ausschließt, sondern mit ihm gepaart werden muss“. Es „kann nicht reif(lich) und gründlich genug überlegt werden, welche Schritte wir vor uns haben, damit wir sicher sind, dass wir zum

Ziel gelangen“. Und das hieß zunächst, „das sozialistische Gewissen der Revolution“ zu sein.

Unterschiedliche Auffassungen

Wie gravierend die Unterschiedlichkeit der Auffassungen war, zeigte sich vor allem in der Haltung der Delegierten zur Nationalversammlung. Während Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi und andere für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung eintraten, um sie, neben den Kämpfen auf der Straße, als Tribüne für die politischen Auseinandersetzungen zu nutzen, war Otto Rühle der Wortführer derer, die das strikt ablehnten. Für ihn war die Beteiligung an diesen Wahlen ungefähr dasselbe wie die Bewilligung der Kriegskredite, Verrat an der Revolution. Sein Antrag, die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abzulehnen, wurde mit 62 gegen 23 Stimmen angenommen. Damit war die dringende Mahnung, unbedingt zu beachten, dass bei weitem die Mehrheit des Proletariats nicht hinter Spartakus steht und es auch daher nicht möglich ist, das Zustandekommen der Nationalversammlung zu verhindern, auch nicht, dass sie im Zentrum der politischen Bewegung in Deutschland stehen wird, missachtet. „Sie werden“, so hatte Paul Levi gemahnt, „mit dieser Entscheidung sich selbst und unserer Bewegung den größten Schaden zufügen“.

Ob- und Vertrauensleute

Eine weitere Kernfrage war die Haltung zu den revolutionären Ob- und Vertrauensleuten, die vielfach organisatorisch noch fest mit der USPD verknüpft waren. Mit ihnen führte Karl Liebknecht, der in ihnen die „besten und tatkräftigsten Elemente des Berliner Proletariats“ verkörpert sah, im Auftrage des Parteitag die Verhandlungen, über deren Ergebnisse er die Delegierten ausführlich informierte. Die dazu von ihm eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution verwies auf unterschiedliche Auffassungen und legte fest, dass „auch in Zukunft alle weiteren Bemühungen unternommen werden sollen, um ein einmütiges Zusammenarbeiten, ein Zusammengehen und eine Verbindung mit den revolutionären Ob- und Vertrauensleuten, die bisher noch nicht zu uns gehören, vorzubereiten und durchzuführen“. Diese Zusammenarbeit zählte für Liebknecht, wie er auf dem Parteitag bekundete, „zu den erfreulichsten Kapiteln meiner ganzen Parteitätigkeit“.

Der Verlauf der Revolution

Das größte Verdienst der Revolution, zu deren Verlauf die KPD das ihr Mögliche beitrug, war zunächst, dass sie zur Beendigung des 1. Weltkrieges, dem bis dahin mörderischsten Krieg in der Menschheitsgeschichte, beigetragen hatte. Damit war der Beginn dieser Revolution durch eine zutiefst humanistische Aktion zur Befreiung der Menschen von den Geiseln dieses grauenvollen Krieges geprägt. Dem Sturz der Hohenzollernmonarchie und der kaiserlichen Regierung folgte die Ausrufung der Republik sowie die Erkämpfung bedeutsamer bürgerlich-demokratischer Freiheiten und sozialer Errungenschaften. Im Zuge der bis dahin größten revolutionären Massenaktion in

der deutschen Geschichte kam es zur Errichtung einer bürgerlich-parlamentarischen Staatsordnung, der Weimarer Republik.

Die Revolution, wie auch vom Gründungsparteitag der KPD erhofft, letztlich zu einer sozialistischen Revolution hinüberzuleiten, war jedoch nicht möglich. Wozu die russische Februar-Revolution 1917 und danach in der Lage war, konnte in Deutschland nicht deckungsgleich nachvollzogen werden. Dafür, dass „die Macht in die Hände der Arbeiter und Soldaten übergeht und die herrschende Klasse beseitigt wird“, wie beispielsweise der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat es damals proklamierte, fehlten die subjektiven Voraussetzungen. So verblieb die Novemberrevolution im Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Revolution, in der die Arbeiterklasse die Haupttriebkraft war. Die innere Schwäche der Revolution bestand nach den Worten von Rosa Luxemburg in der „Illusion der Einigkeit des sogenannten Sozialismus“. Die Vereinigung von Haase (USPD) mit Ebert-Scheidemann (SPD) war für sie das Feigenblatt einer rein konterrevolutionären Politik. Die sogenannte sozialistische Regierung „ist nichts anderes als eine Regierung der Konterrevolution“, der allgemeine Jubel der Einigkeit eine Illusion, „die sich blutig rächen“ wird - welche eine Ahnung!

Mörderische Konterrevolution

Wie der weitere Verlauf der deutschen Geschichte bewies, war die aus der Spartakusbewegung hervorgegangene Gründung der KPD ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es war neben der SPD und der USPD eine Partei entstanden, von der in der Stunde ihrer Gründung Rosa Luxemburg sagen konnte: „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“, wir stehen wieder auf dem Boden, „auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren“. Das war kein Jubelschrei, sondern vielmehr die Sicht auf die sich aus dieser Tradition ergebende Verpflichtung.

Diese Partei wurde seit der Stunde ihrer Geburt von den Kräften der Konterrevolution gehasst, verfolgt und verleumdet. Mehr noch. Kaum gegründet, schallte es lautstark durch Deutschland: „Schlagt ihre Führer tot!“. Die Mordbande der „Andersdenkenden“ stand zur Ausführung der Tat bereit. Sie hofften, dass deren Tod auch der Tod der Revolution sei. Und bereits am 15. Januar 1919 geschah das Verbrechen, dass die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung zutiefst erschütterte: die bestialische Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch die Soldateska der Konterrevolution. Verlogen schrieb die reaktionäre bürgerliche Presse: „Liebknecht auf der Flucht erschossen! Rosa Luxemburg von der Menge getötet!“ Nach ihnen starben noch Hunderte und im Faschismus Tausende Kommunisten den gewaltsamen Tod.

Mit der Gründung der KPD lag der von ihr selbst vorausgesagte „Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege“ vor ihr.

• KURT SCHNEIDER

Mitten in der Novemberrevolution wurde am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus) gegründet.

Die nachstehende Sicht auf dieses Ereignis ist fern von jeder Glorifizierung. Sie folgt der Auffassung, dass der Historiker die Dinge so darstellen sollte, wie sie sich aus damaliger Erkenntnis gestalteten, also wirklich waren.

Dezember 1918. Die deutsche Revolution schien neuen Atem zu schöpfen. Entscheidungen reiften heran. Die Zentrale des Spartakusbundes hatte unter dem Druck der Ereignisse kurzfristig für Ende Dezember eine Reichskonferenz einberufen, auf der zur Krise in der USPD, zur Wahl der Nationalversammlung und zur geplanten internationalen Konferenz sozialdemokratischer Parteien Stellung genommen werden sollte. Es galt, ein politisches Aktionsprogramm zu beschließen. Gleichzeitig richtete sie ein Schreiben an den Parteivorstand der USPD - ihr gehörte der Spartakusbund als ideologisch selbständige Gruppierung an - in dem die sofortige Einberufung eines Parteitages gefordert wurde, was jedoch auf schroffe Ablehnung stieß.

Die Führungen von USPD und SPD anerkannten die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als die höchste Macht ausübende Autorität in Deutschland und bildeten gemeinsam den Rat der Volksbeauftragten, der die Regierungsgeschäfte provisorisch ausüben sollte. Der 1. Reichsrätekongress (16.-21. Dezember) setzte als Termin für die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung den 19. Januar 1919 an. Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann war es gelungen, sich an die Spitze der Revolution zu stellen.

In schwierigster Lage

Am 29. Dezember trat in Berlin die Reichskonferenz des Spartakusbundes zusammen. Sie stand vor der Frage: Verbleib in der USPD oder Gründung einer



Repro:LN

Unlängst las ich in der LVZ: "Die Sportart Ringen ist vom Landessportbund (LSB) Sachsen aus dem Kreis der Schwerpunktsportarten gestrichen und als sogenannte C-Sportart eingestuft worden." Das brachte mich darauf, dass in diesem Fall - nach den so gem verbreiteten Legenden - eine DDR-Gewohnheit übernommen wurde, allerdings eine, die oft genug verurteilt worden war: Keine Medaillen - Keine Kohle! Aber ich warf das begonnene Manuskript in den Papierkorb: Unpassend für Weihnachten!

Dann erinnerte ich meiner Vorweihnachtstage vor 50 Jahren und fand das Thema irgendwie festlicher. Damals hatte ich in Oslo die Adresse von Birger Ruud erfragt und mich dann auf den Weg nach Lommedalen gemacht. Der Mann ist heute noch eine Skispringer-Legende, aber damals kannte ihn jeder so gut wie das finnische Laufwunder Nurm. Vielleicht sollte ich noch hinzufügen: Man schrieb das Jahr 1958, die DDR war neun Jahre alt, aber ihre Skispringer waren schon ein wenig im Gespräch.

In Lommedalen traf ich Ruud hinter dem Schreibtisch einer Skifabrik an drei Telefonen hantierend, auf dem Kopf die damals übliche schlichte blaue Wollmütze der Skispringer. Er war damals 47 Jahre alt und verriet mir: "Zuweilen bin ich noch dabei und steige mit den Brettern hinauf!" Birger Ruud war gelungen, was vor und nach ihm keiner vollbrachte: Er gewann zweimal hintereinander - 1932 und 1936 - die olympische Goldmedaille und zwölf Jahre danach Silber. Zwei Jahre hatte der nur 1,63 m große Tischler in Deutschland gelebt, eines davon im erzgebirgischen Johanngeorgenstadt und eines in Garmisch-Partenkirchen.

Ich plauderte mit ihm - vor fünfzig Jahren - über die Zukunft des Skisports. Seine Meinung: "Die Gefahr ist, dass die Schanzen immer größer werden, damit die Springer mehr Zuschauer anlocken und so könnte das Skispringen als allgemeiner Sport 'aussterben' und zur reinen Attraktion werden."

"Aussterben?" fragte ich, wohl ein wenig ungläubig.

"Ja, weil das Publikum niemanden mehr nur 40 oder 50 m springen sehen will, aber sein Können demonstriert der Skispringer in der Haltung und nicht mit der Weite!"

Birger Ruuds größte Weite waren 92 m und die war er auf der damals noch "kleinen" Schanze in Planica (Jugoslawien) gesprungen. Und er hatte keinerlei Hemmungen zuzugeben: "Einmal bin ich noch auf 95 m gekommen, aber den Sprung stand ich nicht."

Ruud sollte Recht behalten, Sprungläufe auf kleinen Schanzen würden heute nicht mehr mit Fernseh-Einschaltquoten rechnen können - gefragt sind die großen.

Ende der fünfziger Jahre hatte Hans Renner in der DDR die Kunststoffmatten für die Schanzen erfunden. Ruud dazu: "Ein Meilenstein in der Geschichte des Skispringens. Das einzig Richtige, was man bei Ihnen im Lande

tun konnte! Wenn man keinen Schnee hat, muß man sich eben behelfen, und wie sie wissen, kaufen wir Norweger inzwischen auch schon ihre Matten."

Birger Ruud erklärte mir noch, wie er das Skispringen als eine Sportart für viele verstanden wissen wollte: "Meine Heimatstadt Kongsberg zählt 7500 Einwohner und wenn wir früher unsere Klubmeisterschaft austrugen waren mindestens 60 Springer dabei. Heute sind es vielleicht

Dann wurde ich hineingeführt. Man las mir meine Disqualifikation auf Lebenszeit vor, ein Papier mit SS-Stempel. Ich bat um eine Kopie. Da stand der SS-Mann hinter dem Schreibtisch auf und brüllte: 'Raus!' Ich werde nie sein Gesicht vergessen, als ich an der Tür stand und ihn in fließendem Deutsch fragte: 'Und wo bekomme ich die Reisespesen, also die 5,30 Kronen Fahrgeld?' Ich dachte, er würde platzen!"

1943 wurde Birger Ruud verhaftet und in das Konzentrationslager Grini eingeliefert.

"Als erstes musste ich dort den elektrischen Zaun installieren, mit dem unsere Baracken umgeben waren." Nach Kriegsende rühmten viele Häftlinge seine Solidarität: "Er war nicht nur ein großer Sportler, sondern auch ein verlässlicher Antifaschist!"

Kurz vor der Befreiung Norwegens entließ man ihn über Nacht, möglicherweise, um sich ein Alibi zu verschaffen. "Ich fuhr zu meinen Eltern nach Kongsberg, und stieg hinauf zur Schanze. Als ich die Bretter angeschnallt hatte und hinunterjagte ins Tal und plötzlich wieder durch die Luft flog, da wußte ich, daß ich tatsächlich frei und daß eine furchtbare Zeit vorüber war."

Am Neujahrstag des Jahres 1946 versammelte sich die norwegische Skielite auf der Kongsberger Schanze zum großen Eröffnungsspringen, dem ersten Sprunglauf nach der Befreiung. Der Sieger dieses denkwürdigen Wettkampfes hieß Birger Ruud!

1948 stand Birger Ruud bei den ersten Olympischen Spielen nach dem Krieg wieder auf der Schanze und verlor den Kampf ums olympische Gold gegen seinen 20 Jahre jüngeren Landsmann Hugstod nur mit 1,5 Punkten. Neben den drei olympischen Medaillen hatte er fünf Siege bei Weltmeisterschaften gefeiert und 1935 sogar in der Alpinen Kombination WM-Bronze erkämpft.

Als 1994 mit Lillehammer Norwegen wieder olympischer Gastgeber war, sollte der 83jährige die norwegische Flagge hissen, eine Herzattacke hinderte ihn daran. Vier Jahre später starb er im heimatlichen Kongsberg.

Bevor ich mich vor fünfzig Jahren in Lommedalen von ihm verabschiedet hatte, stellte er mir noch einige Fragen. Das Leben in der DDR interessierte ihn. Ich erzählte ihm auch von den Versuchen, DDR-Skispringer zum Verlassen der DDR zu überreden. Da antwortete er: "Ich habe Reknagel springen sehen, ein wirklich großartiger Springer, aber nun nehme ich erst recht den Hut vor ihm ab, da ich weiß, dass er seiner Heimat treu geblieben ist."

Was ich damals aus Lommedalen mitbrachte? Ein Birger-Ruud-Bild mit einer Widmung von ihm: "Den Wintersportlern der D. D. R. herzliche Weihnachts Grüße Birger Ruud."

Und das wollte ich nicht nur erzählen, sondern die Gelegenheit benutzen und allen LN-Lesern ebenso herzliche Weihnachtsgrüße zu übermitteln!

Sportkolumne Weihnachts- erinnerung an Birger



Von KLAUS HUHN

noch zehn. Ich möchte nicht wissen, wie es anderswo in der Welt aussieht."

Dann kamen wir auf ein Thema, das ihm ebenso am Herzen zu liegen schien: Die Abrechnung mit der Vergangenheit während der faschistischen Okkupation. "Ich hatte Jahre in Deutschland gelebt, und glaube von mir sagen zu dürfen., daß ich ein guter Freund der Deutschen war. Nach dem Überfall auf unser Land aber war ich vor allem Norweger. 1940 holte man mich das erste Mal zur SS und forderte mich auf, an einem großen Springen teilzunehmen und den Skisport wieder zu aktivieren. Ich lehnte ab und sagte: 'Solange ein deutscher Soldat in Norwegen ist, werde ich keinen einzigen Sprung tun!'

Natürlich trafen wir uns heimlich in den Wäldern, auch auf unseren Schanzen, auch Publikum kam auf Skiern, aber offiziell war der Skisport tot."

1941 bestellte man Ruud zum zweitenmal zur SS nach Oslo. "Ich kam damals aus Drammen, mein Zug hatte Verspätung, und als ich schließlich im SS-Büro war, führte man gerade Lars Bergendahl, den berühmten Langläufer, aus dem Zimmer. 'Hallo, Lars', rief ich ihm zu, 'was hat man mit dir vor?', doch er konnte mir nicht mehr antworten, und der SS-Mann brüllte mich an: 'Halt's Maul, du Schwein!'

ISOR e. V.

Der Vorstand der TIG Leipzig dankt allen Mitgliedern und ihren Angehörigen, allen Freunden und Sympathisanten für die Aktivitäten und die Unterstützung, wünscht alles Gute zum Jahreswechsel und rechnet weiter mit der Solidarität aller im Kampf gegen soziales Unrecht.

Die nächste ISOR-Sprechstunde findet am 28. Januar 2009 statt

Die Freidenker des Leipziger Verbandes wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein erfolgreiches Jahr 2009.

ALLEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN, ALLEN SYMPATHISANTINNEN UND SYMPATHISANTEN

der Partei DIE LINKE in Löbnitz
ein frohes und geruhames Weihnachtsfest,
verbunden mit herzlichen Grüßen zum Jahreswechsel
und den besten Wünschen für 2009.

Vor uns stehen große Aufgaben –
packen wir sie gemeinsam an.

Der Vorstand der Basisgruppe Löbnitz
der Partei DIE LINKE

Cubasi
La Solidaridad
es la ternura de los pueblos

wünscht allen Kubafreunden
sowie Spendern und Unterstützern
ein frohes Weihnachtsfest und viel
Gesundheit und Tatkraft
für das Jahr 2009.

Unsere Solidarität geht weiter.



Allen Gästen, Kameradinnen und Kameraden,
Genossinnen und Genossen
sowie Mitarbeitern / innen wünschen wir
ein ruhiges Weihnachtsfest
und ein erfolgreiches Jahr 2009
sowie ein Wiedersehen in „Heideruh“

Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail heideruh@t-online.de

Zu Prag 1968 scheiden sich die Geister

Günter Steltner „Veröffentlicht: Unbekannte Dokumente ...“
LEIPZIGS NEUE NR. 17 '08 VOM 21.11.2008

Man sagt, wenn der Schweif vorn und der Kopf hinter ist, steht das Pferd verkehrt. Dieser Eindruck ist bei mir entstanden, als ich die Buchbesprechung von Günter Steltner zu Klaus Kukuk „Prag 68“ gelesen hatte. Fangen wir also hinten an. Da wird Ota Sik, als Beweisperson zitiert, der die Meinung von Klaus Kukuk, Horst Schneider und Günter Steltner bestätigen soll. Wie viele Bürgerrechtler kennen wir, die bis 1989 einen besseren Sozialismus wollten aber danach des persönlichen Vorteils wegen erklärten, den Kapitalismus immer schon herbeigeseht zu haben? Ein gutbezahlter Posten zieht bei manchem stärker, als das karge Einkommen eines Pfarrers. Natürlich ist Ota Sik eine Nummer größer. Aber er kommt bei weiten nicht an einen Mann heran, der einmal Hoffnungsträger eines Wandels des Sozialismus zum Besseren war. Warum beruft man sich nicht gleich auf ihn, auf Michael Gorbatschow? Im Unterschied zu den vielen kleinen Fischen repräsentiert er doch, wie kein anderer, den Gipfel an Verrat. Auch bei uns hat ein Wandel stattgefunden. Was mich betrifft, muss ich sagen, früher habe ich ihn für klug gehalten, heute kommt er mir dumm vor. Auch er dient als Zeuge bei K. Kukuk.

Die Okkupation eines souveränen Staates wird gerechtfertigt als ob Völkerrechtsnormen nichts gelten? Ich halte die von Horst Schneider vertretene Auffassung, und derer die ihm beipflichten, für falsch und habe das Klaus Kukuk auch mitgeteilt. Meine Hauptkritik besteht darin, dass historische Fakten, die Eduard Beneš 1938, die tschechoslowakische Exilregierung in London, die Ereignisse in der CSR 1948 und besonders 1968 betreffen, von einem Geschichtsbild aus beurteilt werden, wie es zu Stalins Zeiten vorgegeben waren. Das Vorgehen von Breschnew 1968 wird gut geheißt. Er war Stalinist, der vorangegangene Reformen in der UdSSR zurückdrehte. Das Festhalten an damals aufgenommenen falschem Wissen blockiert offensichtlich die Einsicht, dass wir auf den Sonderparteitag des SED mit dem Stalinismus, aus sehr guten Gründen Schluss gemacht haben, auch mit Personen, die ihn verbissen verteidigt hatten. Auch solche werden als Zeugen von Horst

Schneider bemüht.

Gänzlich unbeachtet, als ob nur ihre Meinung in der Öffentlichkeit Geltung habe, werden fundierte Aussagen zu den Ereignissen in Prag 1968 völlig ignoriert. Hat denn keiner von ihnen Stefan Doernberg gelesen? (Fronteinsatz, Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botchafters, edition ost).

Kein Staat existiert ohne äußere Einflüsse. Der stärkste Druck auf die CSSR kam nicht aus den kapitalistischen Ländern, sonder vor allem aus Moskau. Wie immer es auch bemäntelt wurde, am Ende war es ein massiver Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes. Es waren die angestauten inneren Widersprüche des Wirtschaftsystems, die zu der Krise geführt hatten. In den Parteizentralen war man unfähig sich an die Spitze einer Volksbewegung zu stellen, um dringende Reformen durchzusetzen. Die Furcht, die eigene Macht zu verlieren war zu groß. Um meine Kritik auf den kürzesten Nenner zu bringen: Man kann ein Pferd nicht gegen den Strich striegeln. Die von Klaus Kukuk, Prag 68, veröffentlichten Dokumente sollten jedoch „gegen den Strich“ gelesen werden. Zur Beurteilung von Handlungen und Entscheidungen von Politikern und anderen Akteuren müssen neueste Erkenntnisse aus heutiger Sicht herangezogen und alte, falsche Ansichten überwunden werden.

Was dachte und was denkt das tschechische Volk über die militärische Intervention von 1968? Für Dogmatiker ist das uninteressant, sie wollen bestimmen, was das Volk zu denken hat. Lenka Reinerová hingegen vertrat die Meinung ihres Volkes. Sie formulierte, dass die Sowjetpanzer 1968 in Prag eindringen um den „Prager Frühling niederzuwalzen“. Eine Bluse, die sie damals kaufte, wurde zur „Invasionsreliquie“. Ein Fleischer gab seine Waren fast umsonst ab, damit die „Eindringlinge“ bei ihm „nichts vorfinden“. Das ist nur eine Auswahl aus „Lenka Reinerová, Närrisches Prag“ (Aufbau-Verlag). Ich muss gestehen, ich hätte nicht den Mut, mich mit den Behauptungen von Horst Schneider, Klaus Kukuk und Günter Steltner auf den Wenzelsplatz in Prag zu stellen.

WALTER TSCHAPEK, Leipzig

Gestaltung und einer hervorragenden Akustik innen. Von allen Plätzen aus sind die Musiker sichtbar und gut zu hören. Übrigens stammte das gesamte Material und die Ausstattung beim Bau des Gewandhauses ausschließlich aus der DDR. Nur wenige wissen, dass sich Masur regelmäßig auf der Baustelle vom Fortgang der Arbeiten überzeugte und engen Kontakt zu den Bauarbeitern pflegte. Die Bauarbeiter dankten es ihm auf ihre Weise. Auf der betonierten Grundplatte des Gewandhausgebäudes versenkten sie genau unter dem künftigen Dirigentenpult einen Schuhabdruck des Meisters.

K.-H. BLAUROCK, Leipzig

Die auf dieser Seite veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Für deren Inhalte stehen die Unterzeichner.
Die Redaktion

Senioren im Fokus



Ein Fotowettbewerb wirft den Blick hinter die Kulissen des Alters. Die heimische IG BAU appelliert an die Senioren, mitzuknippen.

Die IG BAU sucht die besten Senior-Fotografen aus Leipzig für einen Fotowettbewerb: „Die Fotos sollen zeigen, wie Rentner ihren Alltag in Leipzig meistern“, sagt Detlef Zeiß, Bezirksverbandsvorsitzender der IG BAU Nordwest-Sachsen. „Von der Hausaufgabenhilfe mit dem Enkel bis zur viel zu steilen Treppe, die mit dem Rollator schon gar nicht zu bewältigen ist - Motive liegen quasi auf der Straße“, so Zeiß.

Der Fotowettbewerb wirft einen Blick hinter die sozialen Kulissen des Alters. Das könne zum Beispiel das Thema Gesundheitsversorgung, aber auch die Rente mit 67 sein: „Ein Foto eines pensionierten 63-jährigen Straßenbauers, der sich nach harten Arbeitsjahren nicht mehr ohne seine Gehhilfe bewegen kann, sagt mehr aus als tausend Worte“, betont der Bezirksverbandsvorsitzende der IG BAU.

Initiiert wird der Wettbewerb von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), der die IG BAU angehört. Vom inszenierten Motiv bis zum Schnappschuss – Einsendeschluss für die Fotos ist der 31. März 2009. Übrigens: Teilnehmen können auch Hobby-Fotografen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben. Hauptsache, die Senioren sind im Fokus. Die besten Fotos werden dann auf dem nächsten Seniorentag der BAGSO in Leipzig gezeigt. Für die ersten zehn gibt es Preise – für das beste Motiv sogar eine Digitalkamera.

Mehr Infos über den Wettbewerb gibt es im Netz unter www.feierabend.de.

Die Finanzkrise – worin besteht sie?

Die Finanzkrise ist eine Störung im Geldumlauf, die von den Banken, den Geldinstituten überhaupt, ausgeht.

Die Geldinstitute nehmen Geld von den Bürgern und den Unternehmen auf und zahlen dafür Zinsen, drei bis fünf Prozent des angelegten Geldes. Diese Geldanlagen erlauben es den Banken, Sparkassen und anderen Geldinstituten, Kredite zu gewähren an Unternehmen und Bürger und dafür von ihnen Zinsen zu verlangen, die höher sind als die Zinsen, die die Bank für die Einlagen zahlt, etwa sechs bis acht Prozent des als Kredit verliehenen Geldes.

Von dieser Zinsdifferenz zwischen dem Zinssatz für Kredite und dem Zinssatz für Geldeinlagen lebt die Bank; das ist ihr Gewinn, das sind die reinen Einnahmen der Banken, von denen die Ausgaben subtrahiert werden müssen, die für die Banken entstehen infolge ihrer Geschäfte.

Die Finanzkrise in der Gegenwart ist somit dadurch gekennzeichnet, dass die Banken mehr Kredite gewährt haben als Geld bei ihnen angelegt wurde. Die Banken sind auf diese Weise verschuldet, aber die umlaufende Geldmenge ist gewachsen, was für den Absatz der produzierten Waren zunächst günstig ist.

Daher ist die Finanzkrise noch keine Wirtschaftskrise, kann aber eine werden. Für sie – die Wirtschaftskrise – ist ein starker Rückgang der Produktion, der produzierten und verkauften Produktmengen gekennzeichnet. Infolge dessen müssen Betriebe schließen, was zu Entlassungen und damit zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt.

1929 bis 1932 war die bisher größte Wirtschaftskrise. Diese Krise hatte die Welt erschüttert. In Deutschland kamen die Faschisten an die Macht, die den Zweiten Weltkrieg auslösten. Solche Folgen können und müssen heute vermieden werden.

EVA MÜLLER, Taucha

Die Gefahr rechten Gedankengutes

Finanzielle Unsicherheit, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes. Personalpolitik, die den Personalabbau voran treibt. Sinkende Nettoeinkommen, steigende Preise für Grundnahrungsmittel, Mietnebenkosten, Kinderbetreuung usw.

All dies führt zu Existenzangst in der Bevölkerung. Der Unmut wächst. Betroffene sehen oftmals keine Möglichkeit, sich allein gegen Unterdrückung am Arbeitsplatz oder gegen die Willkür verschiedener Ämter zu wehren. Nun scheint die Situation eher zu Kopflösigkeit als zu sinnvollem Handeln zu führen. So lautet die Aussage eines ca.50-jährigen Obdachlosen: „Es wäre doch nicht schlecht, wenn die Rechten mal die politische Macht bekämen!“

Eine weitere Situation war folgende: Polizeibeamte ließen einen eindeutig rechts gesinnten betrunkenen Bürger in Armeebekleidung, den Arm zum „Hitlergruß“ ausgestreckt, nach kurzer Ansprache weiter unbeachtet.

Nächster Ort des Geschehens: In der Straßenbahn. Eine junge Familie mit zwei Kindern. Die Eltern ca.25 bis 30 Jahre. Die Frau trug eine Jacke mit der Aufschrift „Thor Steinar“. Der Mann war im Armeestil gekleidet, der Kopf kahl rasiert. Auf meine bescheidene Frage, ob sie denn nicht wüssten, dass der 2. Weltkrieg 53 Mio. Tote gefordert hat, wurde ich aggressiv gebeten, das noch einmal zu wiederholen. Was man denn wolle?! Das Verhalten der umsitzenden Fahrgäste in der gut gefüllten Straßenbahn? Es bestand im Wegsehen und Weghören. Einige blickten um sich, als wären sie eben aufgewacht. Das Erschreckende an der Situation? Das ungehinderte Verbreiten rechten Gedankengutes. Dagegen muss breiter Widerspruch erfolgen. Das erfordert Zusammenhalt gegen Rechts! Der war in Leipzigs Bevölkerung schon mal besser!

KATRIN SOMMER, Leipzig



fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 5. Januar, Dresden
Ausstellung: *Rosa Luxemburg – ein Leben für die sozialistische Idee*. Von Maxi Besold (Idee und Konzept), bis 20. Februar
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 7. Januar, 19 Uhr, Dresden
Der Ablauf der aktuellen Finanzkrise. Mit Ernst Lohoff, Nürnberg, Gruppe Krisis, in Zusammenarbeit mit attac Dresden
Haus der Kirche, Hauptstr. 23

Sonnabend, 10. Januar, 14 Uhr, Leipzig
Verleihung des Wissenschaftspreises, Neujahrsempfang ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 14. Januar, 14 Uhr, Dresden
Kolloquium: *Der Architekt Wolfgang Hänsch und die Dresdner Moderne*. Mit Dr. Volker Benedix, Präsident der Architektenkammer Sachsen, u. a. Veranstalter: Architektenkammer Sachsen, Sächs. Archiv für Architektur und Ingenieurbau, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Haus der Architekten, Goetheallee 37

Donnerstag, 15. Januar, 18 Uhr, Pirna
Konferenz: *„Die Revolution sagt, ich bin, ich war, ich werde sein“ (Rosa Luxemburg). Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Novemberrevolution und Gründung der Ortsgruppe Pirna der KPD*. Mit Prof. Dr. Klaus Kinner, Leipzig; Hugo Jänsch, Pirna; und Bernd Jähnchen, Pirna. Musikalische Umrahmung: Steffen Richter, Pirna
Gaststätte „Weißes Roß“, Königsteiner Str. 3

Freitag, 16. Januar, 14 Uhr, Leipzig
Kolloquium: *Alfred Kosing an der Karl-Marx-Universität und das Lehrbuch „Marxistische Philosophie“ 1967*. Mit Prof. Dr. Alfred Kosing, Prof. Dr. Lothar Kreiser u. a.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 17. Januar, 10 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: *Innenansichten als Zeitzeugnisse*. Mit Prof. Dr. Alfred Kosing. In Zusammenarbeit mit der GBM, Ortsverband Chemnitz und Umgebung.
Rothaus, Lohstr. 2

Montag, 19. Januar, 19 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Die absolute Feindschaft? Die Konstruktion von Terrorismus, Totalität und Staat*. Mit Thomas Uwer, „Konkret“ und

„Jungle World“. Veranstalter: Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX) in Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. ***
Universität Leipzig, HS 2010, Beethovenstr. 15

Dienstag, 20. Januar, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Deutsche Sprache ins Grundgesetz?* Mit Prof. Dr. Peter Porsch, MdL.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 21. Januar, 17 Uhr, Zwickau
Podiumsdiskussion: *40 Jahre DDR – Erinnerungen und Wertungen 20 Jahre nach der „friedlichen Revolution“ 1989*. Mit Ute Büning-Zschiech, Reiner Eichhorn und Dr. Werner Lang
Alter Gasometer, Kleine Biergasse 3

Mittwoch, 21. Januar, 19 Uhr, Dresden
Die Grenzen warenproduzierender Systeme. Mit Prof. Dr. Claus Peter Ortlieb, Hamburg, Gruppe Exit. Kooperationsveranstaltung mit attac Dresden
Kulturrahaus, Königstr. 15

Donnerstag, 22. Januar, 19.30 Uhr, Leipzig
5. Filmfest FrauenWelten „Von Lust und Last und Liebe“: *Feuerherz* von Luigi Falori, Deutschland. Voraufführung vor dem offiziellen Filmstart. Veranstalter: TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau, Städtegruppe Leipzig mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u. a.
Passage Kino, Hainstr. 19 A

Freitag, 23. und Sonnabend 24. Januar, Berlin
VIII. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung: *Deutschlands Eintritt in die Moderne. Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. Die Geburtsstunde der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Berlin*. Veranstalter: Helle Panke, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung. ***

23.1., 18–20 Uhr: Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Werner Bramke, Prof. Dr. Helmut Bock, Prof. Dr. Günter Benser, Prof. Dr. Michael Buckmiller, Dr. Klaus Lederer

24.1., 10–18 Uhr: Kolloquium mit Prof. Dr. Werner Bramke u. a.
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (23.1.)
Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5 (24.1.)

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Dezember / Januar neu bei uns:

Guntram König: *Das große Buch der Nationalen Volksarmee. Geschichte, Aufgaben, Ausrüstung*. Das Neue Berlin, 19,90 Euro
Herbert Graf: *Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge*. edition ost, 19,90 Euro

Peter Scholl-Latour: *Der Weg in den neuen Kalten Krieg*. Propyläen, 24,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Wir danken unserer verehrten Kundschaft für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr

Liebe

Doris Fischer

zu deinem

60. Geburtstag
am 14. Dezember

gratulieren wir dir ganz herzlich und wünschen alles Gute.

Wir sind sehr froh, dass du zu uns gehörst.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 114/1 DIE LINKE

Unsere Genossin

Christa Schwarzbach

ist am 15. Dezember

81 geworden.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Christa, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Lößnig DIE LINKE



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon
e-mail-Adresse

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
Kundennummer
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)

Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)

Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

Zum Jahreswechsel herzlichen Dank und gute Wünsche für das gemeinsame Bemühen um Frieden, soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander.

Im Wahljahr 2009 brauchen wir mehr Druck, um sowohl die Abrüstung und den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu erreichen, als auch die Hilfe für Kriegsoffer, besonders die drei Millionen Opfer des US-Giftkrieges in Vietnam, zu organisieren.

Mitglieder der Gruppen: Friedenszentrum Leipzig, Friedensweg Leipzig, AG Flughafen natofrei, Leipziger Komitee für Gerechtigkeit, „Gedenken an Nazi-Todesmärsche 1945“ im Bündnis „Leipzig gegen den Krieg“



Die Mitglieder und Sympathisanten der **Initiative Christliche Linke in Leipzig** wünschen allen Mitarbeitern und Lesern von **LEIPZIGS NEUE** ein frohes Weihnachtsfest und ein friedvolles neues Jahr.

Unsere nächste Veranstaltung findet am 12. Januar, 18 Uhr, im Gemeindesaal der Nikolaikirche statt. Dr. Christel Hartinger über: *Maxi Wander und ihre Wirkung auf die DDR-Literatur*

„Ob ein Jahr neu wird, liegt nicht am Kalender, nicht an der Uhr.
Ob ein Jahr neu wird, liegt an uns. Ob wir es neu machen,
ob wir neu anfangen zu denken, ob wir neu anfangen zu sprechen,
ob wir neu anfangen zu leben.“

Johann Wilhelm Wilms (1772 - 1847)

*In diesem Sinne wünschen wir
allen Leserinnen und Lesern
von LEIPZIGS NEUE
ein besinnliches Weihnachtsfest
sowie ein glückliches
und erfolgreiches Jahr 2009.*

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Fahrgelegenheit zur Liebknecht-Luxemburg-Demo:

11. Januar, 6.30 Uhr, Goethestraße

Teilnahmegebühr 10 Euro, Anmeldung: Geschäftsstelle DIE LINKE, Braustr. 15

„Die Weltherrschaft des Imperialismus ist eine historische Notwendigkeit – aber auch ihr Sturz durch die proletarische Internationale“

ROSA LUXEMBURG IN: DIE WELT DER SÄCHSISCHEN KIRCHEN
[FRIEDRICH SCHLEGEL, 1810-1882]

XIV. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz 2009

INFORMATIONEN UND KARTENBESTELLUNGEN
www.STANDORTSÜNDLICHEN
/W-Aktionbüro: Telefon (0 30) 33 63 95 19,
www.jugendwelt.de + www.rosa-luxemburg-konferenz.de

SONNABEND
URANIA-HALIS
AN DER URANIA 17, 10787 BERLIN
EINLASS AB 10.00 UHR

10. Januar 2009

Wissenschaftler von **jungeWelt**

Internationalismus und Gegenmacht heute

AB 11.00 UHR: BEITRÄGE VON

- KLAUS GIETINGER, Regisseur, Autor, Köln
- SAMIR DIAB, l'Université Libanaise, Mitglied des Politbüros der KP Libanons
- DOMENICO LOSURDO, Philosoph, Italien
- GEORGINA ALFONSO GONZÁLES, Stellvertretende Leiterin des kubanischen Philosophie-Instituts
- SARA FLOUNDERS, International Action Center, USA
- AHMAT SANDOKHO, Generalsekretär der Partei der Unabhängigkeit und Arbeit Serengeti (PIT)
- MUMIA ABU-JAMAL, Journalist, politischer Gefangener, USA
- Moderation: Dr. Seltsam

AB 13.30 UHR PARALLELPROGRAMM

Jugendtreffen zur Vorbereitung von Aktionen gegen das NATO-Jubiläum: Kein Frieden mit der NATO
• MR Vertretern von Jugendverbänden (u. a. der SDAJ, DIDF-Jugend, SDS, Die Linke, der KNE aus Griechenland) und anderen internationalen Gästen

AB 18.00 UHR: PODIUMSDISKUSSION

Europäische Union – Das nette Imperium von nebenan

- Die Europäische Union: Militarisierung, Demokratie- und Sozialabbau.
Wie kann eine effektive internationale Gegenwehr der Linkskräfte aussehen?
- MICHAEL KLONAWITTER, Antifa-Aktivist
- LOTHAR RISKY, Vorsitzender der Europäischen Linkspartei
- STEPHANOS LOUKAS, Direktor und Herausgeber von Rizoastis, Mitglied im Politbüro der KKE, Griechenland
- DOMENICO LOSURDO, Philosoph, Italien
- Diskussionsleitung: ARHOLD SCHÖLZEL, jW-Chefredakteur

AB 20.00 UHR:

KONZERT IM HUMBOLDTSAAL DER URANIA

- 50. Jahrestag der Revolution in Kuba
- 90. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
Ich bin, ich war, ich werde sein
- VINCENTE FELJÚ, prominenter Vertreter der Troika Nueva Cubana,
begleitet von JOSÉ ANDRÉS ORDÁS ACUILLERA
- EWOP, das kleine elektronische Weborchester (Die vier Musiker um den Mainheimer Liedermacher BERND KÖHLER haben auf ihrer aktuellen CD „asenti popular“ traditionelle Lieder der internationalen Arbeiterbewegung neu arrangiert.)

AB 22.00 UHR:

FETE IM LOFT

- COOL BREEZE (Abwechslungen aus Berlin) und Überraschungsgäste

EINTRITTSPREISE

Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert, Fete): 21 Euro, ermäßigt 13 Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion): 13 Euro, ermäßigt 9 Euro; Podiumsdiskussion: 5 Euro, ermäßigt 4 Euro; Konzertkarte: 13 Euro, ermäßigt 9 Euro

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock
(V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Januar 2009

Leipzig
NEUE

Erhielt doch jüngst LEIPZIGS NEUE die folgende Anfrage: „Gibt es in Deutschland mehr Humor als anderswo?“ Antwort: „Im Prinzip ja. Aber wir haben ihn auch nötiger.“ Wenn die Stimmung dröge ist, sind Lachmuskeltrainer immer willkommen. Aber, das will gelernt, ab und an sogar auswendig gelernt sein. Ob am Stammtisch oder in der Kirche, ob in der Parteiversammlung oder im Frauenbegegnungszentrum: Pointen passen immer. Nur müssten sie einem im richtigen Moment einfallen. Für all die Vergesslichen schafft der Eulenspiegelverlag wieder einmal Abhilfe. Eine Dame mit dem wunderbaren Namen Margarete Drachenberg ließ sich Witze erzählen. Alberne, politische, erotische, trau-

rige und schrieb sie auf. Die humorvolle Person suchte sich noch einen passenden Herrn und fand ihn in dem Cartoonisten Harm Bengen.

Das wäre doch gelacht ...

Ob die beiden tatsächlich so heißen, sei mal dahingestellt. Auf jeden Fall ergänzen sie sich prächtig. Denn: Hat man keine Lust mehr zum Lesen, dann ergötzt man sich (siehe Beispiel rechts) an den Karikaturen. Die 160 Seiten des Büchleins sind thematisch untergliedert, so dass – je nach realer Situation – das passende aus dem Fundus gefischt werden kann.

Im Kapitel „Schlaubacken und Nervensägen“ findet man: *Während der Fahrt in der S-Bahn. „Opa, warum hat die Tante so rotbemalte Zehen?“ „Damit keiner drauftritt!“ Und unter „Schotten, Wessis/Ossis und anderen Nationen“ wird gefragt: Warum trinken die Russen Wodka, die Amerikaner Whisky, die Franzosen Wein und die Deutschen Bier? Weil jedes Land seine eigene Fahne haben will. Wer so etwas gar nicht mag, darf die Annotation am Textende überlesen. Aber nach meinen Lachfalten empfehle ich diese Sammlung. •MIC*

Lauter gute Witze. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2008, 160 S. 7,90 Euro



Viele Leipziger fühlen sich nicht sicher

Rathaus stellt jüngste Umfrageergebnisse vor / Vor allem Angst vor Schachbeschädigungen

Druckfehlerteufel 2008. LEIPZIGS NEUE blieb davon nicht verschont, aber auch andere trafen (siehe oben) ins Schwarze und zwei falsche Buchstaben.



Foto:Eiltzer

Katzenjammer 2008. Chrrr... der Reich-Ranicki hatte ja so recht ... schnurrte auch der LN-Redaktionskater Paul, drückte auf die Fernbedienung und träumte von seiner Miese.

Werbe-Ikone 2008: „Und so zwingt ein Wille, den ich mit der Leidenschaft eines Künstlers vervollkommen habe, die schwächlichen Beine und die müden Lungen zur Aktion.“ Haben die tapferen Werberevoluzzer diese Briefzeile Guevaras etwa gelesen?



Erkenntnis eines Leipziger Stadtrates: „Sitzungen bleiben ein Fluch, es sei denn, ich leite sie selber!“

Erschütterter Oberbürgermeister
 „Zutiefst erschüttert“ sei er, sagte dieser Tage Oberbürgermeister Burghard Jung öffentlich. Das Stadtoberhaupt meinte nicht die 50000 Arbeits- und Hunderten von Obdachlosen, nicht die Schlangen vor den Ausgabestellen der Tafel oder von Schulkindern ohne Frühstücksbrote. Auch die dürren, zitternden Jugendlichen erschütterten ihn nicht, die in der Leipziger Eisenbahnstraße für gutes Geld (mit Diebstählen oder Prostitution erworben) verschmutzte Drogen kaufen. Er meinte Dr. Külow, der über die Arbeit der HVA erzählen wolle – legal in einem Rathausraum. Gut zu wissen, was den zutiefst christlichen „Stadt Vater“ umtreibt.

Der „Zug der Erinnerung“, der an die Deportationen mehrerer hunderttausend Kinder erinnert, wird nun nicht durch Europa fahren, weil die Summe von 400 000 Euro fehlt.
 Das Parlament – Nr. 49 – 1.12.
 Wir scheinen alle in der Falle der Finanzwirtschaft zu sitzen, deren Vertreter sich zu Weihnachten 2007 noch milliardenschwere Boni in New York auszahlen ließen.
 DLF 4.12
 In den Banketagen sitzen mehr Nullen, als wir zusammen auf dem Konto haben.
 mdr-Fernseh-Kabarett 5.12.
 Im krisengeschüttelten afrikanischen Simbabwe beträgt die Inflation eine Milliarde Prozent.
 mdr-Info 6.12.
 Menschen dürfen nicht massenhaft freigesetzt werden, damit andere umso freier verdienen können.
 F. Schorlemmer, FIGARO 7.12.

Der Mantel der Geschichte weht rot.
 Frank-Walter Steinmeier, DLF 8.12.
 Die „Brünhilde“ der Sängerin in der Wagner-Oper war endlich zur Freude des Publikums mal keine Brüll-Hilde.
 Opernkritik, DLF 9.12.
FUNDSACHEN
 Die Polizei hat in Leipzig mehr als fünf Kilo Heroin sichergestellt. Das Rauschgift war nach Ansicht der Ermittler zum Straßenverkauf in der Stadt bestimmt. Sein Wert liegt zwischen 50 000 und 70 000 Euro.
 LVZ 11.12.
 Kinder und Jugendliche sollen künftig freien Eintritt im Grassi-Museum für Angewandte Kunst haben. Ziel der Neuregelung ist es, dieser Zielgruppe die Entscheidung für einen Museumsbesuch zu erleichtern.
 Hallo Leipzig, 13.12.

Mit voraussichtlich rund 4600 Toten auf deutschen Straßen ist die Zahl der Verkehrstoten in diesem Jahr auf den tiefsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953 gesunken.
 Agentur AFP 13.12.
 Europas größter Autoterminal in Bremerhaven platzt aus allen Nähten. Mehr als 90 000 Fahrzeuge stehen im Hafenerwartung, so viele wie noch nie.
 T-Online Nachrichten 13.12.
 Es ist ein Klischee, dass Anwälte immer gut verdienen. Es gibt zum Beispiel auch ein Rechtsanwaltshilfswerk für in Not geratene Kollegen.
 DAS MAGAZIN 12 '08
 Einst war der Begriff der „Warenästhetik“, eine Kampfvokabel der Kulturkritik. Heute vergleichen Kulturwissenschaften Duschgel tuben mit Werken der Hochkultur.
 WZ Freitag 50 '08
GESEHEN, GELESEN, GEHÖRT UND NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL.

Reinhard Lochners letzte Rezeptur 2008
 Man nehme ein gut abgehangenes Stück Tatsachen, lege es in eine Schüssel, gebe reichlich Selbstverständlichkeitsmarinade darüber, lasse das Ganze nach Belieben ziehen, zerkoche es schließlich zu einem Überraschungsbrei und serviere es als Fernsehuntersuchung oder Quatsch mit Soße.